

# *Stenografischer Bericht*

## **55. (außerordentliche) Sitzung des Landtages Steiermark**

---

XVII. Gesetzgebungsperiode 26. August 2019

Beginn: 10.02 Uhr

Entschuldigungen: LTAbg. Bauer, LTAbg. Mag. (FH) Hofer, LTAbg. Dipl.-Ing. (FH) Köck,  
LTAbg. Stoimaier

**M.**

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

### **D1. Einl.Zahl 3534/1**

*Dringliche Anfrage* der FPÖ an Landesrat Mag. Drexler  
betreffend *Planungschaos in Causa Zentralspital Liezen – Steirisches „Krankenhaus Nord“  
muss verhindert werden!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Hermann (9743)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (9748)

Wortmeldungen: (Siehe Dringliche Anfrage D2)

Beschlussfassung: (9801)

### **D2. Einl.Zahl 3541/1**

*Dringliche Anfrage* der Grünen an Landesrat Mag. Drexler  
betreffend *Leitspital Liezen-Vergabe ohne Ausschreibung an die KDS: Verstoß gegen  
nationales Vergaberecht und/oder Europarecht?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Schönleitner (9758)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Drexler (9767)

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Murgg (9773), LTAbg. Meißl (9776), LTAbg. Klimt-Weithaler  
(9780), LTAbg. Mag. Hermann (9783), LTAbg. Riener (9785), LTAbg. Grubesa (9788),  
LTAbg. Schönleitner (9791), LTAbg. Riener (9795), LTAbg. Forstner, MPA (9796),  
Landesrat Mag. Drexler (9798)

Beschlussfassung: (9802)

**D3. Einl.Zahl 3535/1**

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Anton Lang

betreffend *Zentralklinik Liezen – droht der Steiermark ein Fall „Krankenhaus Nord“?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (9802)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Anton Lang (9807)

Wortmeldungen: LTAbg. Royer (9811), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (9813)

**Präsidentin Kolar:** Hohes Haus! Es findet heute die fünfundfünfzigste Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung außerhalb der Tagung.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt sind: LTAbg. Renate Bauer, LTAbg. Mag. Stefan Hofer, LTAbg. Dipl.-Ing. Lara Köck und LTAbg. Thomas Stoimaier.

Hohes Haus, es ist mir ein persönliches Anliegen, den ausführenden Firmen, die über den Sommer mit Umbaumaßnahmen im Rittersaal und im Bereich der Zuschauertribüne beauftragt waren und sind, ein herzliches Dankeschön für die notwendig gewordenen Überstunden auszusprechen, die angefallen sind, um in Windeseile den Zuschauerbereich wieder so weit herzustellen, dass die außerplanmäßige heutige Sitzung stattfinden kann. *(Allgemeiner Beifall)* Auch den Damen und Herren des Reinigungsdienstes ein herzliches Dankeschön. *(Allgemeiner Beifall)*

Am 20. August 2019 wurde von Abgeordneten der FPÖ beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark außerhalb der Tagung einzuberufen.

Gemäß Art. 15 Abs. 2 L-VG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Es wurden 40 Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht. Weiters wurden 23 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche um Wortmeldungen zum einzigen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung.

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges der Dringlichen Anfragen der FPÖ, Einl.Zahl 3534/1 sowie der Anfrage der Grünen, Einl.Zahl 3541/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler werden diese in einer gemeinsamen Wechselrede behandelt:

Dringlicher Antrag Nr. 1: (Anmerkung der Direktion: 1. Dringliche Anfrage)

Am Dienstag, dem 20. August 2019 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3534/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Planungschaos in Causa Zentralspital Liezen – Steirisches ‚Krankenhaus Nord‘ muss verhindert werden“ eingebracht.

Ich erteile Herrn geschäftsführenden Klubobmann LTAbg. Mag. Stefan Hermann das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

Geschätzter Herr Landesrat, ich erteile Ihnen das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage. (*Landesrat Mag. Drexler: „Zuerst müssen wir darüber reden!“*) Entschuldigung!

Herr geschäftsführender Klubobmann Hermann bitte.

**LTAbg. Mag. Hermann - FPÖ (10.08 Uhr):** Einen wunderschönen guten Morgen! Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnetenkollegen, werte Zuseher!

Die Pläne der Regierungsparteien ÖVP und SPÖ sind schon lange bekannt. Es sollen im Bezirk Liezen drei bestehende Spitalstandorte geschlossen werden und anstatt dieser drei funktionierenden Häuser ein neues sogenanntes Leitspital, sprich ein Zentralkrankenhaus, auf der grünen Sumpfwiese errichtet werden. Und um mindestens 250 Millionen Euro soll dieses neue Zentralkrankenhaus entstehen. Seit Bekanntwerden dieser Pläne reißt die Kritik auf allen Ebenen nicht ab. So ist die Nachnutzung der bestehenden Häuser bis heute gänzlich ungeklärt. Im Hinblick auf die Finanzierung tun sich große Fragezeichen auf. Was passiert mit den Arbeitsplätzen in der Region, die durch die Schließung von drei bestehenden Spitälern abhandenkommen werden? Es konnte insgesamt seitens der Landesregierung noch kein klares Bild gezeichnet werden, wie denn die Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen in Zukunft aussieht. Was ist bisher bekannt? Es gibt diese vage Idee der Landesregierung, es gibt ein paar Hochglanzprospekte, es gibt ein – wie wir seit April wissen – mit Teeröl kontaminiertes Grundstück, auf dem gebaut werden soll. Jetzt in den letzten Tagen ist medial hochgekocht, dass sich die Baukosten ja nahezu verdoppeln könnten, weil das Grundstück aufgrund der Bodenbeschaffenheit, aufgrund der Wassersituation alles andere als geeignet ist. Es stehen nun Baukosten von einer halben Milliarde Euro im Raum, dies in Zusammenschau mit unserer Budgetsituation im Land, nämlich fünf Milliarden Euro Schulden, war für uns Freiheitliche ein Grund ist, hier heute den Landtag zusammenzurufen. Das ist gut und richtig und das sind wir den Steirern auch schuldig, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Die Steirer haben sich endlich Antworten und Ehrlichkeit verdient. Ich möchte daran erinnern, dass uns im April noch medial erklärt wurde, dass das besagte Grundstück in Stainach, das für die Errichtung des neuen, kraftvollen Leitspitals am besten geeignetsten Grundstück in der Region ist. Es ist nicht nur verkehrsläufig gut erschlossen und fußläufig zum Bahnhof gelegen, sondern umfasst auch die Möglichkeit für Erweiterungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. So haben sich die Landesräte Drexler und Lang am

04. April, als sie den gemeinsamen Antrag in der Landesregierung eingebracht haben, auch artikuliert.

Nun haben wir ein Gutachten vorliegen, dass die Kronen Zeitung auch berichtet hat - zwar aus dem Jahr 1988, aber so schnell ändert sich ja eine Bodenbeschaffenheit nicht –, indem erklärt wird, dass auf diesem Grundstück, wenn gebaut werden soll, eine viel teurere Bauweise zur Anwendung kommen muss. Man muss dieses Spital als Pfahlbau auch entsprechend errichten. Da meinen Experten, dass man mit einer Kostensteigerung von 250 Millionen rechnen muss. Spannend ist, dass dieses Gutachten, wie ich schon gesagt habe, kein neues Gutachten ist, das erst irgendwo aufgetaucht ist. Nein, es ist von einem hochgradigen Beamten des Landes erstellt worden, bereits im Jahr 1988. Da muss sich die Landesregierung auch die Frage gefallen lassen: Hat man dieses Gutachten nicht gekannt? Wollte man es nicht kennen um irgendwelche Pläne auch zu verwirklichen? Auf jeden Fall werden Sie uns da heute Rede und Antwort stehen müssen.

Spannend war auch die Reaktion des Gesundheitslandesrates, als dieses Gutachten medial aufgepoppt ist, als Sie meinten: „Ja, wir haben auch noch andere Optionen. Wenn nicht dort, dann bauen wir halt wo anders.“ Das zeigt uns, dass offensichtlich die Bodenbeschaffenheit trotz Kritik, die es auch im Vorfeld gegeben hat von der Bürgerinitiative, von Experten vor Ort, offensichtlich kein Kriterium für die Auswahl des Grundstückes war. Spannend ist auch, dass man schon Optionsverträge abschließt, ohne sich die Bodenbeschaffenheit dort näher anzuschauen. Dann denke ich: Wie kann es möglich sein, dass eine Kostengarantie abgegeben wird, dass sich der Finanzreferent und der Gesundheitsreferent gemeinsam hinstellen und behaupten, es würden die Kosten von 250 Millionen nicht überstiegen? Wenn ich auf diesen Grundstücken bauen möchte und die ganze Region hat ja dieselbe Grundwassersituation, dann werde ich wohl auch an den Optionen, die ich an Grundstücken noch habe, dieselben Kosten erwarten müssen. Und eine Kostenschätzung allein aufgrund dieser Projektsituation ohne konkreter Pläne ist äußerst unseriös. Jeder private Häuselbauer geht hier verantwortungsvoller an die Sache ran, als Sie das tun bei diesem 250-Millionen-Projekt, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Da fallen mir dann immer die Aussagen vom Klubobmann Schwarz in einer der letzten Landtagssitzungen ein, als er zur Finanzierung des Leitspitals hier herinnen meinte: „Ich darf klarstellen, die Finanzierung für Liezen ist gesichert. Das einzige, was noch nicht feststeht ist, wie diese Finanzierung genau aussieht.“ Diese entwaffnete Ehrlichkeit war durchaus spannend ... *(LTAbg. Schwarz: „Es bleibt noch immer richtig, auch wenn Sie es noch fünf Mal wiederholen!“)* ... und lustig, aber es ist ein

bisschen sinnbildlich für die Herangehensweise an dieses Projekt. (*LTabg. Schwarz: „Mit Ehrlichkeit können Sie nicht umgehen!“*) Und hinzukommt, Kollege Klubobmann Schwarz, dass sich auch die Bevölkerung am 07. April ganz klar gegen diese Pläne, ein Leitspital zu errichten, ausgesprochen hat: 17.512 Liezener stimmten mit Nein. Sie sagten Nein zu einer Zentralisierung, Nein zur Ausdünnung des ländlichen Raums, Nein zum Abzug von Arbeitsplätzen aus der Region, Nein zu einer unklaren Finanzierung und insgesamt Nein zu einem Anschlag auf die Gesundheitsversorgung in der Region. Die Wahlbeteiligung von 42,18 % kann sich sehen lassen, das war ein deutliches Zeichen der Liezener Bevölkerung, die gesagt hat: „Nein, wir wollen das nicht!“ Trotzdem verharrt die Landesregierung, verharren SPÖ und ÖVP in ihrer Bestemmhaltung. Alle Damen und Herren hier herinnen seien daran erinnert, dass das Recht immer noch vom Volk ausgeht und dass man die Bedenken der Bevölkerung auch ernst nehmen muss, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Ein abgehobenes Drüberfahren über die Bevölkerungsinteressen hat hier definitiv keinen Platz. Und spätestens nach diesen neuen Enthüllungen, nach dem Wissen, das spätestens jetzt ja aufgetreten sein muss, wie die Bodenbeschaffenheit denn ist, muss man seine Lage neu beurteilen, muss man die Planungen überdenken. Jetzt kann man in dieser Gesamtsituation meinen, die ÖVP vertritt den Standpunkt, dass das Leitspital der einzig mögliche Weg ist. Ist nicht meine Position, ist nicht unsere Position der Freiheitlichen, ist auch nicht die Position der Liezener Bevölkerung, aber es ist zumindest eine Position, die man vertritt. Viel schäbiger und viel trauriger ist das Verhalten der SPÖ in dieser Sache. Einer SPÖ, die in dieser Frage tief gespalten ist. Da gibt es Aussagen von regionalen Abgeordneten aus dem Bezirk Liezen, es gibt Aussagen vom Ersten Vizebürgermeister in Rottenmann, die SPÖ Bad Aussee, Grundlsee, die Bürgermeisterin von Liezen, all jene erteilen diesen Zentralisierungsplänen eine Absage. Wenn man sich jedoch die Meinung der Landes-SPÖ zu diesem Thema anhören will, dann muss man auf den Karmeliterplatz gehen und in der ÖVP-Zentrale nachfragen, wie denn die SPÖ dazu steht. So wundert es auch wenig, dass am Samstag noch in der Kronen Zeitung darüber berichtet wird, dass: „...aus dem Umfeld der SPÖ, aus dem Büro von Landesrat Lang ja niemals mitbestimmt werden kann bei dieser Kostenexplosion“, und einen Tag später stellt man sich dann hin und trägt diese Pläne doch mit. (*Landesrat Lang: „Kostenexplosion!“*) Das Motto innerhalb der Landesregierung ist offensichtlich: Die ÖVP sagt: „Spring!“, und Schickhofer fragt: „Wie hoch?“ Und am Ende des Tages werden die Einzigen, die geschlossen hinter dem Noch-Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer stehen, das werden die drei Spitäler sein. Die

Bevölkerung und die Wähler mit Sicherheit nicht mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Was bleibt unterm Strich über? Eine komplett unkontrollierte Situation. Eine Situation mit vielen Fragezeichen, ein Hochrisikoprojekt, Kosten bis zu einer halben Milliarde Euro, die im Raum stehen. Es bleibt ein gerades Bürgervotum, das man ignoriert und es ist verwunderlich, dass diese Bestemmhaltung nach wie vor eingehalten wird. Es wäre Selbstreflektion seitens der Landesregierung angebracht. Man hat jedoch vergebens auf diese Einsicht auch gewartet. Wir sind den Steirern auf jedem Fall im Wort. Wir werden alle parlamentarischen Mittel ausschöpfen, um vielleicht doch noch ein Einlenken in diesem Projekt auch sicherzustellen. Nachdem so viele Fragezeichen auch aufgetreten sind in der letzten Zeit und diese Kostenexplosion im Raum steht, darf ich jetzt zu den Fragen kommen und auch Sie, lieber Herr Landesrat, um entsprechende Antworten ersuchen.

Es wird folgende Dringliche Anfrage gestellt:

1. Welche Gesamtkosten wird das Projekt „Leitspital Liezen“ nach aktuellem Stand verursachen, sofern das Krankenhaus am ausgewählten Standort in Stainach-Pürgg erbaut werden sollte?
2. Worauf gründet sich diese Annahme?
3. Wie beurteilen Sie die mediale Berichterstattung, wonach sich die Gesamtkosten aufgrund der Bodenbeschaffenheit des in Stainach-Pürgg vorgesehenen Grundstücks wesentlich erhöhen werden?
4. Waren Sie sich bei der Präsentation des für das Zentralspital Liezen ausgewählten Grundstücks in Stainach-Pürgg Anfang April dieses Jahres bereits darüber bewusst, dass sich besagtes Grundstück aufgrund von Bodenuntersuchungen noch als ungeeignet herausstellen könnte?
5. Falls ja, warum haben Sie die Öffentlichkeit bei der Präsentation des Grundstücks nicht über diese Tatsache informiert und stattdessen vielmehr den Eindruck vermittelt, dass alle notwendigen Untersuchungen bereits abgeschlossen seien?
6. Welche konkreten Vorgaben hatte die JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH bei der Findung eines für das Zentralspital Liezen geeigneten Grundstücks?
7. Warum hat man die JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH mit der Findung von geeigneten Grundstücken beauftragt, wenn eine Prüfung der Bodeneigenschaften offensichtlich nicht Teil des Auswahlverfahrens war?

8. Wie wurde die Empfehlung des besagten Grundstücks in Stainach-Pürgg als geeigneter beziehungsweise sogar idealer Standort für das Zentralspital seitens der JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH Liegenschaft begründet?
9. Warum wurde die Bodenbeschaffenheit des Grundstücks in Stainach-Pürgg nicht bereits vor der Entscheidung, wonach besagte Immobilie für das geplante Zentralspital optimal sei, geprüft?
10. Wurde in der Vergangenheit bei Grundstückskäufen für die Errichtungen von KAGes-Einrichtungen stets dieses Vorgehen gewählt, wonach Untersuchungen der Bodeneigenschaften erst nach Auswahl der Grundstücke erfolgten?
11. Falls ja, in welchen konkreten Fällen war dies der Fall?
12. Falls nein, warum wurde hier zum ersten Mal dieses Vorgehen gewählt?
13. Welche konkreten vertraglichen Vereinbarungen wurden bezüglich des in Stainach-Pürgg befindlichen Grundstücks bisher getroffen?
14. Welche konkreten Kosten sind aufgrund dieser vertraglichen Vereinbarungen der öffentlichen Hand bisher erwachsen (z.B. Anwaltskosten, Gebühren etc.)?
15. Welche konkreten Kosten oder Pflichten wären für die öffentliche Hand im Falle eines Abgehens vom in Stainach-Pürgg befindlichen Grundstück zu erwarten?
16. Welche sonstigen Kosten sind der öffentlichen Hand bisher durch das Projekt „Zentralspital Liezen“ erwachsen und auf welche Kostenpositionen teilen sich diese konkret auf?
17. Hinsichtlich Ihrer Garantie, wonach die Kosten für das Zentralkrankenhaus im Bezirk Liezen 250 Millionen Euro nicht übersteigen werden, welche Konsequenzen würde es geben, falls dieses Versprechen doch nicht gehalten werden kann?
18. Sollte sich das in Stainach-Pürgg vorgesehene Grundstück als ungeeignet herausstellen, halten Sie in diesem Fall dennoch an ihrem Zeitplan hinsichtlich der Fertigstellung bis 2025 fest?
19. Wann werden Sie die Projektkontrolle beim Landesrechnungshof einreichen?

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Beantwortung. *(Beifall bei der FPÖ - 10.21 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Ich erteile Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten hat.

**Landesrat Mag. Drexler (10.21 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren im Hohen Haus, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Gerne gehe ich auf die Dringliche Anfrage, die der Herr Abgeordnete Hermann begründet hat, ein. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ganz an der Spitze ein paar grundsätzliche und grundlegende Feststellungen treffen. Es wird uns dieses Thema mit Sicherheit noch oft beschäftigen, wenn ich mir ansehe, mit welcher Vehemenz sich die vereinigte Opposition in dieses Thema verbissen hat. Ich möchte daher eingangs noch einmal in knapper und kompakter Form Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren im Hohen Haus, vor allem aber den Steirerinnen und Steirern und ganz besonders den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk Liezen in Erinnerung rufen, warum wir dieses Projekt unternehmen. Warum sind wir der Meinung, dass es dieses Leitspital im Bezirk Liezen braucht? Und warum sind mit uns praktisch alle Expertinnen und Experten der Meinung, dass dies ein sinnvoller Weg ist? Wie sind die Ausgangsbedingungen? Die Ausgangsbedingungen sind zuerst einmal so, dass wir einen rasanten medizinischen Fortschritt haben - einen rasanten medizinischen Fortschritt zum Wohle der Menschen. Wir haben gleichzeitig einen demografischen Wandel. Wir werden im Durchschnitt älter, unsere Gesellschaft wird älter, d.h. mehr chronische Krankheiten, mehr multimorbide Patientinnen und Patienten. Und wir erleben einen rasanten Wandel der rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir haben eine neue Ärzteausbildungsordnung, wir haben ein neues Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz. Und wir sehen, dass mehr Routine höhere Qualität bedeutet, d.h. größere Abteilungen, insgesamt ein größeres Spital, indem die eine oder andere Operation, die eine oder andere Therapie öfter durchgeführt wird als in einem kleinen Spital, führt zu mehr Erfahrung, führt zu mehr Routine und führt, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Interesse der Steirerinnen und Steirer zu höherer Qualität in der Versorgung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht eine vage Idee der Regierung, wie es der Herr Abgeordnete Hermann so wenig liebevoll bezeichnet hat. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein kompetenter geeigneter Plan, die Zukunft in der Gesundheitsversorgung zu bewältigen. Und da stehen wir nicht alleine, sehr verehrte Damen und Herren, es hat erst in

der vergangen Woche der Landesrechnungshof, diese so kritische Prüfinstanz, die auch von der Opposition so gerne immer wieder als Beleg für die eine oder andere These herangezogen wird, dieser Landesrechnungshof schreibt: „Die vorliegenden Daten für den Prüfzeitraum bestätigen, den Regionalen Strukturplan Gesundheit der Steiermark und die darin für den Bezirk Liezen verordneten Strukturveränderungen, diese bzw. insbesondere das Projekt Leitspital Region Liezen sind daher positiv zu würdigen.“ Der Landesrechnungshof. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wir unternehmen hier nicht aus Jux und Tollerei irgendwelche Dinge. Wir haben uns die Dinge sehr, sehr solide angesehen. Wir haben mit all unseren Partnerinnen und Partnern im Gesundheitssystem den Gesundheitsplan 2035 erarbeitet. Ein österreichweit beachtetes Papier, in dem wir die grundsätzliche Reise beschreiben: Wohin wollen wir uns bewegen? Wie können wir in zehn, ja in 20 Jahren eine qualitätsvolle und flächendeckende Versorgung, Gesundheitsversorgung, in der Steiermark für alle Steirerinnen und Steirer sicherstellen? Im November 2016 erstmals präsentiert, in sieben Regionalkonferenzen in den Regionen präsentiert, gemeinsam mit der Sozialversicherung, der Gebietskrankenkasse, gemeinsam mit der Ärztekammer, gemeinsam mit der Apothekerkammer, gemeinsam mit allen Interessensvertretungen in diesem Land, gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern im System. Wir haben daraufhin dann einen Regionalen Strukturplan Gesundheit entwickelt, ein leider furchtbar technokratischer Name für einen Plan: Regionaler Strukturplan Gesundheit - der Titel ist nicht uns eingefallen, es heißt halt so im Gesetz -, der die ersten konkreten Umsetzungsschritte benennt bis 2025. Und einer dieser konkreten Umsetzungsschritte neben vielen anderen ist die Schaffung dieses Leitspitals in Liezen. Es sind aber auch 30 Gesundheitszentren steiermarkweit bis 2025, es sind Veränderungen wie die Schließung des LKH's in Eisenerz, die neue Orientierung am westlichen Murufer zum LKH Graz II beispielsweise und vieles andere mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Also, aufgrund der Herausforderungen, die sich verantwortungsvoller Gesundheitspolitik stellt, sind wir zur Überzeugung gekommen, dieses Projekt Leitspital in Liezen umsetzen zu wollen. Und wissen Sie, diese Herausforderungen, diese sich ändernden Rahmenbedingungen, der rasante Fortschritt zum Teil, sind Dinge, die wir nicht alleine sehen. Wir sind hier kein weltweites Unikat. Denken Sie an diesen Sommer: Die Bertelsmann Stiftung in Deutschland, Gütersloh – Bertelsmann Stiftung – präsentiert eine Studie, in der sie nachweist, dass die Gesundheitsversorgung und ihre Qualität in der Bundesrepublik Deutschland sich verbessern würde, wenn man lediglich die Hälfte an Standorten von Krankenhäusern in der Bundesrepublik hätte. Der ARD macht eine Fernsehdokumentation im

Hauptabendprogramm unter dem Titel „Krankenhäuser schließen, Leben retten“ in Deutschland. Die Neue Züricher Zeitung fordert für die Schweiz Reformen in der Spitalsstruktur ein nach dem Vorbild Dänemarks. Dänemark, massive Reduzierung der Spitalsstandorte, Spezialisierung an einzelnen Klinikstandorten, zum Teil neuen Klinikstandorten. Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht irgendwie das Prestigeprojekt der steirischen Landespolitik oder gar des Gesundheitslandesrates, das ist nicht irgendeine masochistische Übung des Gesundheitslandesrates, das ist auch nicht sozusagen irgendein Dahingeschreibsel, mit dem wir völlig alleine dastehen, das ist die steirische Ausformung moderner Gesundheitspolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich eigentlich froh, dass wir wiederum einen Sonderlandtag zu diesem Thema haben. Das hat ja möglicherweise irgendwann einmal einen pädagogischen Effekt, wenn wir uns so oft zusammensetzen zu diesem Thema. *(LTAvg. Schönleitner: „Bei Ihnen ist noch keiner eingetreten!“)* Bitte? *(LTAvg. Schönleitner: „Bei Ihnen ist noch keiner eingetreten!“ – LTAvg. Riener: „Bei euch aber auch nicht!“)* Na ja, Herr Klubobmann Schönleitner, ich darf Ihnen dieses charmante Kompliment zurückgeben. Ich wiederum nehme wahr, dass bei der Opposition kein Lerneffekt eingetreten ist, obwohl wir, Herr Klubobmann, so oft wiederholen. Wir wiederholen den Stoff ja eh schon so oft. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade angesichts all dieser Vermutungen und Spekulationen und der letztlich ziemlich konjunktiv durchdrängten Presseaussendungen der vergangenen Tage freut es mich, einige grundsätzliche Feststellungen zu den genannten aufgerufenen Fragen auch tätigen zu dürfen. Eines einmal vorweg: Die grundsätzliche Standortwahl ist natürlich ein wichtiger Punkt und haben wir vor etwas mehr als einem Jahr die grundsätzliche Standortwahl mit dem Raum Trautenfels benannt. Auf Basis objektiver Kriterien ist man übereingekommen, diesen Standort zu wählen. Dann ging es darum, konkrete Grundstücke zu finden, logischer Weise, und ich will Ihnen diesen Prozess – wir kommen in den Fragen sicher auch noch dazu, aber ich möchte Ihnen diesen Prozess einmal in Erinnerung rufen: Sechs Grundstücke oder Grundstücksverbände im Bereich der Marktgemeinde Stainach-Pürgg sind seitens der Gemeinde präsentiert oder angeboten worden, sechs mögliche Grundstücke. Dann wurde die Forschungsgesellschaft JOANNEUM RESEARCH beauftragt, diese sechs Grundstücke einer Bewertung und Beurteilung zuzuführen. Drei der sechs Grundstücke sind als geeignet empfohlen worden – drei. Das nämliche Grundstück, um das sich jetzt einerseits durch im Vorwahlkampf befindliche Oppositionsparteien und andererseits durch im Kampf um

Medienanalyse-Punkte bemühte Tageszeitungen sich die ganze Diskussion dreht, ist deswegen präferiert unter den drei geeigneten, weil es fußläufig zum Bahnhof ist und weil es aufgrund seiner Größe einen großen Gestaltungsspielraum bei der konkreten Ausgestaltung des Krankenhauses zuließe. Deswegen haben wir gesagt, wir präferieren das. Deswegen sind wir darangegangen, dieses Grundstück einer Detailuntersuchung zu unterziehen. Das sind diese Bohrungen und Schürfungen, die in den nächsten Wochen im Laufe des Monats September stattfinden sollen. Und jetzt darf ich Sie fragen: Warum machen wir einen Optionsvertrag? Teil dieses Optionsvertrages ist ja auch die Vollmacht, tatsächlich diese Untersuchungen auf diesem Grundstück vornehmen zu können. Ich darf Ihnen nämlich mitteilen, dass Sie nicht einfach wohin fahren können mit einem Bagger und irgendeinem Bohrer und auf einem Grundstück zum auseinandergraben und bohren anfangen können. Jeder einigermaßen vernunftbegabte Grundstückseigentümer würde eine Besitzstörungsklage einbringen, wenn Sie einfach wohin fahren und herumbaggern. (*LTabg. Schönleitner: „Aber kein Landesrat ist in ein hochwasserführendes Grundstück gefahren zum Schürfen!“*) So, meine Damen und Herren, das ist der Grund, warum es hier schon auch eine rechtliche Beziehung zum Grundstückseigentümer gibt, weil wir ja genau diese soliden Untersuchungen vornehmen wollen. Jetzt habe ich gelesen, es handelt sich um eine Grundstückspleite von meinem geschätzten Kollegen Lang und mir, vor allem der Kollege Lang tut mir da ja noch mehr leid: „Eine Grundstückspleite!“ Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wir keine Grundstückspleite erleben, damit wir keine unliebsamen Überraschungen haben, damit wir genau wissen, was wir zu erwarten haben, wenn wir dort hineinbohren und hineingraben, deswegen untersuchen wir das im September im nächsten Monat, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Da wird jetzt immer gesagt, jeder Häuslebauer würde das vernünftiger machen als wir, ja meine sehr verehrten Damen und Herren, glauben Sie, wir wollen dann ein Krankenhaus, das dort versinkt? Kein Mensch will das. Deswegen gibt es jetzt solide Untersuchungen, deswegen wird mach sich anschauen: Gibt es da besondere Notwendigkeiten? Wenn ja, wie teuer sind diese besonderen Notwendigkeiten? Und wenn es besondere Notwendigkeiten baulicher Natur gibt, dann müssen sie im Kostenrahmen Platz haben. Das ist die ganz einfache und schlichte Erklärung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und ich darf Sie im Übrigen auch darüber unterrichten: Ich bin weder der Obergeologe des Landes, noch der oberste Geodät des Landes, noch der oberste Bauingenieur des Landes, noch der Architekt des Landes, noch sonst irgendetwas. Mir geht es darum, solide Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir dieses

Projekt umsetzen können. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird von allen, die an diesem Projekt arbeiten – Gesundheitsfond, Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft, Amt der Steiermärkischen Landesregierung – wird von all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach bestem Wissen und Gewissen und mit größter Sorgfalt durchgeführt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Also, meine Damen und Herren, ich komme zu den konkreten Fragen.

Zu den Fragen 1. und 2.:

Wie bereits in der Regierungssitzung vom 20. Dezember 2018 festgestellt, wird die Finanzierung eines Leitspitals mit geschätzten Bau- und Entwicklungskosten inkl. Ausstattung mit ca. 250 Millionen Euro festgesetzt.

Die Schätzung dieser Summe erfolgte auf Grund der fachlichen Expertise im Spitalsbau durch die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH. Der Invest-Grobkostenansatz für das Leitspital Region Liezen basiert auf Invest-Referenzen von vergleichbaren realisierten Spitälern mit allen Funktionen inkl. aller Gewerke.

Zu 3.:

Im September finden, wie von vornherein geplant und im Vorfeld aller Bauten notwendig, Bodenbeprobungen am ausgewählten Grundstück statt. Die Durchführung dieser Bohrungen ist erst dann möglich, wenn die entsprechenden Verträge mit den Grundstückseigentümern abgeschlossen sind – das ist Mitte Juli geschehen. Bauprojekte in dieser Dimension verlangen ausreichende Expertise und vor allem genaueste Prüfung vor einer letztgültigen Entscheidung. Ob und in welchem Ausmaß die Gesamtkosten aufgrund der Bodenbeschaffenheit des Grundstückes – wie Sie sagen - „wesentlich höher“ sein würden, lässt sich daher erst nach den intensiven Bodenbeprobungen mit letzter Sicherheit beantworten.

Ad 4.:

Ich möchte hier auf den Regierungssitzungsbeschluss vom 4. April 2019 verweisen. Zitat: „Diese Fläche, südwestlich des bestehenden Bahnhofes mit einer Gesamtgröße von ca. 6 Hektar und einer Erweiterungsfläche von ca. 4 Hektar, ist die geeignetste Liegenschaft für das geplante Vorhaben. Die Umsetzung sämtlicher Materien, die rechtlich eine Genehmigung erfordern, wird als technisch lösbar eingestuft. Dem Ergebnis aller für die Realisierung des geplanten Projektes notwendigen Verfahren kann freilich nicht vorgegriffen werden.“

Ad 5.:

Wie bereits zuvor angeführt, erfolgte die Auswahl des Grundstückes auf Grund einer Vielzahl von Faktoren. Diese Auswahl wurde von Seiten des Landes mit Begleitung durch die KAGes, der Diakonie sowie JOANNEUM RESEARCH mit größter Sorgfalt getroffen. Daher wurden alle Schritte im Vorfeld gesetzt, die zu dem Zeitpunkt möglich und zulässig waren, um zum vorliegenden Ergebnis zu kommen. Auch bei der veröffentlichten Information über die Entscheidung für dieses Grundstück wurde darauf hingewiesen, dass nach Abschluss der Verträge die erforderlichen weiteren Verfahren eingeleitet werden.

Ad 6.:

Ziel der Untersuchung war es, sechs vorgeschlagene Grundstücke in Stainach-Pürgg für das Leitspital Bezirk Liezen mithilfe einer wissenschaftlich abgesicherten und fundierten Kriterienanalyse zu untersuchen und damit einer objektiven Bewertung zu unterziehen, um die Planungs- und Entscheidungsgrundlage für den weiteren Umsetzungsprozess zu schaffen. In die Bewertung sind folgende Bewertungsdimensionen eingeflossen:

- Funktionale Kriterien (Entwicklungspotentiale, Erreichbarkeit, Klimatologie)
- Umfeldbezogene Kriterien (Verfügbarkeit, Vermeidung von Störfaktoren, Raumplanung, vorhandene Infrastruktur, Attraktivität der Umgebung, Einfluss des Spitals)
- Technische Kriterien (Grundstücksform und -größe sowie Exposition, Topographie, Baugrund)
- Ökonomische Kriterien (Nutzung von Synergien, vorhandene Infrastruktur bezüglich Vorleistungen, Grundstückspreis, Besitzverhältnisse)
- Rechtliche Kriterien (Gesetze und Verordnungen)

Ad 7. und Ad 9., ich würde gerne die Fragen 7 und 9 zusammenfassen:

Die sechs Grundstücke in Stainach-Pürgg wurden von der Gemeinde, auf Basis einer internen Voranalyse, als potentielle Baulandflächen für ein neues Leitspital vorgeschlagen.

JOANNEUM RESEARCH wurde als objektive Einrichtung des Landes, die zum Zeitpunkt der Beauftragung über ausreichende Ressourcen, ausgezeichnete Kompetenz, langjährige Erfahrung und das erforderliche Netzwerk verfügte, mit der Kriterienanalyse beauftragt. Darüber hinaus ist JOANNEUM RESEARCH in keiner Weise einer direkt oder indirekt betroffenen Gesundheitseinrichtung verpflichtet und agiert daher objektiv und unabhängig.

Der Baugrund ist dabei in die Bewertungsdimensionen eingeflossen und wurde in der Kriterienanalyse berücksichtigt und bewertet. Die Bewertung ersetzt in ihrem Umfang jedoch

nicht die für den Bau notwendigen detaillierten technischen Gutachten, welche im Sinne einer kosteneffizienten Vorgehensweise, erst bei engerer Auswahl eines Grundstücks und nach rechtlicher Voraussetzung bzw. nach Freigabe des Eigentümers erfolgen können.

Ad 8.:

Im Rahmen der bereits genannten Kriterienanalyse durch die JOANNEUM RESEARCH GmbH wurden unterschiedliche Eigenschaften der Grundstücke bewertet. Drei Grundstücke gingen daraus als besonders geeignet hervor. Das gewählte Grundstück erfüllt die erforderlichen Kriterien für die Realisierung eines Spitalsbaues vor diesem Hintergrund. Als positiv hervorgehoben werden beispielsweise die Lage nahe des Bahnhofs und der Bahnstufung, Zufahrt für PKW, Zulieferverkehr sowie Hubschrauber-Ab- und Anflüge können abseits von Wohngebieten erfolgen oder etwa größerer Spielraum für etwaige zukünftige Erweiterungen.

Im Übrigen: Es sind natürlich manche Argumente, die da in der Debatte verwendet werden, wahrlich bemerkenswert. Zwei Beispiele: Niemand würdigt positiv die Nähe zum Bahnhof. Wir erhoffen uns natürlich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, dass sie möglicherweise mit dem Zug pendeln können, wenn sie pendeln müssen, auch Besucherinnen und Besucher könnten mit dem Zug kommen, erscheint mir daher der Vorzug einer wirklichen Fußläufigkeit durch Nachbarschaft zum Bahnhof für positiv. Also, da könnte ich dann alle möglichen Argumente noch liefern, ob das nicht auch klimapolitisch sinnvoll ist usw., usw. Darauf nehmen Sie alle nicht Bezug. Was Ihnen aber unheimlich taugt, dass ein Teil des Grundstücks in diesem Altlastenkataster drinnen ist, weil dort vor 100 Jahre oder mehr irgendwelche Eisenbahnschwellen imprägniert worden sind. Was, wie ich höre, im Übrigen beinahe bei jedem Bahnhof Derartiges auffällt. Oder ein anderes Argument, es wird argumentiert: „Um Gottes Willen, das liegt in der Einflugschneise des Fliegerhorstes in Aigen“, gleichzeitig wird moniert, dass da so viele Nebeltage seien und der Hubschrauber am Ende nicht landen kann. Jetzt sage ich Ihnen ganz ehrlich: Die beiden Argumente stehen in einem gewissen inneren Widerstreit, wenn ich mir das erlauben darf. Dies insofern dann, wenn man noch in Rechnung stellt, dass ich glaube – aber das weiß der Herr Klubobmann Kunasek mit Sicherheit besser -, dass es wahrscheinlich überhaupt keinen einzigen Hubschrauber auf der Welt gibt, der nicht moderner ist, als die Alouette. Aber möglicherweise werde ich auch da eines Besseren belehrt.

Ad 10., 11. und 12.:

Da bei bisherigen KAGes-Projekten das Grundstück immer bereits vorgegeben war, wurden im Zuge der Projektentwicklung und im Sinne der Planungssicherheit nach Vertragsabschluss bzw. der Freigabe durch den Eigentümer bzw. Verpächter alle notwendigen Untersuchungen zum Grundstück durchgeführt. Die daraus resultierenden Ergebnisse flossen, gemeinsam mit den funktionalen und raumplanerischen Anforderungen in ein Vorprojekt ein, das wiederum die Grundlage für den Generalplaner-Wettbewerb darstellte.

Wie bereits erwähnt muss im Fall einer PPP-Finanzierung das Land Steiermark ein bebauungsfähiges Grundstück zur Verfügung stellen. Daher ist die Vorgehensweise für die Auswahl bzw. Kriterienanalyse für mehrere Grundstücke nicht direkt mit bisherigen KAGes-Projekten vergleichbar.

Sehr wohl wurden aber die Bodeneigenschaften – soweit verfügbar – von JOANNEUM RESEARCH in die Bewertung miteinbezogen. Vertiefende Bodenuntersuchungen können nach entsprechenden vertraglichen Regelungen mit den jeweiligen Grundstückseigentümern durchgeführt werden.

Ad. 13.:

Es wurde seitens der Abteilung 16 eine Option zum Abschluss eines Baurechtvertrages für eine Fläche von ca. 5,4 ha sowie eine Option zum Abschluss eines weiteren Baurechtsvertrags bzw. Erweiterungsvertrages zum Baurechtsvertrag für eine Fläche von ca. 4,0 ha für das „Leitspital Region Liezen“ für das Land Steiermark abgeschlossen.

Des Weiteren hat der Liegenschaftseigentümer eine Vollmacht erteilt, die es dem Land bzw. vom Land namhaft zu machenden Organisationen ermöglicht, Bodenuntersuchungen aller Art durchzuführen und alle Anträge für die Errichtung von Bauwerken zu stellen.

Wenn Ihnen Folgendes im Übrigen am Rande noch aufgefallen sein wird: Es handelt sich um eine Option für einen Baurechtsvertrag. Das heißt, das Land Steiermark würde das Grundstück nicht kaufen, sondern es würde ein Baurecht vereinbart werden, dass es ermöglicht, auf dieser Liegenschaft ein Krankenhaus zu errichten. Nebenbei bemerkt, ist mir eine sympathische Lösung, ich glaube auch dem Finanzreferenten eine sympathische Lösung, weil ich in dem Fall natürlich keinen Kaufpreis in der Sekunde zur Verfügung stellen muss, (*LTA*bg. Schönleitner: „Aha!“), sondern ein Baurechtszins, allenfalls zur Anwendung kommt.

Ad 14.:

Die Kosten für die Vertragserrichtung der oben genannten Leistungen beliefen sich auf ca. 16.300,-- Euro.

Die Kosten für die Sicherung der Option eines Baurechtsvertrages inkl. der Sicherung der Option für eine Erweiterung des Baurechtsvertrages belaufen sich auf jährlich ca. 22.400,-- Euro für die gesamten zehn Hektar.

Die anteiligen Kosten für das Jahr 2019, also das heurige Jahr belaufen sich auf ca. 11.200,-- Euro.

Ad 15.:

Keine, über die vorhin genannten hinaus.

Ad 16.:

Die Ausgaben KAGes, die Sie hinterfragen: Zum einen standortunabhängige Kosten, somit auch kein verlorener Aufwand, sollte tatsächlich ein anderes Grundstück ausgewählt werden müssen, wie z.B. Kriterienanalyse möglicher Grundstücke, Prozessbegleitung Projektentwicklung, Grob-Betriebsorganisation: Bisher beauftragt von der KAGes rd. 300.000,-- Euro, davon rd. 90 % der Leistung tatsächlich schon erbracht.

Grundstücksbezogene Kosten wie z.B. Untersuchungen zum Grundstück im Fachbereich Hochwasser, Oberflächenwässer, Abwasser, Geotechnik, Kriegslasten, Hydrogeologie, Geothermie, Altlasten, Ökologie, Naturschutz, Raumplanung, Verkehr: Bisher beauftragt rd. 230.000,-- Euro, davon rd. 50 % der Leistung bisher erbracht.

Ausgaben des Gesundheitsfonds, 2018: Rund 114.000,-- Euro für das Rechtsgutachten zu Maastricht konformen Finanzierungsvariante für das Projekt „Leitspital Liezen“, die Unterstützung bei der Projektentwicklung für die Betreiberschaft KAGes und Diakonie sowie Bürgermeisterkonferenzen.

2019: Rund 90.000,-- Euro für die Gesamtprojektunterstützung des Gesundheitsfonds bei der Erstellung des Projektauftrages sowie der Projektstruktur im Rahmen der Gesamtprojektleitung, der Expertise zu den finanziellen Umsetzungsvarianten der Errichtung des Leitspitals Region Liezen sowie der steuerlichen Beurteilung - dies wurde gemeinsam mit der Abteilung 4 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung beauftragt - und Bürgermeisterkonferenzen.

Ad 17.:

Wie bereits in der mit meinem Regierungskollegen Anton Lang gemeinsamen Presseaussendung vom 17. August 2019 dargelegt, darf ich wiederholen. Zitat: „Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass der Bau auf dieser Fläche wegen der Bodenbeschaffenheit die budgetären Planungen übersteigen würde, werden wir ein anderes Grundstück auswählen.“ Da das vorgesehene Budget aber eingehalten werden soll und es auch aus unserer Sicht

möglich oder wahrscheinlich erscheint, das auf diesem Grundstück innerhalb des Budgets realisieren zu können, wird sich diese Frage ja möglicherweise gar nicht stellen.

Ad 18.:

Da man sich bei derzeitigem Projektstand in einer Vorprojektphase befindet, wäre eine Änderung der Grundstückauswahl innerhalb der nächsten Monate voraussichtlich nicht mit einer Bauverzögerung verbunden.

Ad 19.:

Im Rahmen der Beauftragung des Gesundheitsfonds Steiermark mit der Gesamtprojektleitung wurde auch ein Projektlenkungsausschuss eingesetzt, welcher bereits seine Arbeit aufgenommen hat. Im Rahmen dieser strukturierten Begleitung des Projektes Leitspital Region Liezen, sind mehrere Ebenen des Controllings vorgesehen, beispielsweise wird ein externes Projektcontrolling eingerichtet werden. Selbstverständlich – alleine, dass Sie mir die Frage stellen, ist ja bemerkenswert – selbstverständlich wird auch eine Projektkontrolle des Landesrechnungshofes im Rahme seiner gesetzlichen Möglichkeiten stattfinden. Dies wurde ebenso im Regierungssitzungsbeschluss von Dezember 2018 festgehalten: „Gemäß Art. 53 ff Landes-Verfassungsgesetz 2010 kontrolliert der Landesrechnungshof vor Projektbeginn die Kosten von Großprojekten, dies umfasst die Bedarfsermittlung, die Soll-Kosten und Folge-Kosten. Nach Baubeginn von Großprojekten obliegt dem Landesrechnungshof die laufende Kontrolle der Gesamtkosten in Form einer Kostenverfolgung.“ Um bei der Umsetzung des gegenständlichen Projektes die Expertise des Landesrechnungshofes einfließen lassen zu können, soll dieser darüber hinaus schon frühzeitig eingebunden werden. Eine erste entsprechende Kontaktaufnahme ist bereits erfolgt

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alleine bei der Verlesung der Fragebeantwortungen müssten Sie eigentlich sehen, dass hier eine sehr strukturierte Planung vorliegt, dass wir eigentlich nichts dem Zufall überlassen wollen, dass wir mit viel Sorgfalt und unter Zuhilfenahme möglichst aller vorhandenen Expertisen hier eine strukturierte und professionelle Planung vornehmen wollen. Dieses Projekt wird weiterhin im Kreuzverhör der Kritik stehen, wird weiterhin sozusagen die tägliche Adrenalinspritze für die Opposition sein, damit auch die Opposition nicht dahinplätschert. Insofern meine sehr verehrten Damen und Herren, hoffe ich, Ihnen einige Antworten gegeben zu haben. Und ich werde nicht müde werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde nicht müde werden, für dieses Projekt zu werben. Ich werde nicht müde werden, alles zu unternehmen, auch Sie zu

überzeugen, dass wir mit diesem Projekt im Bezirk Liezen langfristig die Qualität der Versorgung, eine gute Gesundheitsversorgung für die Bürgerinnen und Bürger in diesem so wunderschönen Teil unseres geliebten Heimatbundeslandes bieten können. Herzlichen Dank.  
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.52 Uhr)

**Präsidentin Kolar:** Danke Herr Landesrat für die Beantwortung der ersten Dringlichen Anfrage.

Ich komme nun zur 2. Dringlichen Anfrage.

Am Dienstag, dem 20. August 2019, wurde von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3541/1, an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler betreffend „Leitspital Liezen-Vergabe ohne Ausschreibung an die KDS: Verstoß gegen nationales Vergaberecht und/oder Europarecht?“ eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Lambert Schönleitner das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

**LTAbg. Schönleitner – Grüne (10.53 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Herr Landesrat ist natürlich ein Meister der schönen Beschreibung und ich traue mir zu sagen, auch der Beschwichtigung. (LTAbg. Riener: „*Reale Beschreibung!*“) Ich erinnere mich auch noch an eine andere Dringliche hier herinnen, zum Universalmuseum Joanneum, wo er bis zum Erzherzog Johann zurückgegangen ist und gesagt hat, wie schön die steirische Welt ist, (Landesrat Mag. Drexler: „*Aber da werden Sie mir jetzt nicht widersprechen, Herr Klubobmann?*“) aber am Ende war die Postenbesetzung in den Augen der ExpertInnen – ich würde es mir nicht anmaßen – aber trotzdem eine fatale, aber Sie haben es schön beschrieben, und das Gleiche haben Sie heute wieder versucht, in wunderbaren Worten, wirklich eine Liebeserklärung an die Steiermark und Sie können mir glauben, wir mögen die Steiermark alle, das glaube ich Ihnen auch, dass Ihnen das Land wichtig ist, aber eines nehme ich Ihnen nicht ab, eines nehme ich Ihnen nicht ab, Herr Landesrat, dass nach alledem, was in den letzten Monaten gewesen ist, in Bezug auf das Leitspital, aber auch in Bezug auf die

Gesundheitspolitik in der Steiermark, dass Sie das alles so gelassen sehen und die Welt so in Ordnung ist. Ich erinnere nur stichwortartig eingangs an die Herzchirurgie Geschichte, an Ihren Absturz beim Bereitschaftsdienst, der stottert, das werden Sie mir ja nicht in Abrede stellen können, (*LTabg. Riener: „Was soll das jetzt?“*), unlängst die Kostenüberschreitung beim Versorgungszentrum der KAGes. Das sind ja alles nicht Dinge, Herr Landesrat, das wissen Sie natürlich genau, die wir einfach erfinden, sondern das sind Problemstellungen. Und wir haben in diesem Land, da werden Sie vielleicht sogar meiner Meinung sein, wenn ich an die Vergangenheit denke, Gesundheitslandesräte gehabt, ihre beiden Vorgängerinnen bzw. der Vorgänger, die auch nicht immer in höchster Qualität unterwegs waren. Da ist einiges passiert. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, so wie Sie jetzt beim Leitspital agieren, mit einer derartigen Abgehobenheit auch, mit einer derartigen quasi vom hohen Ross herab der Bevölkerung erklären, wie wir es machen, und dann aber zweimal zu scheitern, Sie sind ja jetzt beim Grundstück schon das zweite Mal gescheitert, Sie werden nämlich scheitern am Ende, das werde ich Ihnen dann noch sagen, Sie sind auch bei der Volksbefragung letztendlich arg, und das wird niemand bestreiten, abgestürzt. Sie sind, seinerzeit weg von der Grazer Messehalle, wo der Professor Hengstschläger da war, und die Tina hat glaube ich gesprochen, hat uns hier Ihre Gesundheitsreform erklärt, bis hin zum Kirchenwirt in Aigen, ganz einfach, ja und das braucht man aber in der Politik, mit Ihren Argumenten nicht durchgekommen. Kollegin Krautwaschl hat beim Sommergespräch beim ORF etwas Zentrales gesagt, das ist wichtig: Gesundheitspolitik braucht Vertrauen der Bevölkerung, ja, und Sie werden nicht in Abrede stellen können, nach einem derartigen Volksbefragungsergebnis, Herr Landesrat, Sie versuchen es heute wieder, Sie sind wieder zurückgegangen, haben das alles ignoriert was da war, ganz einfach in Abrede zu stellen, dass Ihre Gesundheitspolitik in diesem Bezirk, aber offenbar auch darüber hinaus, denn dieses Thema ist offenbar von größerem Interesse, und ich finde auch zu recht, kein Verständnis und vor allem kein Vertrauen bei den Menschen findet. Das ist ein Faktum. Und dann haben Sie sich noch nach der Volksbefragung, was ich ja nicht für möglich gehalten hätte, hier hergestellt im Landtag und haben erklärt: Ja, das ist ja rechtlich alles nicht bindend und eigentlich waren ja gar nicht so viel Leute dort. Sie wissen natürlich ganz genau, dass die Beteiligung, wenn ich es zum Beispiel mit Schweizer Volksquoten vergleiche, eine sehr hohe war. Und Sie haben am Ende gesehen, ja mehr wie zwei Drittel der Menschen – das sind ja nicht lauter Irregeleitete oder Menschen, die wir negativ beeinflussen – haben Ihrem Projekt eine klare Absage erteilt. Und dass Sie dann noch hergehen und Wesentliches verwechseln in

der Politik und das haben Sie nämlich getan, in dem Sie sagen, das ist ja rechtlich nicht bindend, und deshalb eigentlich egal, und den Unterschied nicht erkennen, was Politik ist und was rechtlich vielleicht erforderlich ist, das hätte ich Ihnen – und ich kenne Sie schon lange – nicht zugetraut. Denn es ist ja nicht umsonst Herr Landesrat, das werden Sie mir nicht in Abrede stellen, dass es in der Steiermark ein Volksrechtegesetz gibt, dass das Instrument der Befragung genau aus diesem Grund eingebaut hat, um nämlich der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ergänzend zur repräsentativen Demokratie, ja, auch die direkte Demokratie heranzuziehen, dann, wenn es darum geht, eine Politik zu bewerten. Und nachdem Sie ja zu diesem Zeitpunkt, wie die Befragung war, schon ein Jahr mit allem Aufwand kampagnenmäßig im Land unterwegs waren und Ihre Argumente, die Sie uns heute wieder schön beschrieben haben, auf den Tisch gelegt haben, hat die Bevölkerung am Ende eine klare Rückmeldung gegeben. Und dann stellen Sie sich her und sagen, nein, das Volksrechtegesetz ist ja rechtlich nicht bindend, gibt nur eine Rückmeldung. Das wäre, Herr Landesrat, die letzte Chance gewesen. Und ich habe das erwartet. Sie können meine Zitate in der Presse auch lesen, ich habe gesagt: Der Landesrat wird dieses Volksbefragungsergebnis erkennen, er wird es dazu nutzen um seinen Kurs zu wechseln und er wird von diesem Projekt abgehen, er wird zurück an den Start gehen, weil offenbar die Bevölkerung nicht hinter ihm steht. Aber Sie waren stur. Sie haben gesagt: Ich mache weiter! Wir bleiben bei diesem Projekt! Das ist wichtig! Kein Mensch würde sagen, ich wäre der Letzte, der sagt, in der Gesundheitspolitik darf sich nichts ändern. Es darf sich was ändern. Ich werde dann noch einige Dinge sagen. Aber zu sagen, ich mache gleich weiter und die Bevölkerung ist mir egal, ist halt doch ein fatales Signal. Wenn in den letzten Wochen das Grundstück in den Medien zur Sprache gekommen ist, dann ist das nicht die böse Opposition oder wie Sie gesagt haben, eine Tageszeitung, die Sie auch angegriffen haben, die sich da irgendwie um Quoten quasi bemüht, sondern es sind Fakten, die Sie ablesen können, ja. Natürlich mag es das alles geben vom Joanneum Research und diese Untersuchungen, die Sie gesagt haben, uns haben Sie die noch nie präsentiert. Sie sagen, die gibt es, die schauen so aus, so ist das. Aber ich würde da schon einmal gerne hineinschauen. Denn, wenn man am Ende zum Schluss kommt, dass auf einem Grundstück, was im HQ 30 beziehungsweise HQ 100 – das ist teilweise, ich habe Ihnen bei der letzten Sonderlandtagssitzung anlässlich der Leitspitalabstimmung sogar die Skizzen hier gezeigt, Richtung Landeshauptmann und Richtung Ihnen, ganz klar sieht, dass diese Fläche eigentlich unverbaubar ist, weil es ganz einfach nicht mehr zeitgemäß ist, dass man bei einem Fluss wie der Enns kanalisiert, das Ganze wieder in einen Kanal lenkt und die

Wässer schnell abführt und einfach sagt: Baulich ist das schon möglich, wenn wir massiv genug bauen, können wir dort ein Spital errichten, dann ist das letztendlich in Widerspruch zum Flächenwidmungsplan, zu der Gefahrenzonenplanung, zu allem was das Land Steiermark – und neben Ihnen sitzt das wasserwirtschaftliche Planungsorgan, der Herr Landesrat Seitinger – immer sagt, ein Widerspruch ist. Ja, da hätten Sie Ihnen ja die ganzen, jetzt auch teuren Untersuchungen sparen können. Jeder sieht auf den ersten Blick – so sehe ich es – dass es an dem Standort keine gute Fundamentierung für dieses Spital geben kann, dass der Standort hoch problematisch ist. Und Sie haben eines nicht getan, und das haben Sie aus meiner Sicht völlig falsch dargestellt, das möchte ich Ihnen schon noch sagen, Sie haben eben nicht gesagt, da haben wir mehrere Grundstücke und das haben wir uns auch angeschaut und das war das Beste, sondern Sie sind in die Öffentlichkeit gegangen und haben gesagt, Herr Landesrat, das ist das Grundstück und hier werden wir dieses Spital errichten. Das haben Sie getan. Ja dann dürfen Sie sich dann nicht wundern, wenn die Fakten derartig sind, dass Sie da Kritik bekommen, dass da Fragen entstehen und dass natürlich – das brauche ich ja Ihnen nicht erzählen – als einer der Spitalsprojekte preismäßig jahrelang auch nicht gerade zimperlich kritisiert hat, dass natürlich Fragen entstehen und man Sie fragt: Ja, warum sind Sie denn überhaupt auf diesen Standort gekommen, der verursacht Kosten, ja, keine Frage, wahrscheinlich hohe Kosten. Und in der Folge, wenn eine Kritik kommt, gehen Sie nicht her und einen Schritt zurück und sagen vielleicht, das war ein Fehler, wir haben uns da verlaufen, sondern Sie gehen her bei der ganzen Sache und sagen letztendlich, ich gebe auch eine Kostengarantie ab, 250 Millionen Euro – mehr geben wir nicht aus. Das ist aus meiner Sicht höchst unseriös. In der Gesundheitspolitik darf sich was ändern. Sie haben Deutschland genannt, Sie haben Dänemark genannt, aber Sie wissen natürlich genauso wie ich, dass es nicht nur – und das haben Sie aber jetzt getan – um den Spitalsbereich geht und um Standorte – es wird sich was ändern in Bereichen, in der Chirurgie brauchen wir nicht mehr so viele Betten, alles unbestritten – aber es braucht doch auf der anderen Seite ein Hochfahren der niedergelassenen Versorgung. Und diese ist nicht da. Ich habe Ihnen bei der letzten Sonderlandtagssitzung die Ärztekammer zitiert, die das statistisch ausgewertet hat. Die Versorgung im Bezirk Liezen geht drastisch zurück. Nicht nur die Spitalsversorgung in Ihrem RSG, sondern es geht auch die Versorgung im niedergelassenen Bereich zurück. Und das betrifft die Menschen. Und da haben Sie keine Antworten gegeben. Das kann ich auch fachlich belegen. Da könnte ich Ihnen auch einige, weil Sie gesagt haben alle, Experten nennen, die Ärztinnen und Ärzte nennen, aus dem Bezirk, die die Gegend gut kennen, ja, die

sagen Ihnen, da wird es Probleme geben. In der Folge auch bei der Notarztversorgung. Das wissen wir, Herr Kollege Forstner und andere, dass es in unserem Bezirk immer sehr wichtig ist und das kann man nicht einfach vom Tisch wischen. Das haben Sie aber gemacht, ja. Und Sie sind eben der erste Landesrat, im Gegensatz zu Ihren beiden Vorgängerinnen, der offenbar wirklich ein Spital errichten will, wo es fünf KO Kriterien gibt, die Sie am Ende nicht umschiffen können. (*LTA*bg. Riener: „Das wissen wir ja noch nicht. Du bist der Experte.“) Wenn es zuerst die Befragung war, die Ihnen egal war, die Bevölkerung ist dagegen, ist es jetzt die Grundstücksgeschichte, ist es jetzt die Grundstücksgeschichte, wo Sie sagen wieder: Wir bleiben drauf! Wir machen! Wir haben gesagt, wir tun das! Und das ist aus meiner Sicht, Herr Landesrat, eine Vorgangsweise, die bei der Bevölkerung zu recht auch auf Ablehnung stößt. Es gibt sowas, das heißt, LUIS – Sie kennen es wahrscheinlich, das Landes-Umwelt-Informationssystem – wenn Sie dort reinschauen, dann sehen Sie die Daten, die auf diesen beiden Grundstücken draufliegen, wie das aussieht. Die Altlast ist natürlich ein Problem. Sie haben gesagt, sie ist kein Problem. Überall sind Altlasten. Sie haben sogar behauptet – was nicht stimmt – bei jedem Bahnhof wäre ja fast eine Bahnschwellen-Imprägnierungsanlage dabei gewesen, das war nicht der Fall. Wir wissen, Stainach war eine sehr große, sie war immer wieder Thema. Und was mich am meisten irritiert, wenn Sie schon Joanneum Research und andere Experten herangezogen haben, dann irritiert mich, dass Sie jene Verfahren, Herr Landesrat, die dem Land ja bekannt sind, von Vorprojekten, ja, ich erinnere mich seinerzeit an eine erste Autobahn- beziehungsweise Kreisverkehrslösung, wo es um eine Unterführung gegangen ist, da hat es komplexe hydrogeologische Gutachten gegeben – die kenne ich auch – da hat man immer schon gewarnt, in diesem Bereich eventuell die Altlast zu berühren. Da hat man immer schon gewusst, die Grundwasserstände sind hoch, da wird es sehr teuer sein, wenn man irgendwas baut. Darum macht man jetzt eine Überführung oben drüber, das ist glaube ich, eine gute Lösung. Und Sie haben das alles ignoriert. Ja, das waren auch Expertinnen und Experten, Herr Landesrat. Ich nehme Ihnen schon ab, dass Sie das Beste wollen. Aber diese Sturheit, dieses nicht Zurückgehen, wenn Fehler passieren, die glaube ich, wirft Ihnen die Bevölkerung in Wirklich ganz zu Recht vor. Und natürlich stellt sich die Bevölkerung die Frage, warum Sie genau auf dieses Grundstück dann gekommen sind, wenn es keine guten Voraussetzungen gibt? Warum war es ausgerechnet die Familie Hartmann-Kaufmann, die Grundstücksverkäufer in diesem Fall, wo es die Option darauf gibt, die Ihnen dieses Grundstück anbieten. Ich meine, so wenig Grundstücke gibt es nicht im Bezirk Liezen, das wissen Sie, für derartige Projekte. Sie nehmen eines her auf der grünen

Wiese und es muss ausgerechnet dieses Grundstück dieser Liegenschaftsverwaltung sein, dass Sie herangezogen haben. Und da sind für mich noch Fragen offen. Ich kann mir nicht erklären, warum das so ist, aber das werden wir uns sicher noch sehr genau anschauen. Ansonsten wurde viel gesagt auch vom Klubobmannkollegen Stefan Herman. Ihre Antworten waren aus meiner Sicht unbefriedigend. Aber ich möchte noch auf einen anderen wesentlichen Teil kommen. Sie haben den Rechnungshofbericht zitiert – ein Zitat vorgelesen. Rechnungshofberichte sind immer wichtig. Wir werden sie uns anschauen. Ich habe ihn auch durchgelesen. Man muss aber doch dazu sagen, das ist quasi ein kleiner Einblick in die gesamte Spitalslandschaft, die der Rechnungshof hier bewertet. Das ist ja selbstverständlich, dass wir nicht mit gleich vielen Standorten am Ende wahrscheinlich die hohe Qualität sichern können. (*Landesrat Mag. Drexler: „Das müssen Sie wiederholen. Das müssen Sie wiederholen.“*) Aber Herr Landesrat, es ist die Frage, es ist die Frage, und die müssen Sie auch beantworten, das wird Ihnen nicht erspart bleiben: Warum sind Sie so stur und schauen Sie nicht andere Verteilungsmöglichkeiten im Bezirk an. Denn eines ist gefährlich, wenn wir zwei neue Spitäler errichtet haben – Bad Aussee nagelneu, Schladming Diakonie nagelneu errichtet – dann gehen Sie her und bauen noch ein drittes Neues. Ich würde Ihnen empfehlen, schauen Sie auch über die Bezirksgrenzen hinaus. Schauen Sie Kooperationsmöglichkeiten an. Denn eines ist falsch, das sage ich Ihnen. Wer den Fehler begeht und glaubt, wenn ich in der Mitte jetzt ein Spital hinstelle, dass alle Patientinnen und Patienten aus dem Westen, aus dem Osten, in Richtung dieses Leitspitals gehen werden, dann ist das falsch. Es werden manche nach Schwarzach gehen, es werden manche nach Ischl gehen und der Osten des Bezirkes, das kann ich Ihnen ganz klar sagen, die werden natürlich dann Richtung Leoben tendieren. Und dass Ärzte nur aufgrund dieses neuen Spitals in die Region kommen, Herr Landesrat, das halte ich, und ich habe auch mit Ärztinnen und Ärzten gesprochen, für gelinde gesagt, eine Behauptung, die nicht belegbar ist. Die jungen Ärztinnen und Ärzte werden nach Steyr gehen, sie werden nach Leoben gehen, sie werden in jene Spitäler gehen, wo es eigentlich eine Topausstattung gibt. Sie haben ja am Ende einmal suggeriert, es würde da eine umfassende Versorgung geben im neurologischen Bereich, was die Kinder- und Jugendheilkunde angeht. Jetzt wissen wir, auch in diesen Bereichen, und darum ist die Bevölkerung ja so kritisch, wird es keine 24-Stunden, sieben Tage Versorgung geben, das steht mittlerweile fest. In Wirklichkeit ist es ein kleines Spital, wo die Versorgung für die Bevölkerung im Wesentlichen nicht besser wird. Und wo die GHZ, sprich Ihre Gesundheitszentren, wie Sie sagen, am Ende stehen, und die Facharztzentren, ja das weiß die

Bevölkerung heute noch nicht endgültig. Sie haben ja unterschiedliche Modelle. Da gibt es das Modell der Kooperation, da gibt es das stationäre Gesundheitszentrum (*Landesrat Mag. Drexler*: „*Herr Klubobmann, ich habe das Bundesgesetz.*“) das alles ist unklar. Ich weiß, es gibt ein Bundesgesetz, aber es ist nicht so und auf das möchte ich noch hinaus, dass man sagen kann, Ihre Gesundheitsreform würde genau das für die Bevölkerung gewährleisten. Das ist eben genau nicht klar wo sie stehen werden. Es ist nicht klar, wieviel Facharzt disziplinen de facto wo im Bezirk sein werden. Und zu Recht stellt die Bevölkerung natürlich die Frage. (*LTabg. Riener*: „*Jetzt ist nichts klar. Unterversorgung!*“) Aber ich will noch auf was Anderes hinaus, denn wir haben ja ergänzend zur Dringlichen eine eingebracht, die aus unserer Sicht nicht unerheblich ist, und ich möchte zum Einbringen der Fragen dann kommen und ich würde mir schon wünschen, dass Sie auch dazu ausführlich Stellung beziehen. Es ist diese Kooperation mit der Diakonie. Wir haben jetzt einen Rechnungshofbericht vorliegen, der aus meiner Sicht auch dramatisch ist und er ist vor allem deswegen dramatisch, nicht weil dort schlecht medizinisch gearbeitet wird, das möchte ich in Richtung Diakonie nicht sagen, er ist deswegen dramatisch, weil die Steirische Landesregierung seinerzeit eine fürchterliche Rechtskonstruktion, die auch bejubelt wurde und gelobt wurde, hergestellt hat, mit einer Abgangsdeckung, die eigentlich für den steirischen Steuerzahler massiv nachteilig ist. Man hat letztendlich mit einer Abgangsdeckung gesagt, ja, wir zahlen nicht nur die Errichtungskosten, wir erinnern uns DKV, VAMED, die KAGes war ein bisserl dabei, sondern, es ist auch so, dass wir am Ende den Abgang ganz einfach abdecken. Noch viel höher, lese ich jetzt, wie in anderen Ordensspitälern in der Steiermark, und das sind Dinge, die die Landesregierung seinerzeit aufgrund grottenschlechter Verträge so festgeschrieben hat. Und jetzt gehen Sie her und nehmen Sie die Diakonie selbsterklärt als Partner. Und das können Sie niemanden erklären. Ich lese den Rechnungshofbericht, den der Landesrechnungshof erstellt hat in einem Punkt sehr klar, ja, der Landesrechnungshof sagt, derjenige, der zahlt, ich vereinfache es jetzt sinngemäß, Sie werden mir wahrscheinlich Recht geben, der soll am Ende auch steuern können, der soll die Verantwortung tragen können und es kann nicht wieder so sein, dass man einen privaten Partner über ein PPP- Modell hereinnimmt und am Ende der öffentliche Einfluss der KAGes gering ist. Sie können den Steirerinnen und Steirern nicht erklären, wenn Sie schon so ein tolles Spital errichten, Herr Landesrat, warum baut es nicht die KAGes? Vielleicht auf einem anderen Standort? Vielleicht werten wir Rottenmann auf um etwas Konkretes zu sagen? Vielleicht gibt es Kooperationen der bestehenden Spitäler in Schladming und Bad Aussee mit den Nachbarkrankenhäusern? Da

gibt es ja verschiedene Möglichkeiten, aber sagen Sie mir einmal, warum Sie von vornherein hergehen und die Diakonie ohne Ausschreibung, und in diese Richtung gehen unsere Fragen, hier ganz einfach hernehmen, aus meiner Sicht ignorieren Sie das Europäische Vergaberecht in diesem Punkt und ganz einfach sagen, wir nehmen sie herein und sie sind unsere Partner. Ich bin der Meinung, wir würden keine Privaten brauchen. Die KAGes würde das können, ein Spital aufwerten, ausbauen, aber Sie gehen her und sagen, ich nehme einen Privaten dazu und ich nehme die Diakonie. Soll ich Ihnen sagen warum? Weil Sie aus Ihren alten Verträgen und Vereinbarungen ganz einfach nicht herauskommen. Da bleiben Sie drinnen stecken und darum müssen wir diese Lösung letztendlich nehmen. Und das Argument alleine, dass da so viel Know-how von der Diakonie hereinkommt, das ist aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar. Ich darf daher zu Einbringung unserer Fragen kommen – zur Dringlichen Anfrage:

1. Auf welcher vertraglichen oder gesetzlichen Rechtsgrundlage beruht die "Einigung zwischen der KAGes und dem Krankenhaus Diakonissen Schladming zur gemeinsamen Gründung einer Betreibergesellschaft"? Die gibt es ja offenbar schon. Die haben Sie ganz einfach gegründet einmal hinein, ohne irgendwas Konkretes schon zu wissen. Weil Sie wissen ja so wenig über dieses Projekt.
2. Wie lauten die Vereinbarungen mit der Betreibergesellschaft und mit der KDS im Wortlaut?
3. Warum bedarf es vor der Vergabe bzw. einer Vereinbarung über den Betrieb des Leitspitals mit einem Privaten keiner Ausschreibung aufgrund von nationalem Vergaberecht und/oder Europarecht?
4. Wie bewertet der Verfassungsdienst der Landesregierung den Umstand, dass die Leitspital-Kooperation nicht nach nationalem Recht und/oder EU-Recht europaweit ausgeschrieben und auch kein formloses "strukturiertes Auswahlverfahren" durchgeführt wurde?
5. Wird auch für die Errichtungsgesellschaft keine Ausschreibung vor der Vergabe erfolgen?
6. Warum suchen Sie nicht über eine Ausschreibung den für das Landesbudget besten bzw. günstigsten Betreiber, sondern begeben sich ohne Not in eine Abhängigkeit zum Krankenhaus Diakonissen Schladming?
7. Welche Gründe sprechen für die Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Diakonissen Schladming? Wurde zumindest informell geprüft, ob es bessere bzw. günstigere Betreiber als die KDS gibt? Falls nein, warum nicht?

8. Wie erklären Sie sich den ungewöhnlichen Vorgang, zuerst eine Betreibergesellschaft und erst später eine Errichtungsgesellschaft zu gründen?

9. Welche Verflechtungen und Aufgabenverteilungen gibt es zwischen Betreiber- und Errichtungsgesellschaft bzw. soll es geben?

10. Welche Bedeutung hat es, dass - wie Sie ausführen - "der KAGes der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung zukommen wird"?

11. Liegt der Grund dafür, dass Sie kein Interesse zeigen, durch ein transparentes Vergabeverfahren einen für das Land günstigeren Anbieter als die KDS zu finden, im Vertrag zur Deckung des Betriebsabganges und/oder in der Investitionsvereinbarung vom 01.07.2005 zur Deckung der Finanzierungskosten des Krankenhausneubaus oder in anderen Vereinbarungen?

12. Wenn nein, was ist der Grund für die gewählte Vorgehensweise?

13. Aus welchem Grund ist es Ihrer Ansicht nach für das Land Steiermark finanziell günstiger, von einer Ausschreibung Abstand zu nehmen?

14. Warum können Sie davon ausgehen, dass Sie durch eine Ausschreibung keinen günstigeren Mitbetreiber finden würden?

Immer unter der Voraussetzung, dass es offenbar nicht geht, wie Sie festgestellt haben, oder dass Sie es nicht wollen, dass die KAGes, die Spitalsgesellschaft die Steirische, alleine ein Krankenhaus errichtet. Ich glaube, das sind wichtige Fragen, vergaberechtliche Fragen haben uns in der steirischen Spitalpolitik schon sehr oft sehr lange begleitet und ich würde mir hier Antworten erwarten. Und Herr Landesrat, ich würde mir wünschen und das ist mein letzter Appell an Sie, geben Sie Ihre Sturheit auf, gehen Sie herunter vom hohen Ross, gehen Sie auf die Bevölkerung zu. Überlegen Sie, ob Sie dieses Leitspital unter diesen Vorzeichen mit Zweidrittel Gegnerschaft der Bevölkerung auf einem völlig im Hochwassergebiet liegendem Grundstück weiterverfolgen oder wäre es nicht besser, hier einen Schritt des Entgegenkommens auch einen Schritt der Beweglichkeit der Landesregierung der Bevölkerung zu zeigen. Ich glaube, die Steirische Landesregierung, und damit bin ich dann fertig, weil ich bin schon leicht über der Zeit, die Steirische Landesregierung hat vorgegeben Reformen zu machen, ein Reformland zu sein, ganz vorne dabei zu sein. (*Präsidentin Kolar: „Herr Klubobmann ich bitte Sie, Ihre Redezeit ist zu Ende.“*) Letzter Satz: Wir sehen leider in vielen Bereichen, Herr Landesrat, seien es die fünf Milliarden Schulden des Landes, sei es diese Spitalsgeschichte, seien es die nicht vorhandenen Initiativen im Klimaschutz, dass wir nicht nach vorne kommen, sondern, dass wir nach hinten fallen und das ist wichtig, dass hier

eine Wende passiert. In dieser Form ist dieses Image der Reformpartnerschaft ganz einfach nicht nachvollziehbar und die Bevölkerung hat das mittlerweile voll und ganz erkannt. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.15 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Ich erteile nun Herrn Landesrat Mag. Christopher Drexler das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (11.15 Uhr):** Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrter Herr Klubobmann Schönleitner!

Einige Anmerkungen: Erstens einmal, ich kritisiere überhaupt nie die Medien und auch nicht einzelne Medien. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, dass wir alle im Wettbewerb stehen. Das ist ja eigentlich was Positives. Im Übrigen Herr Klubobmann, ich hätte auch keinen Anlass die Medien oder einzelne Medien zu kritisieren, weil, wenn ich mir, alles in allem genommen, alle Kommentare, die sie in den letzten Jahren zum Thema Strukturreform im Bereich der Gesundheit gegeben haben, muss ich sagen, dass eigentlich die meisten Kommentatoren in den steirischen Medien die grundsätzliche Analyse, dass es Strukturreformen braucht und dass es gut ist, dass wir diesen Reformweg beginnen, teilen. Auch in der vergangenen Woche, falls Sie aufmerksam alle möglichen Kommentare gelesen haben. Zweiter Hinweis: Ja, das Volksrechtegesetz ist mir bekannt. Ich darf im Rahmen sozusagen der politischen Zeitgeschichte auch daran erinnern, dass es in einer Zeit ursprünglich beschlossen wurde, als die Steirische Volkspartei die absolute Mehrheit im Landtag gehabt hat. Also insofern muss es mir ja auch einigermaßen bekannt sein, denn, wie gesagt, ich kann mich auch noch an die geistigen Väter dieses Volksrechtegesetzes erinnern. Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde daher, nachdem es ja zwei Dringliche Anfragen gegeben hat, und ich glaube, das Grundsätzliche im Wesentlichen ja schon gesagt ist, nur einige wenige Anmerkungen machen und dann gleich zu den konkreten Fragen kommen. Ich möchte eines noch einmal sagen, ich habe bei der Beantwortung der ersten Dringlichen Anfrage damit geschlossen, dass ich darauf hingewiesen habe, dass ich nicht müde werde, für dieses Projekt zu werben. Das, Herr Kollege Klubobmann, ist keine Überheblichkeit. Das ist mein Verständnis von Verantwortung. Weil wenn man sich so intensiv, wie wir das getan haben, die Herausforderungen ansieht, denen wir uns gestellt sehen, und wenn man so wie ich, bei meiner ersten Rede hier an diesem Pult, als ich in die

Regierung gewählt worden bin und unter anderem mit der Verantwortung für den Bereich Gesundheit und Spitäler ausgestattet wurde, habe ich meines Erachtens einen wesentlichen, für mich, wesentlichen Satz gesagt: Ich habe gesagt, ich weiß, dass der Bereich der Gesundheitspolitik ein besonders sensibler Bereich ist. Weil Krankheit, Unfall oder Pflegebedürftigkeit in jedem individuellen Leben eine Extremsituation darstellt, wo jeder einzelne Mensch nicht bereit ist, nicht bereit ist, irgendwelche Kompromisse zu machen, sondern die bestmögliche Versorgung für sich haben will. Ich habe gesagt, dass aus diesem Grund Gesundheitspolitik einen besonderen Sorgfaltsmaßstab erfordert, einen besonderen Sorgfaltsmaßstab erfordert. Deswegen haben wir auch mit besonderer Sorgfalt gemeinsam mit vielen Expertinnen und Experten diese Pläne erstellt. Und deswegen ist es dieser Sorgfalt und damit letztlich der Verantwortung geschuldet, dass wir jenen Reformweg einschreiten oder einschlagen, der es sicherstellt, dass es auch in etlichen Jahren die bestmögliche und flächendeckende und qualitätsvolle Versorgung in diesem Land gibt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Daher darf ich auch einleitend erinnern, dass die Steiermärkische Landesregierung in ihrer Sitzung vom 22. Juni 2017 den sogenannten Regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark erörtert und mit einstimmigem Beschluss ein klares Bekenntnis zu diesem Vorhaben abgegeben hat. Vom Landtag wurde der RSG 2025 am 04. Juli 2017 nicht nur behandelt und zur Kenntnis genommen, sondern die darin dargestellten Maßnahmen explizit befürwortet. Warum ist mir das wichtig? Weil Sie immer wieder kritisieren, es wäre zu wenig transparent oder ähnliches. Sie wissen schon, notwendig wäre es lediglich gewesen, den Regionalen Strukturplan Gesundheit in der Landes-Zielsteuerungskommission zu beschließen. Mir war es ein persönliches Anliegen, die Landesregierung und auch den Landtag mit diesem weitreichenden Plan zu beschäftigen, in der Hoffnung auf eine konstruktive Auseinandersetzung und Debatte. Dieser RSG 2025 ist als erster Schritt zur Umsetzung des Steirischen Gesundheitsplanes 2035 zu sehen. Den wir, wie ich vorhin schon dargelegt habe, mit vielen Partnerinnen und Partnern erarbeitet haben, präsentiert haben auch in Regionalkonferenzen. Ein wesentlicher Entwicklungsschritt im Regionalen Strukturplan Gesundheit ist die Neu- und Umstrukturierung stationärer fachärztlicher Versorgung. Dabei soll zukünftig in Leitspitälern die stationäre Versorgung der Steirerinnen und Steirer stattfinden. Dieser erste wichtige Schritt in Richtung Leitspital gelingt im RSG 2025 durch die Schaffung von Krankenhaus-Verbänden auf der einen Seite, was Sie da einfordern, glaube ich, sowie durch die Planung und Errichtung eines neuen Leitspitals in der Versorgungsregion 62, das ist der Bezirk Liezen.

Nun zu Ihren konkreten Fragen:

ad 1.

Mit Regierungssitzungsbeschluss vom 20. Dezember 2018 erfolgte die Beauftragung des Gesundheitsfonds Steiermark mit der Gesamtprojektleitung des Projektes „Leitspital Region Liezen“. Im Rahmen der Projektorganisation befasst sich ein Projektteil mit der zukünftigen Betreiberschaft des neu zu errichtenden Leitspitals. In diesem Projektteil werden alle Fragen zum Thema Gesellschaftsstruktur, Personal, Budget, Betriebsorganisation sowie die begleitenden rechtlichen Fragestellungen behandelt. Derzeit steht als Gesellschaftsform eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Raum, welche auf Basis des GmbH-Gesetzes mittels notariatspflichtigem Gesellschaftsvertrag gegründet werden wird.

ad 2.

Die Partner der zukünftigen Betreibergesellschaft haben sich auf die zukünftige Ausgestaltung der Verantwortung in den Gremien der neuen Gesellschaft sowie beim täglichen Betrieb geeinigt. Die genaue Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags – wie aus der Antwort zu Frage 1. ersichtlich ist – ist Gegenstand eines Projektteils des Gesamtprojekts.

ad 3. und 4.

Bereits während der Erstellung des RSG 2025 im ersten Halbjahr 2017 wurde in enger Abstimmung zwischen dem Gesundheitsfonds Steiermark und dem Land Steiermark eingehend geprüft, ob beim gegenständlichen Sachverhalt (Zusammenlegung von drei bestehenden Fondskrankenanstalten-Standorten an einem neuen Ort) der Anwendungsbereich des Vergaberechtes eröffnet ist und daher konsequenterweise eine Ausschreibung durchzuführen ist. Der Verfassungsdienst des Landes Steiermark hat sich in einer sogenannten Kaskadenprüfung mit allen relevanten Kriterien befasst. Das Ergebnis der Prüfung lautete, dass auf Grund der gegenständlichen Rahmenbedingungen der Anwendungsbereich des Vergaberechtes nicht eröffnet ist. Überhaupt möchte ich festhalten, dass der Verfassungsdienst des Landes Steiermark selbstverständlich seit Anbeginn dieses Projektes regelmäßig für die Beurteilung rechtlicher Fragestellungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes um seine Stellungnahme ersucht wird, respektive eingebunden wird.

ad 5.

Selbstverständlich werden bei der Durchführung dieses Projektes alle notwendigen Vergabeverfahren durchgeführt und zwar unabhängig davon, ob die Entscheidung betreffend

die Art der Finanzierung auf ein PPP-Modell oder eine klassische Finanzierung aus dem Landesbudget fällt.

ad 6. und 7.

Es darf in Erinnerung gerufen werden, dass mit der 2013 eingeleiteten Gesundheitsreform auf Bundesebene ein Weg eingeschlagen wurde, der von dem Gedanken getragen ist, die Patientinnen- und Patientenversorgung am sogenannten „Best Point of Service“, Sie kennen allerdings auch meine grundsätzliche Kritik an den ständigen Anglizismen in der österreichischen Gesundheitspolitik, aber es sei einmal genannt, anzubieten und dabei die Versorgungsstrukturen entsprechend anzupassen. In diesem Sinne entstand der im Landtag Steiermark wie auch mit allen Partnerinnen und Partnern im Gesundheitsbereich diskutierte Gesundheitsplan 2035. Im Rahmen des RSG ist nun dementsprechend vorgesehen, die drei bestehenden Krankenhausstandorte zu einem gemeinsamen Leitspital in der Versorgungsregion Liezen zusammenzuführen. Die drei bestehenden Krankenhausstandorte sind dabei bekanntermaßen einerseits Schladming, betrieben von der Diakonie Gallneukirchen und andererseits Rottenmann und Bad Aussee, betrieben von der Steiermärkischen Krankenanstalten Gesellschaft mbH. Von den bisherigen Betreibern soll am Standort Stainach-Pürgg zukünftig ein Leitspital betrieben werden. Bei den bestehenden Krankenhäusern, und das ist nicht unwichtig, handelt es sich eben um so genannte „Fondskrankenhäuser“, deren Finanzierung auf Basis der Vereinbarung gemäß Artikel 15a über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens sowie den ausführenden Gesetzen, in unserem Fall vor allem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz und das Steiermärkische Gesundheitsfondsgesetz erfolgt. Diese so genannte leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung ist sowohl bundeseitig als auch landeseitig geregelt. Dieser liegt ein Beschluss der Gesundheitsplattform zu Grunde, in dem unter anderem auch alle Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsparteien jedes Jahr informiert werden. Diese Höhe der Finanzierung liegt daher auf Basis der rechtlichen Bestimmungen in der öffentlichen Hand. Zudem ist der Kreis der Fondskrankenanstalten, welche die öffentliche Gesundheitsversorgung im intramuralen Bereich gewährleisten, in dieser Artikel 15a Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern definiert und kann nicht beliebig von Seiten des Landes Steiermark verändert werden. Das heißt, sie haben eine abschließende Aufzählung jener Träger, die fondsfinanzierte Krankenanstalten in Österreich betreiben. Da können wir nicht einfach hergehen und das ändern, da müsste die 15a Vereinbarung geändert werden.

zu 8. und 9.

Die diesbezügliche Beantwortung erfolgte bereits bei Frage 5. Ergänzend kann festgehalten werden, dass – wie bei jeder anderen Bauausschreibung – auch in diesem Fall die zukünftigen Betreiber im Sinne des im RSG definierten Versorgungsauftrages die Anforderungen an das Krankenhaus formulieren werden. Der Landesrechnungshof wird das Projekt begleiten. In der Umsetzung wird auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit Bedacht zu nehmen sein. Wie in vergleichbaren anderen Projekten üblich, gilt es zunächst die Anforderungen an den Spitalsbau zu definieren und dann der Errichtung des zuvor definierten Bauprojektes näher zu treten. Ob zu diesem Zwecke eine Errichtungsgesellschaft gegründet wird, hängt – wie bereits erwähnt – von der Klärung des Weges der Finanzierung ab.

ad 10.

Die KAGes und die Klinik Diakonissen Schladming haben sich auf die zukünftige Ausgestaltung der Verantwortung in den Gremien der neuen Gesellschaft sowie beim täglichen Betrieb geeinigt. Dabei ist für das Land Steiermark besonders wichtig, dass der Aufsichtsrat vermehrt mit Eigentümervertreterinnen und -vertretern der KAGes besetzt wird. Hinsichtlich der Gesellschafterversammlung wurde vereinbart, dass die KAGes den Vorsitz führt, um auch in diesem Gremium dem zuvor angeführten Gedanken Rechnung zu tragen. Alle notwendigen Schritte werden im Rahmen des Projektteils zur Betreiberschaft erarbeitet, wie bereits in Frage 1 dargelegt.

ad 11. und 12.

Vorweg ist festzuhalten, dass sich das österreichische Gesundheitssystem durch einen hohen Grad an Komplexität auszeichnet. Die Finanzierung der Fondskrankenanstalten, welche als gemeinnützige respektive öffentliche Krankenanstalten eingerichtet sind, ist in einem komplexen System aus Artikel 15a B-VG Vereinbarungen sowie bundes- und landesgesetzlichen Regelungen verankert, welches nicht zuletzt seine Ursache in der Kompetenzverflechtung im Gesundheitswesen hat. Mit der Einrichtung der Landesgesundheitsfonds 2006 und der Zielsteuerung-Gesundheit 2013 wurde der Versuch unternommen, hier zumindest in einem Teilbereich der zahlreichen Finanzierungsströme eine Bündelung zu erreichen. Zu bisher Ausgeführtem kann ergänzt werden, dass sowohl die fondsfinanzierten Krankenhäuser Rottenmann und Bad Aussee sowie Schladming öffentliche, gemeinnützige Krankenanstalten sind. Damit ist ihnen auch von Gesetzes wegen eine Vielzahl von Auflagen vorgeschrieben, die sie als solche Krankenanstalten zu erfüllen haben.

ad 13. und 14.

In der Beantwortung der Fragen 3, 6, 7 und 11 sind die Argumente bereits dargelegt. Jedenfalls darf ergänzend festgehalten werden, dass auf Grund der Gestaltung des österreichischen öffentlichen Gesundheitswesens Festlegungen zur Finanzierung und die Höhe der Finanzierung in dem von der Gesundheitsplattform beschlossenen LKF-Modell, Leistungsorientierte Krankenanstalten Finanzierung in Langform, Steiermark erfolgen. Sie wissen, dass die Höhe eines LKF Punktes jährlich beschlossen wird und jeder LKF Punkt den gleichen Wert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ergänzend zu dieser sehr technischen Beantwortung dieser sehr technischen Fragen darf ich Ihnen Folgendes sagen: Ich möchte mich wirklich dagegen verwehren, dass Klubobmann Schönleitner ein bisschen die Diakonie Gallneukirchen als Betreiber der Klinik Diakonissen Schladming in ein etwas – aus meiner Sicht – schräges Licht rückt, ja. Ich muss sagen, die Diakonie, die Diakonie hat einen ganz wesentlichen Anteil an der Gesundheitsversorgung im oberen Ennstal über mehr als 80 Jahre beigetragen. Und man sollte für diesen Beitrag danke sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Klinik Diakonissen Schladming. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich möchte Ihnen sagen, weil mir um diesen besonderen Beitrag der Klinik Diakonissen Schladming und damit der Diakonie, weil mir der bewusst war, war es mir immer wichtig, auf die Diakonie zuzugehen, und sie als Partner zu sehen. Auch als Partner zu sehen, wenn es darum geht, eine so einschneidende Strukturreform im Bezirk Liezen vorzunehmen. Ich habe die Diakonie immer als Partner gesehen. Sie war bisher unser Partner und mein Ziel ist es, sie auch künftighin als Partner in dieser Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen zu haben. Das war mir wichtig, dennoch haben wir mit den Expertinnen und Experten des Verfassungsdienstes ganz genau geprüft, ob dieser Vorgang einen Vergaberechtsfall eröffnet ja oder nein. Der Verfassungsdienst ist abschließend zur Meinung gekommen, das ist nicht der Fall, weil wir quasi den Status quo der Betreiberschaft für die Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen ja nicht ändern, sondern die bisherigen Betreiber auch künftig die Betreiber sind, lediglich in einem anderen Gebäude. Das meine sehr verehrten Damen und Herren, war mir wichtig noch anzumerken und ich gehe davon aus, dass wir jetzt ohnehin noch reichlich Gelegenheit haben werden, uns auszutauschen über das eine oder andere Argument. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.32 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Danke Herr Landesrat. Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu diesen Dringlichen Anfragen und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg. Bitte Herr Doktor.

**LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (11.33 Uhr):** Liebe Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich hoffe, es wird sich in zehn Minuten ausgehen. Wir haben ja schon des Öfteren über dieses Thema diskutiert und ich glaube, ich muss kein Prophet sein um festzustellen, es wird nicht das letzte Mal gewesen sein. Herr Landesrat, Sie haben gesagt, die versammelte oder die gemeinsame Opposition verbeißt sich in die Forderung der Volksbefragung „Erhalt der drei Spitäler“. Ich sage, Sie verbeißen sich in das Leitspital Stainach-Pürgg. Also beim Verbeißen steht es eins zu eins, beim Lernen steht es eins zu null für uns. Dazu komme ich noch, weil wir haben tatsächlich aus der Diskussion – ich kann in diesem Fall nur für die KPÖ sprechen – aber, wenn ich auch der Rede des Abgeordneten Schönleitner ordentlich gelauscht habe, stelle ich auch dort einen Lernprozess fest und auch für die FPÖ gilt das. Wir sagen nicht mehr genau dasselbe, es muss alles so bleiben, was wir vielleicht am Anfang gesagt haben – Sie sagen es. Also ich werde, wie gesagt, dann noch auf das zurückkommen. Im Wesentlichen gibt es drei oder sagen wir zweieinhalb Fakten. Das ist heute wieder von allen Rednerinnen und Rednern genannt worden. Sie haben bei der ersten Beantwortung meiner Meinung nach die Fragen oder die Befürchtungen nicht wirklich ausgeräumt, Fakt ist, dass das in Frage kommende Grundstück, in welcher Form auch immer, kontaminiert ist, dass es mit dem Wasserrecht, sage ich einmal, im weitesten Sinne Probleme geben wird und das alles wird den Bau vermutlich verteuern. Und wenn Sie sagen, allfällige Maßnahmen, die aufgrund der jetzt von mir genannten Begleitumstände gesetzt werden müssen, würden das Projekt verteuern, werden Sie aber nur dann grünes Licht für dieses Grundstück geben, wenn es – und das waren Ihre Worte – wenn es im Kostenrahmen von 250 Millionen Euro Platz hat. Aber was ich auch aus der Beantwortung Ihrer ersten Anfragebeantwortung mitnehme ist wieder, mehr als 250 Millionen – zur Preisbasis jetzt – das haben Sie heute nicht gesagt, das haben Sie uns nur über die Medien ausgerichtet... (*Landesrat Mag. Drexler: „Das habe ich auch schon gesagt.“*) Haben Sie es auch schon gesagt? Gut, habe ich nicht genau aufgepasst. Ich bin noch nicht richtig aus dem Sommerurlaub zurückgekehrt. (*Landesrat Mag. Drexler: „Das habe ich*

*schon gesagt, aber heute nicht.*“) Heute nicht? Na, dann bin ich beruhigt. Gut, okay. Aber auch das allein das könnte man meinen, ist eine gefährliche Drohung. Weil wir wissen alle heute ist 2019 und 2025 ist es fertig, also wie sich diese Inflationsentwicklung bis dahin hinaufschaukeln wird, da werden wir mit den 250 Millionen bei Weitem nicht auskommen. Siehe auch gerade den unlängst publizierten Rechnungshofbericht über einen Teilaspekt einer Baumaßnahme im Landeskrankenhaus Universitätsklinikum, wo, glaube ich, um 30 Prozent die Kosten explodiert sind und Sie als Hauptargument uns mitgeteilt haben, naja, es hat im Wesentlichen solange gedauert und deswegen ist es eben teurer geworden. Also das mit den 250 Millionen, ich bin ja gespannt, was der Herr Landesrat Lang dazu sagen wird, das kann glauben wer will – ich nicht. Zur Finanzierung, das ist der zweite Fakt, habe ich bis jetzt kein einziges seriöses Argument gehört, erstens einmal wie es gemacht werden soll a) und b) in welcher Form also diese 250 Millionen sich zusammensetzen. Und dann gibt es aber ein drittes Argument oder einen dritten Fakt und das ist für uns als KPÖ entscheidend. Es ist auch heute schon genannt worden. Es hat am 07. April eine Volksbefragung gegen, an der 42 Komma irgendwas der Bevölkerung von Liezen sich beteiligt hat und die mit 67,3 Prozent gesagt hat, diese drei Standorte, in welcher Form auch immer, sollen bestehen bleiben, und nicht ein neues Leitspital in Stainach-Pürgg errichtet werden. Ich sage Ihnen was, wenn Sie mir heute auch garantieren, dass das 250 Millionen kostet und dass das eine super Finanzierung ist, wir werden trotzdem dieses Projekt ablehnen, aufgrund des von mir eben genannten dritten Fakt, dass eben eine Volksbefragung ein eindeutiges Ergebnis erbracht hat und das unserer Meinung nach zur Kenntnis zu nehmen ist. Jetzt bin ich beim Lernprozess wo es eins zu null für uns steht. Sie haben immer noch genau die gleichen Argumente, angefangen von der Demografie und über den medizinischen Fortschritt, das ist alles unbenommen und den Ausbau der Rundherum-Versorgung, auf den wir alle noch warten, denn ich sehe diese Gesundheitszentren bisher nur am Papier, über den Spitalärztemangel und auch über den Mangel an niedergelassenen Ärzten. Der Kollege Schönleitner hat es gesagt, brauchen wir gar nicht näher darauf eingehen, das ist alles noch eine Frage der Zukunft, wie das tatsächlich für die Bevölkerung zufriedenstellend gelöst werden soll, aber Sie sagen genau das, was Sie im April in Stainach gesagt haben und was Sie schon voriges Jahr gesagt haben und was Sie vermutlich übermorgen auch sagen werden. Wir haben insofern gelernt, dass ich heute nicht mehr sage, es muss alles genauso bleiben wie es ist. Ich könnte zum Beispiel mir vorstellen, dass man Rottenmann zu einem Leitspital ausbaut und dass man die Standorte Bad Aussee und Schladming spezialisiert. Der Kollege Schönleitner hat eine Kooperation mit

Nachbarbundesländer als Idee in den Ring geworfen, wenn ich so sagen darf. Also hier gibt es Lernprozesse, der einzige, der nicht lernt, sind Sie, Herr Landesrat. Und noch etwas, wenn ich mir diesen Landesrechnungshofbericht jetzt zum KDS durchlese, dann mag, wenn man den Kostenfaktor im Auge hat, die Quintessenz möglicherweise richtig sein, der Kostenfaktor, dass man sagt – ich sage es jetzt brutal – weg mit den drei Spitälern, wir machen eins. Aber wenn ich mir diesen Bericht auch genauer durchlese und sehe, welche Mängel auch in Beziehung auf die KDS und den Betrieb dieses Spitals teilweise genannt werden, also Mängel unter Anführungszeichen, nicht, dass die sehr hohe Gehälter zahlen und für die Cafeteria nicht das verlangen, was man verlangen sollte etc., dann sage ich, vielleicht ist das gerade ein Argument, dass man mit diesem Partner nicht unbedingt, und da bin ich auch irgendwie beim Kollegen Schönleitner, ein neues Leitspital als Errichter planen sollte. Zum Schluss, heute bin ich ja wirklich bombenmäßig in der Zeit, aber die Kollegin Klimt-Weithaler wird dann noch unseren Entschließungsantrag einbringen. Zum Schluss möchte ich noch etwas sagen. So ein bisserl in die Zukunft gesprochen. Wir, und ich glaube auch die Grünen und auch die FPÖ sagen bei ihren Anträgen: Zurück an den Start! Das wäre, glaube ich, wirklich ein ernstzunehmendes Argument, gerade auch in Hinsicht darauf, dass wir in nicht allzu ferner Zukunft ja Landtagswahlen haben werden. Herr Landesrat, Sie sagen oder haben in der letzten oder vorletzten Sitzung gesagt, nicht die demokratisch legitimierte Bundesregierung, an den zweiten Teil ihres Statements erinnere ich mich nicht mehr, ebenfalls die auf ungebührliche Weise entfernt worden ist, vielleicht wird auch demokratisch legitimiert, diese Bundesregierung wird nach dem 29. September wieder tätig werden und vielleicht ist es so, dass Sie vom Kronprinz nicht zum König aufsteigen und vielleicht erleben wir dann auch einen Gesundheitsminister. Ja, Sie lachen Christopher Drexler. Auch das wäre ein Argument, um wirklich die Landtagswahlen und den Ausgang der Nationalratswahlen und die Regierungsbildung abzuwarten, um hier zurück an den Start zu gehen. Und das gilt im Übrigen auch für alle anderen Fraktionen. Für uns ist die Sache klar, für die Grünen auch, aber auch gerade für die FPÖ als vermutlich auch nach der letzten Landtagswahl wieder größte Oppositionspartei, die wird beim Wort zu nehmen sein, ob in allfälligen Regierungsverhandlungen dann wirklich das sozusagen ein Staberl ist, wo man drüber springt oder nicht. Also zurück zum Ergebnis dieser Volksbefragung. Das gilt natürlich auch für die Sozialdemokratie – jetzt blinkt es doch – aber es ist eh nur mehr ein Halbsatz. Denkt bitte, ich weiß nicht wer hat es am Anfang gesagt, ich glaube der Kollege Hermann war es, glaube ich, denkt doch wirklich darüber nach, ob ihr in dieser Frage wenigstens aus dem Dilemma nicht

herauskommen wollt, dass ihr euch unbedingt an die Kette der ÖVP weiter bindet in dieser Frage. Es wäre der Bevölkerung von Liezen und ich glaube uns allen sehr gedient, wenn da eine gewisse Bewegung hineinkommt. Also in diesem Sinne zurück an den Start! Warten wir die Ergebnisse der Nationalratswahlen und vor allem der Landtagswahlen ab, um hier wirklich neu darüber nachzudenken. Wir werden in diesem Sinne einen Antrag einbringen, den dann die Kollegin Klimt-Weithaler vorstellen wird. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 11.44 Uhr)*

**LTAbg. Meißl – FPÖ (11.44 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, geschätzte Vertreter der Landesregierung, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Lieber Herr Dr. Murgg, du hast am Schluss gesagt: „Es könnte einen Gesundheitsminister Drexler geben“. Gott schütze uns vor diesem Gedanken. *(LTAbg. Khom: „Also, muss das sein? Schon wieder dieser Ton. Ich bin für Sachlichkeit. Furchtbar“ – LTAbg Mag. Pichler-Jessenko: „Das ist so wichtig, ehrlich?“)* Das möchte ich mir ersparen, wenn es irgendwie geht. Die Diskussion um die Spitäler in Liezen ist ja wieder um eine Facette reicher geworden und es wäre ja nicht so, dass die Opposition davor gewarnt hätte, dass es zu einer Kostenexplosion kommen kann und wird. Wie es so aussieht, wird es jetzt tatsächlich eintreten. Jetzt hat eine Tageszeitung sehr genau nachrecherchiert und es stellt sich einfach das heraus, was viele schon im Vorfeld gesagt haben, dass dieses Grundstück für eine Bebauung für ein so großes Projekt einfach ungeeignet ist. Natürlich und darüber haben Sie sich beschwert Herr Landesrat, zu Recht, dass die Bahnhofsnähe des Grundstückes nie hervorgehoben wird. Tatsächlich ist das einer der positiven Aspekte für diesen Standort, die Bahnhofsnähe, das würde ja passen, das wäre ja eine feine Geschichte. Wenn Sie aber jetzt sagen, das Grundstück ist das Beste, das man auswählen konnte, na boom, dann frage ich mich, wie schlecht oder wie ungeeignet waren dann die anderen fünf Grundstücke. Was ist dann dort alles vergraben? Nur mehr Sondermüll, was auch immer. Sie müssen ja im Vorfeld sich das eigentlich schon angesehen haben und nachdem sich das Joanneum das angeblich angeschaut hat, dann werden Sie auch Fakten haben und gewisse Dinge auch wissen. Zu Ihrer Kostengarantie: Ja, da bin ich auch gespannt wie das ist. Ich gehe schon davon aus, dass Sie das gescheiter machen als in Wien draußen und keine Esoteriker anstellen werden. Davon gehe ich aus, dass Sie uns das ersparen werden. Das hoffe ich dann doch. Was mich schon stört ist, dass Sie die Nebeltage ansprechen als kein Problem. Ja, das ist natürlich schon ein Problem. Da darf man eines nicht vermischen, was im Fluchtbetrieb der Fall ist und das wird

sehr gerne in der Diskussion gemacht, das wird vermischt, Nachtbetrieb und Betrieb bei Nebel. Jetzt ist Nachtbetrieb mit Hubschraubern leichter möglich, weil es die Nachtsichtgeräte gibt und Nachtsichtgeräte sind Lichtverstärker, bei Nebel ist das eher schwieriger, da hast du dann Ausfallstage, weil es sich um Streulicht handelt und das technisch so nicht zu bewerkstelligen ist. Vor allem für Hubschrauber. Das mag im Linienflugverkehr anders sein, aber im Notarztbetrieb der Hubschrauber geht das so nicht. Störend ist für mich auch, und das haben Sie eigentlich auch nie irgendwie zur Kenntnis genommen, dass die Leute vor Ort eigentlich mit dem, was Sie bisher präsentiert haben, nicht zufrieden sind. Es ist angesprochen worden von den Grünen, es ist angesprochen worden vom Dr. Murgg. Sie haben die Volksbefragung in keinster Weise zur Kenntnis genommen. Inhaltlich zur Kenntnis nehmen hätte heißen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, die die Leute beschäftigen. Die Leute beschäftigt nämlich noch immer eines: Sie wollen zwar ein LKH, ein neues Krankenhaus hinbauen, aber Sie haben in Wirklichkeit kein Konzept für die Gesundheitsversorgung im gesamten Bezirk. Sie sind uns noch immer diese Fragen schuldig, was wird in den Facharztzentren passieren, wie werden die ausgestattet sein, wie wird das offen haben. Das sind Dinge, die jetzt noch den Leuten schwer im Magen liegen. Die Leute haben auch kein Verständnis dafür, dass es zwei nagelneue Krankenhäuser gibt, das eine ist Bad Aussee mit damals über 30 Millionen, glaube ich, Neubaukosten und das, was noch schwerwiegender ist, ist das Krankenhaus in Schladming, das 50 Millionen gekostet hat und wir zahlen, oder die Bevölkerung zahlt bis 2031 noch immer weiter und darf dann schon parallel zahlen für ein neues Krankenhaus und da sind die Kosten für die Facharztzentren noch gar nicht hineingerechnet. D.h., da sind die ganz gleichen Fragen offen und Sie beantworten nichts und Sie können nichts beantworten. Ein paar schöne Presseaussendungen haben Sie gemacht über den Sommer, aber mehr ist da nicht gekommen. Sie sollten endlich einmal Politik für die Menschen machen und mit den Menschen machen und nicht gegen die Menschen machen. Das gilt übrigens auch für die SPÖ. Die SPÖ, die Haltung verstehe ich ja überhaupt nicht, wenn man da liest z.B., warum soll 25 km entfernt vom größten Spital um hunderte Millionen ein Neubau errichtet werden. Dann geht es weiter, „mit Grundstücken im Überschwemmungsgebiet und feuchten Sumpfwiesen am geplanten Standort“ usw. usf. Also die Probleme waren schon bekannt in eurer Fraktion, aber ihr habt wie immer im Gesundheitswesen, da duckt ihr euch weg und dann stimmt ihr immer mit der ÖVP mit. Das ist, glaube ich, wie es in der letzten Sitzung irgendwer gesagt hat, wenn die ÖVP etwas Wissen will über die Gesundheitspolitik der SPÖ, dann ruft die Barbara Riener sich selber an

und kann sich die Fragen gleich selber beantworten. (*LTA*bg. Riener: „*Hast ein bisschen einen Sonnenstich.*“) Ihr habt da offenbar keine Meinung dazu. Das ist (*LTA*bg. Riener: „*Das versteht zwar keiner, aber das sind dann deine Aussagen. Wir machen weit mehr.*“) eine befremdliche Geschichte. Zum Thema Überschwemmungsgebiet, und man weiß, dass das natürlich eine heikle Geschichte ist, (*LTA*bg. Schwarz: „*Unverständlich.*“) ja Gott sei Dank, weil ich sie nicht getroffen habe, das war sehr schön. Sie kennen ja dieses Bild von dem HQ30, das ist eine problematische Geschichte, das ist mehrfach schon präsentiert worden. Es gibt diese Probleme mit dem Untergrund, mit dem Grundwasserspiegel, das sind Dinge, die schwer lösbar sind und wo man schon davon ausgehen muss, dass es hier zu keiner Verbesserung der Situation kommen wird. Ein Problem gehen sie in keinster Weise an, und das ist eigentlich das lustige, das steht auch im Rechnungshofbericht drinnen, dass die derzeitige Spitalsstruktur so nicht aufrechterhalten werden kann, weil es einen Personalmangel gibt. Personalmangel! Jetzt wissen wir das aber nicht seit heute, sondern seit 2003 wissen wir, was auf uns zukommt und keiner der Landesräte oder Landesrätinnen in dieser Zeit hat darauf reagiert und Maßnahmen ergriffen. (*LTA*bg. Riener: „*Die Gesundheitsministerin.*“) D.h., wir haben jetzt Probleme in allen Bereichen der Medizin. Das ist ganz egal, ob das im Spitalswesen ist, ob das im niedergelassenen Bereich ist, ob das die Amtsärzte sind, Sie haben auch Probleme aufgeworfen und mehr oder weniger noch verschlechtert durch den neuaufgesetzten Bereitschaftsdienst. Sie haben eigentlich zu den Baustellen, zu den vorhandenen mehrere aufgemacht, aber keine geschlossen. Wo Sie eigentlich auch säumig sind, das ist einfach die Ausbildungsbedingungen zu verbessern. Man kann jetzt nicht immer sagen: „Ja klass, die kleinen Spitäler die schaffen es nicht, die können keine Leute mehr ausbilden, das geht nicht“. Dann muss man eben die Voraussetzungen schaffen. Vielleicht könnte man einmal in die Richtung denken, dass man einfach einmal investiert und etwas macht. Aber mittlerweile sind wir ja so weit, dass in manchen Bereichen das LKH Graz sogar so weit ist, dass die Jungmediziner die Flucht ergreifen. Das ist überhaupt ein Problem, das wir in Österreich haben und auch massiv in der Steiermark haben. Wir bilden viele Mediziner aus, es bleiben aber kaum welche da, oder viel zu wenige da. Das Problem wird sich verschärfen. Wenn man als Argument jetzt hernimmt, um die drei Spitäler zu schließen, dass man zu wenig Personal bei den Ärzten oder auch im Pflegedienst hat und dann aber weiß, dass 20 % der Spitalsärzte in den nächsten Jahren in Pension gehen. Ja glauben Sie wirklich, dass Sie jetzt nur mit einer baulichen Maßnahme das Problem beseitigen? Ich glaube nicht. (*LTA*bg. Riener: „*Hast du nicht gehört? Wir machen weit mehr.*“)

*Es geht nicht nur um das Leitspital.*“) Ihr macht einfach zu wenig oder gar nichts in manchen Bereichen, und das ist das Hauptproblem. (*LTA*bg. *Riener*: „*Geh, bitte.*“) Selbst wenn ich jetzt sage, ich habe ein Facharztzentrum und ich bespiele diese Facharztzentren aus dem Pool der KAGes, ja wenn ich zu wenig Ärzte habe, wo soll ich die denn dafür hernehmen? Aber es sind halt Punkte, die ignoriert ihr entsprechend. Das ist etwas, was den Leuten natürlich aufstoßt und Sie werden keine Verbesserung der Situation erreichen. Viele Ärzte, und das ist auch das Problem und das kennen Sie auch aus gewissen Dingen, kann man auch, das halte ich Ihnen zu Gute, nichts ändern, wenn die vielen deutschen Medizinstudenten zu 85 % wieder die Steiermark verlassen, wenn sie die Ausbildung gemacht haben bei uns, dann ist das kein – dann muss, wie sage ich jetzt, man das fast hinnehmen. Aber wenn die österreichischen Medizinstudenten unser Land dann verlassen, dann ist das schon ein Problem und da müsst ihr einmal gegenwirken. Das ist schon ein Problem, das sich dann maßgeblich auswirkt, auch auf die Gesundheitsversorgung im Land. Abschließend möchte ich eines jetzt schon noch sagen, weil ihr immer so tut, als wäre das ein Einzelfall da oben. Tatsache ist, ihr dünnt seit Jahren, und das machen SPÖ und ÖVP im Paarlauf, die medizinische Versorgung im gesamten Land systematisch aus. Da könnt ihr euch jetzt dahinstellen und sagen: „Nein, das ist nicht so“, aber ihr wisst genau, ich komme aus einer Region, die das mehrfach schon mitgemacht hat und wo man Schritt für Schritt einfach die Qualität der Leistungen zurückfährt, in dem man Mediziner abzieht und wo anders ansiedelt, bis man dann sagen kann, man hat die genügenden Fallzahlen nicht mehr. Wobei Fallzahlen, das wissen wir auch, da müssen wir auch furchtbar aufpassen, man darf nicht von Fallzahlen je Krankenhaus reden, sondern von Fallzahlen je Mediziner. Nachdem es schon blinkt, bringe ich jetzt noch einen Entschließungsantrag ein. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der KAGes eine „Task Force Spitalsärztemangel“ zur Bekämpfung des Ärztemangels insbesondere in regionalen Spitälern einzurichten und dem Landtag über deren Ergebnisse zeitnah Bericht zu erstatten.

Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ – 11.55 Uhr*)

**Präsidentin Kolar:** Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

**LTabg. Klimt-Weithaler – KPÖ (11.55 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, Herr Landesrat, Herr Landesrat Drexler, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Der Herr Kollege Murgg hat es schon zwei Mal angekündigt, ich werde auch für unsere Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen, möchte aber vorher noch auf ein paar Dinge eingehen, Herr Landesrat, die Sie auch in Ihrer Anfragebeantwortung bzw. in den Einleitungen zu den dringlichen Fragen auch gesagt haben. Ich möchte auch mit dem Landesrechnungshof beginnen, also mit dem Rechnungshofbericht beginnen. Es kommt mir ein bisschen vor, wie wenn man sich so aus dem Topfentascherl die Rosinen her austut, egal ob man sie jetzt mag oder nicht, die Rosinen, denn, wenn man schon über den Landesrechnungshofbericht spricht, dann sollte man schon den ganzen betrachten. Ich gebe Ihnen vollkommen Recht, Sie wissen das, Sie sind selbst lang auch als Klubobmann hier im Landtagssitzungssaal gesessen und haben auch den Rechnungshof immer zitiert und als Grundlage für Ihre Arbeit verwendet, das tun wir auch und dafür ist er ja auch da. An dieser Stelle hier ein herzliches Dankeschön an den Landesrechnungshof und die Kolleginnen und Kollegen, die dort sehr gute Arbeit leisten. Ich darf jetzt die Pressemitteilung aus dem Landesrechnungshof auch noch einmal zitieren, weil da steht eben nicht nur drinnen, dass man, gesamt gesehen, die Form des Leitspitals begrüßt und sagt, das ist eine gescheite Sache, die da geplant ist. Da steht z.B. auch drinnen, und ich darf das jetzt zitieren: „So zeigt sich, dass die KDS im Vergleich zu den anderen konfessionellen Spitälern in der Steiermark die 1,6-fache bis 3,5-fache Abgangsdeckung erhält. Und zwar aus Steuermitteln aus dem steirischen Landesbudget.“ Das haben Sie nicht dazugesagt. Das ist aber, finde ich, nicht unwesentlich, denn was bedeutet das denn? Das kostet eigentlich sehr viel Geld. Ich glaube, wenn man sich einen Partner, eine Partnerin aussucht, mit denen man sozusagen zusammenarbeiten möchte, dann sollte das schon eine Rolle spielen. Denn gerade ihr von der Landesregierung sagt uns ja immer, wie hoch der Schuldenstand ist und wo man nicht überall einsparen muss. Dann glaube ich, sollte man gerade in diesem Zusammenhang und bei diesem Projekt sehr wohl auch diesen Faktor miteinbeziehen. Das ist ein Punkt, der nicht unwesentlich ist. Ein anderer Punkt, der genannt wurde, ist, jetzt von Ihrer Seite her, Sie haben da Beispiele genannt, ich glaube, Deutschland, Dänemark, weiß ich nicht, das dritte habe ich mir nicht gemerkt oder nicht aufgeschrieben, wo Sie gesagt haben, auch dort gibt es eine massive Reduzierung der Spitäler, Krankenhäuser, und trotzdem kommt es zu einer Qualitätssteigerung. Da haben sie auch wieder etwas weggelassen. Gerade, wenn ich jetzt

Deutschland hernehme als Beispiel und wenn man über die Wegzeiten redet – Sie wissen, wir haben uns ja auch sehr intensiv damit auseinandergesetzt, ich habe Ihnen auch schon einmal eine Gesundheitsbroschüre der KPÖ übergeben und geschenkt. Und im Vorfeld, bevor wir diese Broschüre geschrieben haben, haben wir uns sehr intensiv mit dem auseinandergesetzt. Jetzt weiß ich z.B. und ich habe noch einmal nachgeschaut, es ist ein schlechter Vergleich mit Deutschland, weil, selbst wenn die dort die Hälfte ihrer Krankenhäuser zusperren, reden wir dort immer noch von einer Erreichbarkeit von 15 Minuten. In 15 Minuten sollen dort über 87 % ein Spital erreichen. Wir reden hier aber von 45 Minuten. Das ist ein großer Unterschied. Eine halbe Stunde. Nächster Punkt, auf den ich noch eingehen möchte, das Volksrechtegesetz. Der Kollege Schönleitner hat es schon erwähnt und wie gesagt, ich habe Sie da auch als Klubobmann immer sehr geschätzt, weil Sie da sehr wohl und auch in Unterausschüssen, wo wir zusammengesessen sind, Sie da immer sehr viel Wert daraufgelegt haben, auch auf die Minderheitenrechte der Oppositionsparteien, dass dieses Volksrechtegesetz auch für die Steirerinnen und Steirer Ihnen wichtig ist. Sie haben es jetzt auch noch einmal erwähnt, dass Sie sich noch gut an die Entstehungsgeschichte erinnern können. Was mir aber gefehlt hat war, Sie haben nicht mit einem Satz dem Kollegen Schönleitner geantwortet darauf, Sie haben nur gesagt, Sie können sich daran erinnern, dass man es sehr wohl, und jetzt wiederhole ich nicht, was der Lambert schon gesagt hat, dass man sehr wohl dieses Instrument der Volksbefragung, der Volksabstimmung, alles was halt das Steirische Volksrechtegesetz für die Bevölkerung bereithält, miteinbeziehen soll. Da gehe ich vollkommen d'accord. Das hätte ich mir auch von Ihnen erwartet, Herr Landesrat, denn ich war auch einigermaßen überrascht, nach dem Ausgang dieser Volksbefragung, dass Ihre einzige Antwort war, naja, da müssen wir noch besser informieren. Ich glaube ja, dass die Menschen, die dort hingegangen sind zu dieser Abstimmung, sich sehr wohl, sehr gut vorinformiert haben, sonst wären sie wahrscheinlich gar nicht hingegangen. Also das jetzt so darzustellen, wie naja, die haben halt „falsch abgestimmt“, weil sie sich nicht so gut auskennen wie wir, das halte ich für verwerflich, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Weil immer wieder das Wort auch fällt, die vereinte Opposition. Ich habe mit dem überhaupt kein Problem. Ich bin Sachpolitikerin und überall dort, wo ich sozusagen mit den anderen Fraktionen Verbindungen sehe und wir uns einer Sache ähnlich annähern oder die gleichen Ziele verfolgen, fühle ich mich nicht beschimpft, wenn man mir gesagt hätte, das ist die vereinte Opposition. Umgekehrt würde ich aber sehr wohl gerne die Frage an Sie stellen und auch an den Herrn Kollegen Lang von der SPÖ: Wenn die ganze Opposition sagt, das halten wir nicht für gut. Wenn 67,3 % der vor Ort

lebenden Bevölkerung sagen, das halten wir nicht für gut, wäre es dann nicht eigentlich auch einmal Zeit darüber ernsthaft nachzudenken und zu sagen, naja, vielleicht gibt es auch andere Menschen, die sich da intensiv damit auseinandersetzen und vielleicht sehr wohl die eine oder andere Idee haben, was man da machen könnte. Niemand, niemand von uns hat die Weisheit mit dem Löffel gefressen, wenn ich hier das so salopp formulieren darf. Bevor ist jetzt zu unserem Entschließungsantrag komme, möchte ich noch auf eine Sache hinweisen, weil das heute auch wieder von Ihnen gesagt wurde, Herr Landesrat, und weil ich das wirklich – also ich finde das wirklich empörend. Sie stellen sich daher und sagen, dieser regionale Strukturplan Gesundheit, den hätten wir da ja gar nicht besprechen müssen. Das ist eigentlich in der Landeszielsteuerungsgruppe zu beschließen und Punkt aus. Das sind die massivsten Änderungen, die die Steiermark in der Spitals- und Gesundheitspolitik jemals erlebt hat. Das ist für mich als Abgeordnete, als gewählte Abgeordnete dieses Landtages wirklich empörend, dass dieses Konstrukt Gesundheitsplattform überhaupt nicht vorsieht, dass wir diese wichtigen Dinge hier im Landtag besprechen, sondern dass wir auf Goodwill (*LTAvg. Riener: „Das haben wir 2017 debattiert und abgestimmt.“*) des Landesrates angewiesen sind, dass er sagt: „Na gut, ich erzähle es euch und wir können debattieren.“ Das ist – ja, aber Barbara hörst du mir zu? (*LTAvg. Riener: Das musst du dem Bund sagen, vielleicht bringt ihr das in der Nationalratswahl rüber.“*) Hörst du mir zu, auf den Goodwill und wenn der Herr Landesrat sagt, interessiert mich nicht, rede ich im Landtag nicht, dann erfahren wir das gar nicht. Das ist das, was mich empört, denn diese Dinge gehören hier diskutiert und nicht in irgendwelchen kleinen Kreisen hinter verschlossenen Türen. Jetzt zu unserem Entschließungsantrag mit dem Titel „Spitalsreform, zurück an den Start.“ Wir haben ja auch noch einmal unsere Bedenken angemeldet. (*LTAvg. Riener: „Die Bedeutungslegung ist dann immer eine andere.“*) Barbara noch einmal, ich erkläre es gerne noch einmal, anscheinend hast du mich nicht verstanden. Ich weiß, dass wir es hier diskutiert haben, ich war ja anwesend und ich habe ein Erinnerungsvermögen, aber das Problem ist nicht, dass wir das da diskutiert haben und ich mich nicht mehr daran erinnern kann, sondern das Problem ist, dass wir es nur deshalb diskutiert haben, weil der Herr Landesrat sozusagen so gnädig war und das in den Landtag gebracht hat. (*LTAvg. Riener: „Wie er das macht, es ist immer falsch.“*) Das Konstrukt, liebe Barbara, ist das Problem. (*LTAvg. Riener: „Das müsst ihr dem Bund sagen, da müsst ihr auf Bundesebene gehen.“*) Gut, Ich komme jetzt zu unserem Entschließungsantrag. Ja, man kann sich alles schönreden, liebe Barbara (*LTAvg. Riener: „Nein, das ist nicht schönreden.“*) Ich komme jetzt zu unserem Entschließungsantrag, der den

Titel hat „Spitalsreform, zurück an den Start“, weil ich nämlich auch davon überzeugt bin, dass jetzt der passende Zeitpunkt wäre, hier zurückzurudern. Vielleicht ein Satz noch zu den Kosten, oder eine Frage noch, ich weiß, Sie müssen sie mir nicht beantworten, aber vielleicht sind Sie ja auch wieder so lieb, wie mit dem regionalen Strukturplan Gesundheit: 250 Millionen Euro Kostengarantie, was ist, wenn wir sie übersteigen? Machen wir es dann nicht, suchen wir dann einen anderen Ort, der vielleicht für manche im Bezirk Liezen noch weiter entfernt ist? Oder nehmen wir das Geld in die Hand und machen wir z.B. dann aus Rottenmann ein Leitspital? Bauen wir die anderen zwei Krankenhäuser aus? Das würde mich auch noch interessieren, das wäre eine Variante.

Ich möchte nun folgenden Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, einen sofortigen Stopp der Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für ein Zentralspital im Bezirk Liezen zu verfügen, um eine ergebnisoffene Diskussion und Neu-Planung der Spitalsversorgung unter Einbindung der Bevölkerung und unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Volksbefragung vom 7. April 2019 zu ermöglichen.

Ich bitte um Annahme. Herr Landesrat, Sie könnten diese Grundstückssituation jetzt wirklich als Chance betrachten, dass man gemeinsam eine neue Lösung findet, die auch von der Bevölkerung mitgetragen wird, statt auf Biegen und Brechen diesen alten Plan durchzusetzen. Auf alle Fragen, die auftauchen, mit Stehsätzen zu antworten, das bringt weder Ihnen etwas, das bringt der Bevölkerung nichts und das bringt dem ganzen Landtag nichts. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 12.05 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Stefan Hermann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTabg. Mag. Hermann – FPÖ (12.06 Uhr):** Danke schön Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Zuseher! Es ist heute ein paar Mal darüber gesprochen worden, dass wir laufend wiederholen. Da ist mir ein Spruch von meiner Mutter eingefallen, die immer gesagt hat, die Wiederholung ist die Mutter des Lernens. *(LTabg. Riener: „Super.“)* Genau aus diesem Grund gebe ich die Hoffnung nicht auf und werde auch jetzt noch einmal kurz die Argumente gegen dieses Zentralkrankenhaus wiederholen. *(LTabg. Riener: „Vice versa.“)* Wie wir wissen, hat uns die Landesregierung noch keinen echten Ersatz für die bestehenden Häuser präsentieren können.

Es wird von Gesundheits- und Facharztzentren gesprochen, die aber niemals ein echter Ersatz für ein komplett ausgestattetes Spital auch sein können. Welches Leistungsspektrum wird dort erbracht? Wie schauen die Öffnungszeiten aus? Alles Fragen, die nicht beantwortet werden konnten. Dann ist der finanzielle Aspekt ein wesentlicher Grund gegen diese Spitalspläne. Da werden wir uns nachher mit dem Finanzlandesrat noch genau darüber unterhalten, aber es droht eine massive Kostensteigerung und man darf ja auch nicht ausblenden, dass in den letzten Jahren in die bestehenden Standorte bereits auch Millionen investiert worden sind. Zahlreiche Menschen sind von den Häusern abhängig. Ich spreche da nicht von den tausend Bediensteten, die dort auf der Suche nach einem neuen Job sein werden müssen, sondern von zahlreichen Zulieferbetrieben, von Handwerksbetrieben, von Gastronomiebetrieben, die auch wirtschaftlich von den Spitälern abhängen. Die Schließung der drei Standorte wäre wieder ein massiver Anschlag auf den ländlichen Raum und ist nicht hinzunehmen. Und, ein Argument, das gegen den neuen Standort spricht, ist die geografische Beschaffenheit des Bezirkes Liezen, der eben der flächenmäßig größte Bezirk Österreichs ist und es eben lange Anfahrtswege für die Bevölkerung bedeutet, wenn man drei bestehende Häuser schließt und ein neues errichtet. Wir Freiheitliche haben von Beginn der ganzen Debatte gesagt, dass wir uns nicht gegen Reformen verschließen. Den Rechnungshofbericht, den Sie zitiert haben, geschätzter Herr Landesrat, sehe ich genau als so einen Auftrag, auch Reformen anzudenken. Ja es wird Veränderungen brauchen, aber für unsere Vorstellungen eben nicht die Errichtung eines Leitspitals. Wie sieht unser Ansatz aus? Wir stehen für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, 24 Stunden, sieben Tage die Woche, also eine Ambulanz an allen bestehenden Standorten, dort wo es möglich ist, entsprechende Spezialisierungen auch sicherzustellen. Ja, es wird ein Leitspital geben, aber das ist nicht auf der grünen Wiese zu errichten, sondern ein bestehender Standort ist auszubauen. Nimmt man beispielsweise Rottenmann her, wissen wir, dass es hier einen Investitionsrückstau von rund 70 Millionen Euro gibt. Warum also nicht in Rottenmann investieren, dann sparen wir uns viel Geld und wir können die drei bestehenden Häuser auch entsprechend offenlassen. Diese Spitäler sollen dann im Verbund geführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung, liebe Herrschaften Abgeordneten von ÖVP und SPÖ, Sie haben einen klaren Auftrag der Bevölkerung bekommen im April. Es droht eine Kostenexplosion bei diesem Projekt und die Kritik der Oppositionsparteien und auch von Teilen der SPÖ reißt nicht ab. D.h., es ist ein Auftrag, dieses Projekt zu überdenken. Ich darf daher einen Entschließungsantrag einbringen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das Projekt „Zentralspital Liezen“ umgehend zu stoppen,
2. den Erhalt der drei im Bezirk Liezen bestehenden Spitalstandorte über das Jahr 2025 hinaus sicherzustellen sowie
3. ein Konzept auszuarbeiten, durch welches eines der drei Spitäler zu einem Leitspital in der Region aufgewertet wird und an den beiden anderen Standorten Grundversorgungsleistungen mit entsprechenden Schwerpunktsetzungen sichergestellt werden,
4. für die Zurverfügungstellung der budgetären Mittel zur Umsetzung eines solchen Konzepts Vorsorge zu treffen und
5. dem Landtag das Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 12.09 Uhr*)

**Präsidentin Khom:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Kollegin Barbara Riener, bitte schön, Frau Klubobfrau.

**LTAbg. Riener – ÖVP (12.10 Uhr):** Danke sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es wurde schon einiges ausgeführt und das, was jetzt der Klubobmann, geschäftsführender Klubobmann Hermann zum Schluss gesagt hat, hat mir sehr gut gefallen. Das habe ich ein paar Mal auch schon in einer anderen Form hier gesagt, wenn er seine Mutter zitiert und sagt, „Wiederholung ist die Mutter des Lernens.“ Ich habe an dieser Stelle schon einmal gesagt, in der Entwicklungspsychologie eines Kleinkindes haben Psychologen uns mitgeteilt, dass man etwas 200 – 300 Mal sagen muss, bis es das Kind begreift. Deswegen, wenn man sich das immer wieder selber auch vorhält und wiederholt, in das Gedächtnis ruft, (*Landesrat Mag. Drexler: „So viele Sonderlandtage werden wir hoffentlich nicht haben.“*) dann kann man ein bisschen ruhiger werden. Allerdings eine Regierungsperiode wird wahrscheinlich dann nicht reichen, um das dann immer wieder zu erklären. Ich möchte aber zuerst zur Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler kommen, weil ich da recht emotional reagiert habe und möchte das auch erklären warum. Die Struktur, die du da benannt hast, die sehr kompliziert ist, dass man das über eine Gesundheitsplattform beschließt, der Landtag nicht beschließt, das kann man kritisieren, keine Frage. Aber was mich dann so aufgebracht hat war die Tatsache, dass wenn

es der Herr Landesrat nicht macht, dass er informiert, dann seid ihr die ersten und alle in der Opposition die sagen, wir wollen ständig am Laufenden gehalten werden, wir wollen informiert werden. Wenn er es macht und wir dann eine Debatte abführen und sogar eine Beschlussfassung hier herbeiführen, wo sich jeder daran beteiligt hat über den RSG 2025, dann passt es auch wieder nicht. Es ist eigentlich egal, was der Herr Landesrat macht, (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „*Nein, es hat schon gepasst.*“) es ist eigentlich egal, es passt euch sowieso nie. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Ja, ich sage jetzt einmal, unser Kollege Arnd Meißl von der FPÖ, er hat halt seine eigene Art, wie er Dinge ausdrückt. Ob die immer sehr zielführend ist, möchte ich eher bezweifeln. Eine sachliche Debatte schaut anders aus, das würde ich mir wünschen und ich hoffe, dass die FPÖ generell, oder bzw. ich merke es auch, dass es Gott sei Dank bei der FPÖ nicht generell diesen Stil gibt, sonst hätten wir ein bisschen ein Problem, weil auch das ist Verantwortung in der Gesundheitspolitik. Wie ich heikle Dinge anspreche, so wie es der Herr Landesrat heute schon gesagt hat: Es ist eines der sensibelsten Bereiche, Gesundheit, Pflege, Soziales. Das ist der sensibelste Bereich für unsere Bevölkerung, weil einfach viele davon betroffen sind. Wenn wir da einfach flapsig, locker in Wortmeldungen uns ergehen, dann hilft das niemanden und hilft auch nicht der Bevölkerung. Jetzt möchte ich gleich zu etwas kommen, was mir auch am Herzen brennt. Wenn ich eine Volksbefragung mache und lediglich frage, wollt ihr die drei Standorte behalten (*LTA*bg. *Meißl*: „*Das haben wir gefordert, das ist unser Konzept.*“) oder wollt ihr ein neues Leitspital, wo man noch nicht alles so genau weiß. Das wissen wir auch. Wir gehen Schritt, für Schritt, für Schritt vor. Dann kann die Bevölkerung gar nicht nein sagen. Dann muss sie ja sagen zu dieser Fragestellung, wir wollen alle drei Krankenhäuser. Warum? Weil es in uns Menschen drinnen ist. Bevor ich nicht Klarheit habe, wie es weitergeht, lasse ich das alte nicht los, außer der Leidensdruck ist zu groß. Das erleben wir immer wieder. (*Unruhe bei der KPÖ und den Grünen*) Deswegen sind wir auch dabei, Zug um Zug um Zug zu informieren. Aber, verantwortungsvolle Gesundheitspolitik bedeutet immer die Gesamtsicht zu haben. Das wurde heute auch schon angesprochen, auch von den Grünen kommt es immer wieder. Es geht nicht alleine um das Spital, es geht um die gesamte Gesundheitsvorsorge. Die Herausforderungen ist es ja, an allen Ecken und Enden etwas zu tun, warum uns bemühen. Wenn dann die Grünen kritisieren beim Ärztebereitschaftsdienst, dass da etwas geplant wurde, was dann nicht umgesetzt werden kann, dann darf ich nur etwas in aller Ruhe sagen, lieber Lambert, (*LTA*bg. *Schönleitner*: „*Unverständlich*“) Vielleicht hast es du einfach nicht mitbekommen. 2019, im Februar, hat der Verfassungsgerichtshof entschieden, dass Ärzte

nicht verpflichtet werden können für eine Bereitschaft, sondern dass das ganz freiwillig ist. Da ändern sich plötzlich Voraussetzungen. Genau, wenn sich Voraussetzungen ändern, da müssen wir nachjustieren. Das macht unser Herr Landesrat, das machen wir als verantwortliche Zukunftspartnerschaft mit der SPÖ. Das ist verantwortungsvolle Politik und nicht einfach ignorieren, was sich, während wir da großartig debattieren immer wieder Schritt für Schritt im Rahmen der Monate und Jahre ändert. Das ist es was ich sage, da verunsichern wir die Bevölkerung. Wir haben die Aufgabe, immer alles auf den Tisch zu legen. Du hast das gewusst, dass das ist. Die Ärzteschaft hat reagiert und pokert jetzt sehr hoch und will alles hundert und dreifach und doppelt und dreifach abgegolten haben. (*LTabg. Meißl: „Das ist ein Problem.“*) Das ist jetzt die Situation, in der wir stehen. D.h., Gesundheitspolitik gesamthaft betrachten. Und noch etwas, was ich immer wieder auch so mit den Wortmeldungen höre: „Es kommt eine Kostenexplosion“. Ich weiß es noch nicht. Weil es gibt ja noch gar keine dezidierten Gutachten. Es gibt Vorgutachten, eine Vorsondierung, in welche Richtung und welche Standorte es geben könnte, aber genauere Gutachten gibt es noch nicht. (*LTabg. Schönleitner. „Unverständlich.“*) Die, hat der Herr Landesrat gesagt, die wird es erst im Herbst geben. Aber genau, ihr reagiert auch schon darauf. Das ist es, wo ich mich immer wieder frage, ist es unsere Aufgabe, schon vorher Skandal zu schreien, (*LTabg. Schönleitner: „Das ist unerhört.“*) bevor wir überhaupt wissen, wie die Grundlage und die Fakten sind. Ich verstehe schon, das ist das politische Spiel, aber mir ist es wichtig an dieser Stelle zu sagen, für alle die zuhören. Das ist politisches Schauspiel. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Unsere Vorgehensweise in der Gesundheitspolitik ist, seit die Verantwortung bei uns liegt und in der Zusammenarbeit mit der Zukunftspartnerschaft mit der Sozialdemokratie, dass wir Fakten auf den Tisch legen, dass wir Informationen einholen. Diese Informationen und Fakten prüfen, in eine Diskussion gehen. Wir haben bei diesem Gesundheitsplan 2035 einen Diskussionsprozess, den wir nirgends in Österreich hatten. Inzwischen gibt es schon welche, die das Nachmachen. Aber wir waren damals die einzigen. Das ist auch immer wieder etwas, was wir sagen müssen, weil es wird weggewischt von euch. Also Fakten, Information, dann sich ein Bild machen. Wenn ich mir ein Bild gemacht habe, Entscheidungen treffen. Das haben wir auch hier an dieser Stelle immer wieder betont. Dann beobachten, ein Monitoring einführen, und der Herr Landesrat hat es beim Ärztebereitschaftsdienst ganz klar auch gesagt, es wird uns in allen unseren Schritten uns begleiten. Monitoring, und wenn es notwendig ist nachjustieren. Weil ihr tut so, als ob das jetzt eine Geschichte ist, da stülpen wir eine Glocke darüber, dass nichts dazwischen passiert,

wir ignorieren den medizinischen Fortschritt, wir ignorieren die demografische Entwicklung, wir ignorieren, dass sich Ärzte inzwischen aussuchen, wo sie hingehen. Nicht nur wegen der Bezahlung, sondern wegen der Rahmenbedingungen. Was habe ich dort für eine Kinderbetreuung, was habe ich dort für eine Freizeitgestaltung. Das haben wir aber nicht alleine in Österreich und schon gar nicht in der Steiermark und schon gar nicht in Liezen allein, sondern das ist europaweit und weltweit das Thema, wenn man sich das genauer anschaut. Das ist unsere Verantwortung, dass wir das alles auch berücksichtigen. Wenn ihr sagt Ärztemangel, da frage ich mich ja bei der Gesundheitsministerin, warum sie nicht irgendetwas entgegengesetzt hat. Wir haben die Diskussion gehabt z.B. Allgemeinmediziner, Herr Klubobmann, du weißt es, du warst auch in der Regierung diesbezüglich, es hat auf dem Tisch gelegen die Facharztausbildung für Allgemeinmediziner. Hätten sich die Mediziner gewünscht, es ist nicht gelungen, es ist nicht gelungen. (*LTAbg. Schönleitner: „Was ist da falsch gelaufen?“*) Wäre natürlich eine Aufwertung für die Allgemeinmedizin, hätten wir bessere Primärversorgung in Arztpraxen bzw. Gesundheitszentren machen können. Nein, es wurde nicht gemacht. Es ist wirklich so, momentan habe ich so das Gefühl, anscheinend hat es so sein müssen, dass der Leidensdruck so groß wird, im Gesundheitssystem, dass auch die letzten noch erkennen, dass wir etwas tun müssen. Nur in welche Richtung. Ihr tut immer nur einen Teil herausnehmen und das ist die Schwierigkeit, auch der Bevölkerung zu erklären, wie komplex die Zusammenhänge sind im Gesundheitssystem. Die Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hat das bei der Finanzierung, bei der Gesundheitsplattform usw., ich bin auch nicht sehr erfreut, niedergelassener Bereich ist Sozialversicherungsträger usw. Aber das ist unsere Verantwortung und ich kann sagen, unser Herr Landesrat ist derjenige, der umsichtig und mit Sorgfaltspflicht, wurde heute schon gesagt, die Dinge angeht, mit den Leuten redet, mit den Betroffenen redet und Schritt für Schritt immer wieder eine Feedback-Schleife einzieht, um dann nachzujustieren. Ich bitte das auch wertzuschätzen im Sinne der Steirerinnen und Steirer, dass wir ein gutes Gesundheitssystem weiterentwickeln können. Danke (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.21 Uhr*)

**Präsidentin Khom:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Kollegin Michaela Grubesa, bitte schön Frau Abgeordnete.

**LTAbg. Grubesa – SPÖ (12.21 Uhr):** Vielen Dank Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zusehende und Zuhörende!

Ich möchte mich an der Stelle auch ausdrücklich wiederum für einen Sonderlandtag zu diesem so wichtigen Thema bedanken, weil es nämlich immer wieder passiert, dass Menschen den Livestream schauen oder den Sonderlandtag, die Landtagssitzungen nachsehen und sagen, aha, da schau her, das habe ich noch nicht gewusst. Möchte aber auch ausdrücklich betonen, dass ich ihre Motivation geringschätze. Manche meinen es vielleicht mit ihren Kritikpunkten von den Oppositionsparteien ein bisschen ernster als die anderen, aber grundsätzlich, wenn man die Debatte so heute mitverfolgt hat, kommen immer wieder Sätze und Sprüche raus, wo ich dann auch kritisch werde und mir denke, meinen die das ernst. Ist denen eigentlich wichtig, wie die objektive Gesundheitsversorgung der Menschen in der Steiermark ist, wie es im Bezirk Liezen aussieht? Oder wissen sie das überhaupt. Da möchte ich z.B. dem Kollegen Schönleitner sagen: Du hast viele richtige Sachen gesagt, deine Position ist nicht immer eindeutig, wenn man mit den Menschen im Bezirk diskutiert. Die wissen nicht, sind die Grünen jetzt dafür oder dagegen, die schwenken auch immer so mit der Stimmung mit. (*LTAbg. Schönleitner: „Wie bei Trautenfels?“*) Aber du hast – genau, wie bei Trautenfels, vielen Dank, vielen Dank für den Einwurf, aber du hast etwas sehr Interessantes gesagt, nämlich beispielsweise, dass das mit den BHC`s überhaupt nicht geregelt ist und niemand kennt sich aus im Bezirk Liezen. Herr Kollege, du kommst aus der Gemeinde Admont. (*LTAbg. Schönleitner: „Ja.“*) Zumindest behauptest du, dass das deine Heimatgemeinde ist. Soweit ich weiß, hat ein toller Bürgermeister, liebe Grüße an dieser Stelle, das ganze schon fixfertig ausverhandelt mit einem Partner. Da wissen alle sehr wohl Bescheid. Wie schaut das aus, was wird das Kosten, was kommt dort hinein? Also ich verstehe diesen Vorwurf nicht und ich halte das für eine Unterstellung. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Super, zum Thema.“*) Der Kollege Murgg und auch die Kollegin Klimt-Weithaler, im Übrigen die einzigen beiden, die korrekterweise gesagt haben Volksbefragung, weil vorhin der Vorwurf gefallen ist an den Herrn Landesrat, er kenne sich beim Volksrechtegesetz nicht aus, die anderen haben gesagt, es war eine Volksabstimmung. Das möchte ich auch betonen, es war eine Volksbefragung. Das ist ein Stimmungsbild in der Bevölkerung, sind Sie dafür, sind Sie dagegen. Das habe ich schon einmal detailliert ausgeführt. Aber die KPÖ möchte ich gerne einmal fragen: Es gibt ja auch ein Stimmungsbild, was den EU-Austritt betrifft. Möchte die Bevölkerung in der Europäischen Union bleiben oder nicht. Da sagen aber 80 % der Österreicherinnen und Österreicher Nein, wir möchten gerne in der EU bleiben. Ja ändern Sie da Ihre politische Meinung deshalb? (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Besonderes Highlight heute möchte ich sagen, immer wieder

auch der Gesundheitssprecher der Freiheitlichen Partei, der Kollege Meißl. Hat sich da herausgestellt und tatsächlich befürchtet, wir könnten da irgendwie personell, was die Besetzung der Ministerien betrifft, einen Fehler begehen. Ja sehr geehrte Freiheitliche Partei, nach der Besetzung der letzten in der Bundesregierung des Verteidigungsministeriums und des Gesundheitsministeriums in blauer Hand wäre ich schön leise an eurer Stelle. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Der Herr Klubobmann Hermann und die Freiheitlichen grundsätzlich widersprechen sich ja auch. Ich kann mich erinnern an Sitzungen und Debatten, da haben Sie uns vorgeworfen, wir sparen die Steiermark tot. Wir sparen ein und stellen ein Haus hin und die anderen Häuser schließen wir aus Kostengründen. Jetzt gibt es einen Sonderlandtag zum Thema „Wir schmeißen das Geld aus dem Fenster“. Ich bin der Meinung, Sie müssen sich schon entscheiden, was das betrifft. Diese Baukostenabschätzung von 500 Millionen ist völlig absurd. Ich unterstelle Ihnen schon, dass Sie so intelligent sind und wissen, was ein Optionsvertrag ist, zumindest ist es ihre Armada an Juristen. Da gehen Sie trotzdem unseren Landesrat an, weil Sie nämlich sonst keine politischen Themen haben, schon gar nicht im Sommer. Sie haben eh keine Bürgermeister, (*Heiterkeit bei der FPÖ*) das habe ich Ihnen ganz oft schon vorgeworfen. Sie haben ja sonst nichts zu tun und Sie lächeln. Aber im Sommer muss man sich nur die Regionalzeitungen und die landesweiten Zeitungen anschauen, wer die Veranstaltungen in der Steiermark besucht. Der Kollege Royer war es nicht, von dem sieht man immer nur Inserate. Wenn es dann soweit ist, dass man sie sich wahrscheinlich nicht mehr leisten kann, zack, Sonderlandtag Leitspital. Freue mich sehr über die Debatte. (*LTAvg. Dipl.-Ing. Staller: „Das ist Politik machen.“*) Ich täte mir wünschen, dass das ganze trotzdem objektiv betrachtet wird. (*Unruhe bei der FPÖ – Durcheinanderrufen der Abgeordneten*) Weil es so ein wichtiges Thema ist und weil drei Kollegen in euren Reihen sitzen, ich hoffe, ich darf das so sagen voller Respekt und ich darf Sie alle beglückwünschen, drei relativ frisch gebackene Väter. Ich glaube, dass ihre Gattinen oder Freundinnen ihre Kinder in Graz oder in einem größeren Spital bekommen haben. Fragen Sie einmal die jungen Schwangeren bei uns und die jungen werdenden Eltern im Bezirk, wie es aussieht. Oder lesen Sie den Rechnungshofbericht wo drinnen steht, wie es wirklich steht um die Gynäkologie und um die Geburtshilfe. Da macht man sich Sorgen. Das ist einer der triftigen Gründe wo ich sage, das macht einen Sinn. Das ist einer der Hintergründe, warum wir gesagt haben, wir müssen die Struktur im Bezirk verbessern. Das ist eben nicht möglich mit der aktuellen Form. Im Bericht, und das werden Sie ja dem Rechnungshof nicht vorwerfen, steht genau das drinnen. Genau das wird bestätigt und genau das wird befürwortet. Zum Thema Geschlossenheit, ich weiß

jetzt nicht, wo der geschäftsführende Klubobmann Hermann ist, den Wortwitz habe ich eigentlich ganz lustig gefunden, aber wissen Sie, was geschlossen hinter Ihnen stehen wird nach den ganzen Wahlen? Die Facebookseite von HC Strache. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.27 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Kollege Lambert Schönleitner. Bitte schön, Herr Klubobmann.

**LTAbg. Schönleitner – Grüne (12.27 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Weißt du, Michael Grubesa, du kommst immer daher, ich wäre nicht in meiner Heimatgemeinde. Ich meine, ich lade dich jetzt dann einmal ein, hättest gestern auch vorbeischaun können, hättest mir beim Gartenarbeiten helfen können, nur ein Beispiel. Ich finde das schon ein bisschen absurd. Vor drei Wochen, Kollegin Grubesa, vor drei Wochen ungefähr war es, waren wir im Urlaub, war ich in Bad Aussee. Dir wird wahrscheinlich auffallen, wie es dort derzeit zugeht. Dort gibt es heftige Debatten über verschiedene Dinge, einmal ist es der Sommersberger-See, einmal ist es die Spitalspolitik, aber ich darf auch dir sagen, ich hätte das sonst nicht gesagt, aber wenn du immer so daherkommst, du spielst dort nicht einmal in der Kommunalpolitik irgendeine Rolle, das sage ich dir ganz offen. *(Beifall bei den Grünen, der KPÖ und der FPÖ)* Da sind Menschen aus der SPÖ, die rufen bei mir an, die kooperieren mit uns, aber du bist nie ein Teil dieser Gruppe, die da oben auch nur irgendeinen geringen Grad *(Präsidentin Khom: „Ich ersuche dich und auch alle anderen in diesem Hause ein bisschen mehr zur Sache zurückzukehren.“)* – es war nur eine Replik Frau Präsidentin, ich habe gedacht, ich hätte es nicht getan, weil sonst hätte ich sogar zum Instrument der tatsächlichen Berichtigung greifen können. Ich kenne die Geschäftsordnung gut. Habe ich nicht getan, ist damit erledigt. Ich sage nur, vorgestern war ich wieder in Stainach und habe wieder mit Menschen gesprochen. Die Kontakte, die sind durchaus gut. Kollegin Barbara Riener, wenn du hergehst, du bist ja eine, die den Zeigefinger an diesem Rednerpult am allerhöchsten hält. *(LTAbg. Riener: „Ich rede immer nach dir.“)* Heute hast du dich sogar dazu verstiegen und hast der Ennstaler Bevölkerung ausgerichtet, ja einem Kleinkind, das ist dann die Bevölkerung, wenn sie es nicht verstehen will, muss man 200-mal sagen, was Sache ist. Das sage ich dir, das ist eine Vermessenheit, dass du der Bevölkerung ganz einfach sagst, ihr versteht das ja alle nicht, *(LTAbg. Riener: „Die Bevölkerung sagt das*

*nicht. Das sagt ihr da.“)* man muss euch das 200-mal sagen, weil ihr das nicht begreift. (LTAbg. Riener: „Das sagt ihr da, das sagt ihr. Es geht um euch.“) Das ist eure Gesundheitspolitik und darum schauen am Ende (LTAbg. Riener: „Es geht um euch.“) darum schauen am Ende Befragungsergebnisse aus, wie sie ausschauen. Ich meine, ein derartiges Befragungsergebnis (LTAbg. Riener: „Das ist typisch Lambert, gerade wie man es braucht.“) kann man ja nicht interpretieren, kann man nicht interpretierten, sondern das liegt am Tisch, ist amtlich festgestellt und dann ist die Frage, wie geht man eigentlich damit um. Herr Landesrat, diese Projektekontrolle, Herr Landesrat ich würde mich nämlich gerne an Sie wenden kurz. Diese Projektekontrolle – ein Problem haben Sie ja bei Ihrem Projekt. Sie sagen unentwegt, wir wissen schon alles bis zur Kostengarantie, was wir für einen Bedarf haben, was im RSG steht, was dort stehen wird, alles klar, bestens vorbereitet, juristisch alles hinterfragt. Sie haben selbst vorher die Landesverfassung zitiert, über die der Landesrechnungshof eine Projektekontrolle startet, und Sie wissen natürlich, er startet, wenn ein Projekt vorliegt. Einerseits sagen Sie uns dauernd, da gibt es ein Projekt, das schaut so und so aus, da geht es um den und den Bedarf, da sind die und die Abteilungen drinnen. Alles klar, aber andererseits haben Sie offenbar nicht den Mut, dieses Projekt endlich dem Rechnungshof zur Projektekontrolle vorzulegen. Ja wundern Sie sich nicht, wenn Kritik kommt, wenn Sie daherkommen, wir Sie es vorher gemacht haben und sagen, es hat eh schon eine erste Kontaktnahme mit dem Rechnungshof gegeben. Ja sehr schön. Aber wir wissen natürlich, dass dieser erste Schritt dieser Projektekontrolle etwas Wesentliches ist und es wäre alles kein Thema. Aber wenn dann so Dinge auftauchen, dass unter Umständen ein Grundstück in die engere Wahl gekommen ist, wo es von vornherein nicht einmal dazu geeignet gewesen wäre, in die Analyse zu kommen und Sie stellen sich öffentlich hin und sagen, dass ist das Grundstück, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn am Ende natürlich diesbezüglich auch Kritik kommt. Machen Sie die Projektekontrolle, starten Sie die Projektekontrolle, dieses Instrument gibt es in der Steiermark. Ein sehr gutes Instrument und sagen sie nicht dauernd, wir sind eh schon in Kontakt mit dem Rechnungshof. Ich glaube, seit eineinhalb Jahren fordere ich schon ein, dass hier diese Sache endlich einmal gestartet wird. Weil sie die Ökologie selbst bemüht haben, ich habe sie heute ausnahmsweise nicht so stark bemüht, aber Sie haben sie selbst bemüht, in dem Sie gesagt haben, das liegt am Bahnhof. Was ja wirklich gut wäre. Im Übrigen sollten dann auch Züge fahren, weil vor der Schi-WM hat man uns auch versprochen, wie viele Züge da dann fahren, dann haben ein paar „Langsamfahrstellen“ weggebaut und ein paar neue Bahnhöfe. Züge sind keine gefahren.

Aber zur Ökologie: Das ist ja eine der Kernfragen. Es wird mir doch keiner sagen können, nicht einmal die ÖVP und nicht die SPÖ, man kann auf einem Grundstück bauen, wo eigentlich festgelegt ist, dass das ein Hochwasserabflussbereich ist, Retentionsbereich, so heißt das in der Fachsprache, die dazu dienen, Niederschlagswässer, die momentan entstehen und in längeren Regenphasen abzuleiten. Da kann man nicht hineinbauen. Wenn das Land dann auch noch hergeht, wir verlangen das von den Häus'lbauern unentwegt, die haben dauernd Probleme mit den Gefahrenzonenplänen, dass Sie hergehen und sagen, aber ich stelle mein Projekt da ganz einfach herein. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Sie vorher nicht einmal das Landesumweltinformationssystem offenbar vor Augen gehabt haben, dass es dann Kritik gibt. Dann, wenn die Kritik kommt, würde ich mir wünschen, Herr Landesrat, wenn Sie wenigstens hergehen würden und sagen, das ist ernst zu nehmen, das kann man heute nicht tun, wir reden alle vom Klimawandel, wir reden alle vom Flächenfraß, von Bodenversiegelung und dann wird einfach wieder ein Grundstück hergenommen. (*Landesrat Mag. Drexler: „Aber nicht die Bodenversiegelung.“*) Was mit den alten Spitälern dann passiert, siehe Bad Aussee, sehen wir eh, das sind meistens sehr billige Objekte die weggehen. Was Sie dann mit der verbauten Fläche in Rottenmann tun, Sie haben ja zwischenzeitlich, das war auch so eine Unseriosität, auch eventuell eine Fachhochschule für den Pflegebereich, glaube ich, (*Landesrat Mag. Drexler: „Was ist da unseriös?“*) in Aussicht gestellt. Ja wo ist denn ein Ergebnis Herr Landesrat? Sie haben die Leute immer beruhigt, aber das Ergebnis ist nicht ablesbar. Noch ein kleines Faktum, bevor ich zur Einbringung der Entschließungsanträge komme. Weil Sie immer sagen, es verändert sich demografisch alles. Ja selbstverständlich, das wissen wir auch, darum haben wir uns das ganz genau angeschaut. Ich werde Ihnen sagen, wie das in der Versorgungsregion Liezen, Ihr RSG, in Wirklichkeit ausschaut im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung. Es ist klar, im Chirurgiebereich wird es weniger werden an Betten, aber es ist eben ein Faktum, dass man nicht vom Tisch wischen kann. In der Region Liezen geht die Zahl der Spitalsbetten um 27 % zurück, das kann man noch teilweise verstehen, ja. Die der Allgemeinmedizininstellen, und das ist eigentlich das Problem inklusive der BHC's, also Ihrer Gesundheitszentren, weil Sie das sprachlich so wollen, um knapp 16 % zurück. Nicht nur der Spitalsbereich, auch der andere Bereich geht zurück. Die Bevölkerungszahl sinkt bis 2025 laut Prognose jedoch nur um 1,6 %. Der Bezirk Liezen ist im Übrigen ein Bezirk, das ist nicht allen bewusst, der in der Abwanderung nicht so stark ist wie andere Bereiche, wie Murau und andere, weil er weit genug, vereinfacht gesagt, von den Zentren weg ist. Aber wir haben letztendlich (*Landesrat Mag. Drexler: „Weil er so*

*schön ist, Herr Kollege.*“), auch weil es so schön ist, natürlich, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, nur 1,6 % das ist real für die Bevölkerung, Herr Landesrat, halt keine Verbesserung. Das sagen die Fakten und die Zahlen, das haben wir Ihnen auf den Tisch gelegt, aber bis heute haben Sie auch diesbezüglich, um Fakten zu nennen, keine Antwort gegeben. Beruhigend war es nicht, dass Sie jetzt auch noch einen Baurechtsvertrag machen, weil wir wissen die Probleme bei Baurechtsverträge, das kann ein großes Problem werden. Man muss dann auch schauen, ist ein Investitions- und Fremdkapital besser, Bundesfinanzierungsagentur, aber so ein komischer Baurechtsvertrag, werden uns noch anschauen, wie das Baurecht, Herr Landesrat, in Wirklichkeit dann ausgestaltet ist. Aber es ist eh klar, Sie haben es eh offen gesagt, wir haben kein Geld, fünf Milliarden Schulden, (*Landeshauptmann Schützenhöfer: „Nein.“*) ok, - ich glaube, Sie meinen mich Herr Landeshauptmann – fünf Milliarden Schulden, tun Sie vielleicht kurz zuhören, und trotzdem sagen wir, wir bauen wieder ein neues Spital um 250 Millionen, vielleicht 500 Millionen Euro, so genau wissen wir das nicht, nur eine Schätzung haben wir jetzt wieder gehört, (*Landesrat Anton Lang: „Fünf Milliarden, Rechnungsabschluss 2018, das ist ein Budget.“*) und trotzdem geben wir eine Kostengarantie. Ich kenne das Budget, ich weiß, die Schulden des Landes sind nahezu, das wissen wir, fünf Milliarden Euro. Sie sind in den letzten zehn Jahren, Herr Landesrat, wissen Sie das ich es weiß, nahezu verzehnfacht worden, oder vermehrfacht jedenfalls. Es ist ja kein Geheimnis, seitdem Voves von Klasnic übernommen hat, ist es noch einmal schlimmer geworden. Wir sind ein Bundesland im Vergleich, wenn du mich direkt fragst, auch im europäischen Vergleich, dass eigentlich dramatisch schlecht dasteht. Nicht einmal in Zeiten, Herr Landesrat, nicht einmal in Zeiten, in denen eigentlich eine Hochkonjunktur ist und man etwas tun könnte, kommen wir von dieser Verschuldung in der Steiermark herunter. Dass wir den Stabilitätspakt nicht erfüllen, das ist ja nicht meine Festlegung, das steht in einem Rechnungshofbericht, da ein ausgeglichener Haushalt, Tirol budgetär sehr gut, auch Salzburg steht wesentlich besser da, auch Vorarlberg, das brauche ich Ihnen nicht sagen. Baden Württemberg ausgeglichener Haushalt. Wir haben fünf Milliarden Schulden, das ist ein riesen Problem, weil wir keine Gestaltungsspielräume haben und dann muss erlaub sein, anlässlich eines solchen Projektes auch Fragen zu stellen. Soviel zu Ihrer Frage Herr Finanzlandesrat.

Ich komme nun zur Einbringung der Entschließungsanträge.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

---

1. dem Landtag alle fachlichen Expertisen und Grundlagen sowie den gesamten Prozessablauf in Bezug auf die getroffene Grundstücksentscheidung in Form eines umfassenden Berichts vorzulegen und
2. in diesem Bericht auch die diesbezügliche Kriterienanalyse der Joanneum Research Forschungs-GmbH in vollem Umfang einzuarbeiten.

Der zweite Entschließungsantrag ist:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das Ergebnis der Volksbefragung umzusetzen und den geplanten Bau des Leitspitals zu stoppen,
2. die gesamte Versorgungsstruktur im niedergelassenen Bereich, Spitalsstandorte, Notarztstützpunkte etc.) nachvollziehbar darzustellen und das tatsächlich geplante Gesamtleistungsspektrum für die Bevölkerung offenzulegen, und
3. dem Landtag einen Bericht über die Finanzierung der Gesundheitsstruktur im Bezirk Liezen zu übermitteln.

Herr Landesrat, es wäre wichtig, von zentraler Wichtigkeit, ich wende mich an den Herrn Landeshauptmann, wenn der Herr Landesrat kurz nicht herhört, dass wir diese Fakten auch bekommen. Wenn es heute hier in einem Entschließungsantrag steht, dem Landtag einen Bericht zu geben, mit der Studie von Joanneum Research, mit dieser Grundstückseignung, dann hoffe ich, dass die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ in diesem Fall einmal nicht gegen einen Entschließungsantrag aus Prinzip stimmen, sondern wenn es stimmt, was Sie gesagt haben, dann wird es wohl auch kein Problem sein, dem Landtag das offenzulegen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen 12.38 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Barbara Riener, bitte schön Frau Klubobfrau.

**LTAbg. Riener – ÖVP (12.38 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Mitglieder der Landesregierung!

Ja, Lambert, das war jetzt ein schönes Beispiel von deiner Seite. Es bewusst miss zu verstehen hat auch eine Verantwortung. Ich habe nie gesagt, dass es die Bevölkerung nicht versteht, sondern ich habe gesagt, wir in diesem Haus sind verpflichtet, wenn man seriöse Gesundheitspolitik machen will, auch gut zu informieren, und zwar, faktenbezogen zu informieren und nicht so wie du es jetzt gemacht hast, einen Teil herauszunehmen, die Bedeutung von deinen Überlegungen dazusetzen und im Gesamtzusammenhang stimmt es nicht mehr. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir auch die Medien haben, die immer wieder auf das hinweisen und diese unterschiedlichen Bilder auch aufbereiten. Was natürlich dann in der Diskussion mit der Bevölkerung, dann eine sehr ausführliche Diskussion notwendig macht. Man braucht dann viel Zeit, um eben solche Themen auch an den Mann, an die Frau zu bringen, aber genau um das geht es mir. Du hast jetzt ein lebendiges Beispiel geliefert, wie man bewusst missversteht und bewusst Irritationen sät. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 12.40 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Kollege Armin Forstner. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Forstner, MPA – ÖVP (12.40 Uhr):** Geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Landesregierung, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vieles wurde heute schon gesagt, aber schlussendlich sind wir eigentlich da, der Standort wird geprüft – eine ganz eine wichtige Voraussetzung, alle sind dafür. Stefan Hermann hat heute einen wichtigen Satz gesagt: „Ganze Region, gleiche Bodenbeschaffenheit“, auch neben dem zweiten Satz: „Wiederholung ist die Mutter des Lernens.“ Man könnte den Eindruck gewinnen, deine Mutter ist Lehrerin.

Aber gut, wenn man sich in der Region bei uns oben umschaute, im ganzen Ennstal und speziell um Stainach rundum, es sind sehr viele Betriebe angesiedelt, aber genau dort eigentlich, wo das neu zu bauende Leitspital errichtet werden soll. Unter anderem steht dort seit 1922 die Landgenossenschaft Ennstal. Dort sind sehr viele Um- und Zubauten gemacht worden, derzeit zirka 800 Beschäftigte – 800 Beschäftigte am Standort Stainach. Wenn man von dem ausgeht, die Produktion rund um die Uhr in drei Schichten, glaube ich nicht, wenn das alles dort so schlecht wäre und ein Hochwassergebiet wäre, dass die Landgenossenschaft Ennstal ihre Beschäftigten oder unsere 800 Beschäftigten dort in Stainach derartigen Gefahren aussetzen würde. Weiters haben wir dort auch die Umfahrung Stainach, die

sogenannte und jedem von uns bekannte B320. Wenn man die B320 befährt, es fahren am Tag so zirka an die 20.000 bis 30.000 Fahrzeuge, wenn man davon ausgeht, dass dort immer Hochwasser, dann könnte man die Hälfte des Jahres dort sicher nicht fahren. Also da muss man einmal irgendwo ganz klar sagen, man muss die Kirche im Dorf lassen. Es sind keine Setzungen in der Wanne Stainach und Albert wird mir das bestätigen, er fährt ja auch ziemlich jeden Tag dort. Oder ich gehe davon aus, wenn es ganz so arg ist, dass du, Albert, dann hinten runterfährst – zwischen Irnding, Lassing und in Rottenmann auf die Autobahn rauf. Oder, wenn man schaut, seit 1877 der Bahnhof in Stainach, genau dort in dem Gebiet angesiedelt und wenn dort Setzungen wären oder dermaßen schwere Probleme mit dem Hochwasser, könnte auch die Eisenbahn nicht mehr fahren. Auch dort gibt es keine Probleme. Der Hofermarkt, alt und neu stehen dort – Vögele, DM, sämtliche Geschäfte, ein Bioheizwerk, wo die Hackschnitzel dort gelagert werden. Die müssen das ganze Jahr feucht sein, eigentlich könnten die das ganze Jahr über nicht heizen, weil dort ja nach Aussagen mancher Kollegen eine Sumpfwiese wäre. Die Kläranlage ist dort angesiedelt, das Sportzentrum, die Lebenshilfe Stainach ist dort sogar angesiedelt. Also wir sollten da jetzt nicht immer Verdacht schöpfen, sondern, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten einmal warten, was die Standortprüfung ergibt und dann diskutieren wir darüber und schauen, was in dieser Angelegenheit besser gemacht werden kann bzw. geändert werden kann.

Und wenn du, lieber Lambert, heute zu uns sagst, du bist täglich im Bezirk und schaust dir das eigentlich an. Wenn du hinauffährst, dann siehst du es, was das für ein schlechter Standort ist. Dazu kann ich nur sagen, du fährst aber ziemlich wenig da oben, weil die letzten Jahrzehnte – ich glaube, das Bild, das da immer irgendwo in den Medien herumgeistert, ist aus dem Jahre 1988, wo natürlich die anderen Verbauungsmaßnahmen am Grimmbach oder an der Enns noch nicht stattgefunden haben. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten uns einmal anschauen, wie es am Ende des Tages aussieht. Es ist vom Herrn Landesrat eine Prüfung in Auftrag gegeben worden. Nach der Prüfung werden wir mehr sehen und dann können wir wieder darüber diskutieren. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.44 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Abschließend zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Christopher Drexler. Bitte schön, Herr Landesrat.

**Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (12.44 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Kolleginnen und Kollegen in der Regierung, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Zuhörerinnen und Zuseherinnen!

Ich möchte mich abschließend zum wiederholten Male für die ausführliche Debatte zum Thema „Regionaler Strukturplan Gesundheit – Gesundheitsplan 2035“ vor allem aber „Leitspital im Bezirk Liezen“ bedanken. Ich habe eine leise Ahnung, das wird nicht die letzte Debatte zu diesem Thema hier im Hause gewesen sein. Insofern werden wir uns immer wieder bemühen, die Argumente, die aus meiner Sicht zwingend für die Realisierung dieses Projektes sprechen, zu diskutieren. Ich möchte heute, nachdem ich ja bereits ausführlich Gelegenheit hatte, die dringlichen Anfragen, die an mich gerichtet wurden, zu beantworten und auch auf die grundlegenden Fragen, warum wir dieses Projekt überhaupt sozusagen unternehmen? Warum wir der Meinung sind, dass dieses Leitspital für den Bezirk Liezen ein notwendiger und richtiger Schritt ist für eine dauerhaft qualitätsvolle und gute Gesundheitsversorgung, darauf bin ich schon eingegangen, daher werde ich mich jetzt bemühen, auf den einen oder anderen zusätzlichen Punkt, der in der Debatte jetzt gekommen ist, einzugehen.

Ich fange beim Kollegen, Klubobmann Lambert Schönleitner, an und erlaube mir da schon zwei, drei Anmerkungen. Erstens einmal, wenn ich das Thema einer Fachhochschule, eines Fachhochschulstandortes als mögliche Nachnutzung des heutigen LKH-Rottenmann ins Spiel gebracht habe, dann möchte ich das zurückweisen, dass das so abgetan wird als irgendeine Idee, von der Sie nichts mehr gehört haben oder so irgendwie und das wäre ein nicht qualitätsvoller Beitrag gewesen. Das ist eine Geschichte, die gemeinsam mit Frau Landesrätin Eibinger-Miedl sehr intensiv verfolgt wird. Nur im Unterschied zur Hast und zur Eile und zum Tempo der Oppositionspolitik tickt Regierungspolitik ein wenig anders. So ein Projekt würden wir natürlich erst vorstellen, wenn wir uns klar sind, dass es wirklich stattfindet. Ich habe nie gesagt, dass es kommt. Ich habe gesagt: „Wir werden diese Idee prüfen“, und eine der Eingangsbedingungen ist klar. Wir haben eine EPIK-Studie über den Bedarf bei allen nicht-medizinischen Gesundheitsberufen/nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen gemacht. Eine Studie, die haben wir da drüben im Rittersaal präsentiert, wenn mich nicht alles täuscht, und haben dort gesehen, dass wir für die Fachhochschulausbildung für den gehobenen Dienst in der Gesundheits- und Krankenpflege in Hinkunft 226 Studienplätze pro Jahrgang brauchen werden. Zweihundertsechszwanzig pro Jahr, das heißt mal drei – dieser dreijährige Studiengang – zirka 650 Studierende. Wir wissen, dass wir für diese 650 Studierenden einen

neuen Standort brauchen werden – dies weiß die FH, das wissen wir. Weil derzeit ist dieser Studiengang mit zirka 70 Studierenden pro Jahrgang als sozusagen „Untermieter“ – unter Anführungszeichen, dass wir nicht gleich wieder eine rechtswissenschaftliche Diskussion hier haben – im Klinikum in Graz untergebracht. Dort müssen die raus, weil wir unsere Pflegefachassistenz dort auch ausbilden müssen. Das heißt, wir werden einen solchen Standort brauchen, ob der in Graz ist oder in an einem anderen Standort, das gilt es zu entscheiden. Und die FH-Joanneum, die Frau Landesrätin hat die Geschäftsführung angewiesen zu prüfen, ob Rottenmann nicht ein geeigneter Standort für diesen FH-Studiengang in der Gesundheits- und Krankenpflege wäre. Das versprechen wir nicht, dass das kommt. Damit haben gerade die Rottenmänner im Übrigen eine schlechte Erfahrung – mit versprochenen Fachhochschulen. Wir würden das nicht versprechen, einfach so, sondern wir prüfen das, und wenn es tatsächlich eine mögliche Option ist, werden wir das möglicherweise umsetzen und das, finde ich, wäre eine exzellente Nachnutzung für den Standort Rottenmann – Punkt eins.

Punkt zwei, Herr Klubobmann Schönleitner, haben Sie wiederum versucht diese Argumentation mit den Bettenzahlen zu argumentieren. Sie haben zwar ein bisschen gesagt „naja, das ist schon klar, in der Chirurgie und so da werden wir weniger haben“ und so weiter. Ich darf Ihnen eines sagen: Ich war in der vergangenen Woche bei den Gesundheitsgesprächen im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach – das kann ich überhaupt insgesamt empfehlen, politische Verantwortungsträger und Verantwortungsträgerinnen sollten sich gelegentlich auch der differenzierten und ausführlichen Debatte, dem Nachdenken, dem Austausch von neuen Erkenntnissen u.dgl. mehr widmen, dann würde man auch möglicherweise sich manche Beiträge sparen. Was war u.a. in Alpbach zu hören? Wir haben gemeinsam mit dem Land Tirol dort eine Partnersession im Congresszentrum zum Thema „Digitalisierung im Gesundheitsbereich“ gemacht – eines der ganz großen Themen aktuell im Gesundheitsbereich: Digitalisierung im Gesundheitsbereich, telemedizinische Lösungen. Heute war schon, ach das war bei uns im Klub, von den bildgebenden Techniken die Rede, warum da immer ein neues Röntgenbild gemacht werden muss usw. usw. – allein Telemedizin ein großer Beitrag im Rahmen der Digitalisierung. Dort ist in einem zugeschalteten Interview mit einem australischen Gesundheitsexperten – Australien – folgendes berichtet worden: Die bauen jetzt in Sidney ein Krankenhaus, wo sie bewusst 25 % weniger Betten bauen, als es eigentlich der dortigen Gesundheitsplanung entsprechen würde. Das wäre so, wie wenn wir 25 % weniger Betten

bauen würden als im RSG drinnen stehen – das machen die aus irgendeinem Grund. Nicht aus irgendeinem Grund. Wissen Sie, warum sie das machen? Weil sie sagen, sie antizipieren bereits die Möglichkeiten der Digitalisierung im Gesundheitsbereich und wissen, dass im Moment der Fertigstellung in wenigen Jahren dieses Krankenhaus um 25 % weniger Betten brauchen wird. Vor dem Hintergrund solch rasanter Entwicklungen, vor dem Hintergrund, was sich da auf der ganzen Welt tut, hören wir bitte mit diesen so einfachen und einfach klingenden Argumentationen auf, dass am besten einfach nur alles so bleiben muss, wie es ist, Herr Kollege. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Dann erlauben Sie mir auch noch, dass ich auf den von mir grundsätzlich außerordentlich geschätzten Abgeordneten Dr. Murgg zu sprechen komme. Heute haben Sie sich, glaube ich, mit ihren oft wirklich kunstvoll gestalteten Argumentationsketten ein wenig selbst in Verwirrung gebracht, ja. Weil, wenn ich Ihrer Argumentation folgen würde, dann dürften wir überhaupt nie etwas machen. Weil Sie sagen, also wir sollen jetzt nichts machen, weil es kommen Nationalratswahlen und es kommen Landtagswahlen und deswegen sollten wir jetzt einmal am besten nichts machen, sondern warten wir, bis die Wahlen vorbei sind. Wenn das stimmt, dann wäre Politik nur mehr mit dem Schicksal von Sisyphus zu vergleichen. Weil dann muss ich den Stein immer so lange raufrollen, bis der nächste Wahltermin kommt, dann fliegt er mir wieder hinunter. Dann fange ich wieder von vorne an – und alles fangen wir wieder an, wenn eine Wahl war. Also diese Argumentation halte ich nicht für sehr stichhaltig. Im Übrigen der Teil Ihrer Argumentation, der mich einerseits ja freuen könnte, wenn Sie mir zutrauen, dass ich dereinst Mitglied der österreichischen Bundesregierung sein könnte, da muss ich Sie aber auch enttäuschen, bei dieser Argumentation. Ich kann Ihnen nämlich sagen, so schnell werden Sie mich los, Herr Dr. Murgg *(Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP)*, ganz Gegenteil: Mein Fokus ist die Steiermark. Mag es Ihnen gefallen oder auch nicht, aber jedenfalls brauchen Sie mir das nicht mehr als Argument verwenden, dass wir das jetzt lieber nicht fertigmachen, das Projekt, weil wer weiß, ob uns nicht der zuständige Landesrat abhandenkommt. Also, ich bin gekommen, um zu bleiben, Herr Dr. Murgg. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.53 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3534/5 (zu D1), betreffend „Sofortiger Stopp des Projekts „Zentralspital Liezen““ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3534/6 (zu D1), betreffend „Umgehende Etablierung einer „Task Force“ zur Bekämpfung des Spitalärztemangels insbesondere in regionalen Krankenhäusern“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3534/3 (zu D1), betreffend „Die Gesundheitspolitik im Bezirk Liezen braucht jetzt einen Neustart“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 3534/4 (zu D1), betreffend „Offenlegung der Entscheidungskriterien und des Entscheidungsprozesses betreffend das Grundstück für das Leitspital Liezen“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, der FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 3534/2 (zu D1), betreffend „Spitalsreform – zurück an den Start“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die erforderliche Mehrheit.

Ebenfalls am Dienstag, dem 20. August 2019, wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3535/1, an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „Zentralklinik Liezen – droht der Steiermark ein Fall „Krankenhaus Nord“?“ eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Herrn Landesrat Anton Lang und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (12.56 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Der Betreff ist bekannt, „Zentralklinik Liezen – droht der Steiermark ein Fall „Krankenhaus Nord“?“ Hier geht es in erster Linie um Zahlen. Geschätzte Damen und Herren, wir haben im Vorfeld dieser Debatte schon einiges über den Plan, über die Grundstücke etc. gehört und auch über die Volksbefragung, dem Ausgang derselben. Meine Befragung richtet sich an dich, Herr Landesrat, hinsichtlich der Finanzierung dieses durchaus umstrittenen Projektes. Also, geschätzte Damen und Herren, es geht um den Plan der Durchführung des Projektes. Wie soll jenes Projekt, das wir hier in den Medien kolportiert haben, überhaupt umgesetzt werden? Ausgangslage: Wir haben erstens ein kontaminiertes Grundstück laut Berichten, zweitens hohe Schulden inklusive Neuverschuldung im Land, drittens eine Idee: Errichtung eines Krankenhauses und viertens eine daraus resultierende Kosten- und Termingarantie, geschätzte Damen und Herren. Die Summe dieser vier Fragen wirft natürlich einige Beantwortungsheischeereien auf, keine Frage.

Zum Ersten: Das Grundstück, geschätzte Damen und Herren, das wurde schon in vielen Bereichen hier debattiert und ist auch den Berichten zufolge aus unserer Sicht aufgrund der Art und Weise, wenn es dieses Grundstück sein sollte, ungeeignet. Warum? Ein kontaminierter Boden, geschätzte Damen und Herren, der entweder ausgewechselt werden muss und/oder gepfählt werden muss, ist unseres Erachtens für die Gründung eines Krankenhauses nicht geeignet. (Beifall bei der FPÖ) Es gibt Beispiele, meine Damen und Herren, aus der näheren Umgebung in dieser Region. Ich sage „Grimming-Therme“ zum Beispiel, wo ich selbst die Aufgabe der Baukoordination hatte, wo wir gesehen haben, dass wir zwar kein kontaminiertes Grundstück hatten, aber – wie in dieser Gegend so oft – ein weiches Grundstück, das man einmal so salopp sagen darf. Hier wurden Pfähle bis 34 m in

den Boden gerammt, über hundert Pfähle, um überhaupt eine Gründung durchführen zu können. Das Projekt, das ist nicht das einzige, hat natürlich Kostenerhöhungen von 25 bis 30 % schon am Start zur Folge, geschätzte Damen und Herren. Darum muss man bei diesen Dingen über Kosten – und da bin ich sehr sensibel – auch sagen, von welchen Kosten sprechen wir überhaupt? Darum auch in weiterer Folge meine Anfrage an dich, Herr Landesrat.

Ferner glaube ich, dass es problematisch ist – und nicht nur ich glaube das, sondern auch Experten, dass, wenn man schon eine so schwierige Gründung hat mit Pfählen etc. und daneben eine Eisenbahnstrecke, die selbstverständlich Erschütterungen mit sich bringt und dann ein Krankenhaus dorthin baut, ist das natürlich eine ganz andere Situation, als wenn man – so, wie es Kollege Forstner sagt – einen Industriebau hinstellt und/oder ein Lagergebäude dort aufbaut. Das kann man hier nicht vergleichen. Wir bauen hier kein einfaches Projekt hochbaulicher Prägung, sondern ein sehr komplexes Projekt, geschätzte Damen und Herren.

Zum Zweiten, die Schuldenlast, die wir haben: Es ist einmal ein Faktum, wenn ich ein Projekt angehe, muss ich mir überlegen, mit welchem Etat, mit welchen Schulden habe ich es hier zu tun. Wir haben Schulden, es ist schon erwähnt worden – die fünf Milliarden, die sind ja unbestritten. Wir haben eine Neuverschuldung, die kennen wir auch gemäß dem Strategiebericht vom Sommer dieses Jahres. Auch das Doppelbudget ist dem Landtag bekannt, auch hier kennen wir die Zahlen, die nicht sehr rosig sind hinsichtlich großer Finanzierungsmöglichkeiten. Also, geschätzte Damen und Herren, liegt hier nahezu klar auf der Hand pekuniär: Womit wollen Sie dieses Projekt finanzieren? Ich darf daran erinnern, dass wir für das Jahr 2020, falls Sie es schon vergessen haben oder verdrängt haben, 403 Millionen Euro für den Bedarf an langfristigen Fremdmitteln inklusiver solcher für Tilgungen haben. Altlasten wie z.B. 81 Millionen Euro Zinsen/2020 sind ebenfalls da. Ergo wird es einen Finanzierungsvorschlag/ein Paket geben, wie soll das dargestellt werden? Dazu werde ich noch in meinen Fragen kommen. Wenn es ein BBB-Modell werden soll, geschätzte Damen und Herren, wie wir das schon gehört haben, ja, gut. Aber auch hier wird man die Zahlen auf den Tisch legen müssen und auch hier wird am Ende der Steuerzahler in die Ziehung genommen werden, das ist ja wohl klar. Wenn das ein Leuchtturmprojekt wird, geschätzte Damen und Herren, dann sollten Sie sich im Vorfeld überlegen, wie wir dieses Leuchtturmprojekt wirklich finanzieren können. Denn Leuchtturmprojekte, die sehr negativ leuchten, haben wir genug in der Steiermark. (Beifall bei der FPÖ)

Die Idee zu drei und vier, wir bauen und planen eine Zentralklinik mit diesen Vorzeichen, die ich hier bereits erwähnt habe, dann darf ich auf die Vorredner verweisen und auf die Debatte davor. Es gibt hier viel Für und Wider, Inhalte auf der einen Seite, Konstruktion auf der anderen Seite, Kosten als zentrales Thema, denn ohne Geld wird es hier nicht funktionieren. Also darf ich zusammenfassen, die Volksbefragung, weil das heute schon einmal so gekommen ist, ist so ausgegangen, wie sie ausgegangen ist – übrigens beim Kollegen Forstner in der Gemeinde 80 % gegen dieses Leitspital, muss man auch einmal erwähnen. Die euphorischen Zahlen, die am Tisch liegen, zu denen komme ich noch. In Wahrheit ist die Finanzierung aus meiner Sicht, wenn ich hier den Finanz-Segel anschau, in dieser Zeit 2025 mit Sicherheit nicht gegeben. Warum? Sie haben einmal kein Projekt. Also Sie haben einmal uns mitgeteilt, Sie haben ein Grundstück, das ist zwar nicht optimal, aber das würde mit einem Baurechtsvertrag – Kollege Schönleitner hat ja da auf die Problematik schon hingewiesen – ein Projekt errichten. Richtig ist in diesem Fall, dass man das Grundstück nicht kaufen musste, da fallen einmal gewisse Zahlen weg, die wir beim Start eines Projektes naturgemäß brauchen. Ob jetzt man sich dahingehend versteifen kann, dass das Grundstücksrisiko/Bauherrnrisiko des Grundstückseigentümers ist, über das müsste man sich im Detail noch unterhalten. Egal wie, die Gründung wird man machen müssen, wie immer der Boden dann auch ausschaut und wer auch immer dann dafür verantwortlich ist. Also, kein Projekt ist vorhanden, keine Konstruktion ist in dem Fall klar und eigentlich die Finanzierung ist auch auf wackeligen Beinen. So, geschätzte Damen und Herren, kann man kein Projekt seriös entwickeln in der Prägung dieser Vorstellung und in dieser Größenordnung, was dieses Projekt ausmachen wird. *(Beifall bei der FPÖ)* Also es muss klar sein, es muss einmal als erstes, wenn ich schon auf Standortsuche gehe und dies der Standort ist, über das will ich mich nicht verbreitern, da haben wir heute schon genug debattiert, einmal klarsehen: Ich muss einmal eine Finanzierung aufstellen. Danach muss ein Projekt da sein, zumindest ein Vorprojekt, wo ich echt die Kosten rechnen kann. Wenn ich nur mit Kennzahlen rechne, was hier passiert, was ja legitim ist, kann ich aber nur auf Kennzahlen vergleichbar Projekte rechnen und kann aber nicht auf das Projekt gehen und bin da bei plus/minus 30 % einmal in der Spanne. Das ist einmal so. Dazu muss man die Randbedingung berücksichtigen – wir haben schon gesagt: Grundstück etc., Infrastruktur, die vielleicht noch fehlen könnte, Bodenverhältnisse haben wir erwähnt, den Gründungsansatz – und dann eventuell, geschätzte Damen und Herren, könnte man eine Kostengarantie abgeben und dann muss man aber spezifizieren, welche Kosten sind das? Sind das die Baukosten? Sind es die

Errichtungskosten? Sind es alle Kosten, was kommt da noch dazu? Denn das muss man nämlich auch im Vorfeld, da gibt es ohnehin in der Ö-Norm ganz eine klare Kostenaufstellungstabelle, wie eine Kostenentwicklung eines Projektes dieser Größenordnung auszusehen hat. Alles andere, geschätzte Damen und Herren, ist meines Erachtens finanzpolitischer Blindflug und ich glaube in der Größenordnung eines Projektes dieser Prägung ist es undenkbar so etwas durchzuführen.

Zu den Kosten, als letzter Punkt dieser vier angegebenen, haben wir schon gehört, dass bis jetzt 67.000 Euro geflossen sind. Die Klinik mit 226 Betten soll 250 Millionen Euro kosten, wobei man hier ehrlicherweise sagen muss, dass wir dies 1,1 Millionen pro Bett sind. Das mag stimmen, das will ich gar nicht in Abrede stellen, denn es geht heute gar nicht mehr um die Bettenanzahl, sondern es geht auch darum, was wird hier angeboten und wie sind die Inhalte in der Klinik. Wir haben eine Chirurgie, wir eine Intensivmedizin, wir haben eine Palliativstation – da haben wir natürlich relativ mehr Dinge, da mag es schon sein, dass wir in den reinen Nettoherstellkosten in den Vergleichszahlen dort liegen. Aber eben nicht dort, wo wir es hinstellen wollen, geschätzte Damen und Herren, weil ich Ihnen sage und, ich glaube, da bin ich gar nicht so daneben, dass wir 25 % zirka Mehrkosten für die Gründung haben, da sind wir bei den 250 sowieso schon woanders. Die Grundsatzfrage, ob das alle, was wir auseinanderdividiert haben mit den ganzen Parametern, ob das dann noch reicht, noch dazu mit der Termingarantie 2025, wenn ich jetzt überlege, wir reden jetzt noch vom Grundstück, wir reden von der Grundstücksuntersuchung, wir reden von sicher zwei Anplanungen, geschätzte Damen und Herren, wir reden wahrscheinlich, sage ich einmal, von zirka zwei bis zweieinhalb Jahren Bau. Ein bisschen eine Verzögerung kommt da sicher hinzu. Wenn der Grund wirklich schwierig zu bebauen ist, dann geht das nicht einfach, dann werden wir wahrscheinlich uns dort länger mit diesen Pfahlbauten auseinandersetzen wollen – und dann ist 2025 schon da und zum Zeitpunkt des Startes haben Sie mehr Probleme als Antworten, geschätzte Damen und Herren. Aus meiner Sicht beginnt hier der Motor schon beim Start zu stottern und es wäre höchst an der Zeit hier, diese wichtigen Randbedingungen für dieses Projekt klar darzulegen und zu klären.

Aus finanzpolitischer Sicht, geschätzter Herr Landesrat, darf ich dir daher folgende dringliche Fragen stellen:

1. Welche Gesamtkostenkalkulationen hinsichtlich des in Stainach-Pürgg geplanten Zentralspitals liegen Ihnen derzeit vor?
2. Von wem stammen diese Kalkulationen?
3. Welche finanziellen Mittel sind im Landesfinanzrahmen 2019 bis 2023 für die Realisierung des Projekts „Leitspital Liezen“ vorgesehen?
4. Wie teilen sich diese Mittel auf die einzelnen Jahre konkret auf?
5. Wurden in der von Ihnen und Landesrat Christopher Drexler abgegebenen Garantie, wonach das Zentralkrankenhaus Liezen nicht mehr als 250 Millionen Euro kosten werde, auch jene Aufwendungen abseits der Baukosten – wie beispielsweise für medizinische Gerätschaften, Verkehrsanbindung, regionale Infrastrukturmaßnahmen etc. – einkalkuliert? Das, was ich vorhin gemeint habe an zusätzlicher Infrastruktur.
6. Falls nein, welche konkreten Kosten umfasst die Garantie? – Ö-Norm
7. Falls Sie die konkreten Kosten nicht beziffern können, wie ist in diesem Fall die Abgabe einer Garantie seriöser Weise möglich?
8. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, wenn Sie im Zuge des Planungsvorhabens erfahren sollten, dass die Kostengrenze von 250 Millionen Euro nicht eingehalten werden kann?
9. Liegt bereits eine Kalkulation über mögliche auf das Land Steiermark zukommende Kosten für eine Sanierung bzw. Sicherung von Altlasten auf dem derzeit für den Bau des Zentralspitals vorgesehenen Grundstück vor?
10. Falls ja, wie gestaltet sich diese konkret?
11. Falls nein, werden Sie sich für die Erstellung einer solchen Kalkulation einsetzen und bis wann steht diese zur Verfügung?
12. Wie werden Sie sicherstellen, dass mögliche auf das Land Steiermark zukommende Kosten aufgrund der Sanierung bzw. Sicherung von Altlasten auf dem derzeit für den Bau des Zentralspitals vorgesehenen Grundstück im Rahmen der von Landesrat Drexler und Ihnen abgegebenen Kostengarantie berücksichtigt werden?

13.

Geschätzter Herr Landesrat, ich würde dich bitten hinsichtlich auch der Zeit und der gebotenen Stunde und auch des öffentlichen Transportes in den Medien diese Fragen wirklich konkret zu beantworten. Weil wenn nein, dann, muss ich dir jetzt schon sagen, wisst ihr wirklich nicht, wie ihr das finanziert. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.09 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Ich bitte Herrn Landesrat Anton Lang um die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte schön, Herr Landesrat.

**Landesrat Anton Lang – SPÖ (13.09 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte vorerst einmal eingestehen, dass es für mich jetzt schon sehr schwierig ist hier eine entsprechende Einleitung zu finden ohne den gleichen Fehler zu machen wie Kollege Deutschmann, nämlich das zu wiederholen im Großen und Ganzen, was eigentlich schon drei Stunden vorher diskutiert wurde.

Aber ein paar Punkte möchte ich trotzdem, bevor ich zur Beantwortung der Fragen komme, noch festhalten. Gestatten Sie mir, dass ich zuerst zwei, drei persönliche Sätze zu dir, lieber Kollege Deutschmann sage. Und zwar, ich schätze und ich kenne dich jetzt schon sehr lange als unbestrittenen Fachmann im Baugewerbe, im Planungsbereich und weiß auch, was für einen hervorragenden Ruf du in der Branche hast und ich weiß auch, dass du sehr wohl im Inneren weißt, dass wir bisher eine gute Arbeit geleistet haben. Umso mehr kann ich mir vorstellen, muss es dir heute schwergefallen sein, dich hier herauszustellen und zu kritisieren, was sicher nicht dem Fachwissen deiner Person entspricht, sondern es halt Aufgabe des FPÖ-Politikers Gerald Deutschmann ist, etwas madig zu machen. Das erlaube ich mir einmal eingangs festzuhalten.

Geschätzte Damen und Herren, es ist eigentlich alles gesagt worden und meine persönliche Position als Finanzlandesrat habe ich ja schon mehrmals hier kundgetan, bei einer Anfrage im April und auch jetzt über die Medien. Meine Aufgabe ist es also hier zu schauen, dass dies finanztechnisch ordnungsgemäß und gut über die Bühne geht. Meine sehr geehrten Damen und Herrn, mit unseren – und ich betone „mit unseren“ – gemeinsam getragenen Entscheidungen, ich meine hier unsere Zukunftspartnerschaft, wollen wir für unser Land eine Brücke in eine gute Zukunft bauen. Wir haben dabei vor allem die heranwachsenden Generationen im Fokus. Wir sind angetreten, um respektvoll und wohlbedacht - und das ist mir als Finanzreferent besonders wichtig und das möchte ich wirklich dick unterstreichen – mit einem stetigen Augenmerk auf die derzeitige und vor allem auch auf die zukünftige Finanzlage unseres Landes die notwendigen Reformen und Veränderungen einzuleiten. Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der FPÖ, genau das machen wir und das sehen wir als

verantwortungsvolle Politik. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich sage jetzt nicht „der Vereinigten Opposition“, sondern der FPÖ, der KPÖ und der Grünen, wir haben in dieser Verantwortung Optionsverträge für mehrere Grundstücke abgeschlossen. Das hat Herr Kollege Drexler ausführlichst hier erläutert und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren ... – und da nehme ich dich jetzt wirklich dezidiert heraus, Kollege Deutschmann, weil ich weiß, dass du sehr wohl weißt, wie Optionen funktionieren. Ich erlaube mir trotzdem, weil ich heute gesehen habe – einleitend beim geschäftsführenden Klubobmann, aber auch bei anderen Wortmeldungen wie z.B. bei Klubobmann Schönleitner –, dass es anscheinend nicht ganz klar ist, wie Optionen funktionieren. Ich erlaube mir jetzt aus dem Wirtschaftslexikon zu zitieren: „Eine Kaufoption gewährt dem Inhaber der Kaufoption das vertraglich zugesicherte Recht, ein bestimmtes Basisgut zu vorab fixierten Konditionen erwerben zu können. Es besteht keine Verpflichtung, sondern nur ein Wahlrecht.“ Meine geschätzten Damen und Herren, ich möchte wirklich wissen, wie Sie heute reagiert hätten, hätte Kollege Drexler nicht hier Optionsverträge abgeschlossen, sondern hätte er gesagt: „Jetzt kaufen wir diese Grundstücke.“ Ja, dann hätten sie wahrscheinlich zu Recht aus meiner Sicht gesagt: „Ja, das ist verantwortungslos. Wir wissen ja gar nicht, ob wir dort bauen können. Warum haben Sie das gekauft?“ Und hier kritisieren Sie heute, dass wir Optionsverträge abgeschlossen haben, damit wir dann das Grundstück erwerben können bzw. auch in Vorbereitung auf die Planung hier entsprechende Bodenuntersuchungen durchführen können. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der FPÖ und vor allem lieber Gerald Deutschmann, sich hierherzustellen und zu sagen oder auch über die Medien zu sagen, „das ist ein finanzpolitisches Hochrisikoprojekt“ – das zitiere ich jetzt – „bzw. ein finanzpolitischer Blindflug“, auch da bin ich überzeugt, dass das nicht aus deinem Inneren kommt, weil du weißt, dass dem nicht so ist. Denn du weißt, wie man aus der finanziellen Sicht ein Projektmanagement aufzieht. Ich möchte daher schon sagen, es keimt in mir der Gedanke, dass man hier nur etwas negativ darstellen will, um von dem, worum es wirklich geht, nämlich um die Versorgung der Menschen im großen Bezirk Liezen und dessen gesundheitspolitischer Versorgung, ablenken zu wollen von anderen Dingen.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir, bevor ich zur Beantwortung meiner Fragen komme, noch einen Gedanken: Ich hätte gerne gewusst, was Sie heute hier in der Debatte gesagt hätten, hätten Kollege Drexler und ich in meiner Verantwortung als Finanzlandesrat nicht klar gesagt, es gibt eine Kostenobergrenze von 250 Millionen Euro. Das

haben wir mehrmals gesagt, nicht erst jetzt, sondern Wochen und Monate vorher. Ich hätte gerne gewusst, was Sie gesagt hätten, wenn wir z.B. verlautbart hätten, „naja, da gibt es eine Kostenbreite von/bis“? Dann hätten Sie aus meiner Sicht zurecht gesagt: „Ui, das ist ein Blindflug – weil von/bis könnten die Kosten sein.“ Meine Damen und Herren, was wir gemacht haben, das ist genaue kaufmännische Sorgfaltspflicht, nämlich zu sagen es gibt eine Obergrenze, das sind 250 Millionen Euro und jetzt schauen wir uns die Grundstücke an. Jetzt werden wir dann die Bodenproben entnehmen, werden dann hören, ob es zu massiven Verteuerungen kommen könnte, wenn man das eine oder andere Grundstück benützt und ob das noch im Kostenrahmen Platz hat. Das, meine Damen und Herren, ist kaufmännische Sorgfaltspflicht, das ist jetzt nicht irgendwas, weil wir zwei so gescheit sind. So setzt man ein Projekt auf und das, lieber Kollege Deutschmann, das habe ich eingangs gemeint, das weißt du genauso gut wie ich, dass man so an ein Projekt herangeht. Aber leider hast du dich heute herausgestellt und gesagt, das ist Blindflug und das ist Hochrisikopolitik und so weiter.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Frage eins und zwei darf ich zusammenfassen und festhalten: Es liegt der Abteilung 4-Finzen des Landes Steiermark eine Gesamtkostenkalkulation des Gesundheitsfonds Steiermark vor.

Die Fragen drei und vier darf ich genauso zusammenfassen: Im Landesfinanzrahmen 2020 bis 2023 wurden selbstverständlich finanzielle Mittel für die Realisierung des Leitspitals Liezen vorgesehen, welche für den aufmerksamen Leser auf Seite 6 des Strategieberichtes erkennbar sind.

Lieber Kollege Deutschmann, ich bin mir sicher, weil ich weiß, dass du ein Kenner unseres steirischen Budgets bist, dass du das gesehen hast, dass es also hier entsprechende Erhöhungen der Ausgabenseite gegeben hat. Aber es hat, das muss ich hier auch sagen, weder im Ausschuss noch im Landtag diesbezüglich eine Frage gegeben. Ich hätte sie dort auch schon beantwortet, dass diese Auszahlungsobergrenzen entsprechend angepasst wurden.

Als nächsten Punkt die Beantwortung der Fragen fünf bis zwölf, die ich ebenfalls zusammenfassen werde. Wie in der Beantwortung der Dringlichen Anfrage vom 2. April dieses Jahres bereits von mir ausführlich berichtet, sind die veranschlagten 250 Millionen Euro, welche heute mehrmals von Kollege Drexler und von mir genannt wurden, für uns als eine Obergrenze für das gesamte Projekt zu sehen. Die Aufteilung der Mittel liegt also nicht in meinem Zuständigkeitsbereich und ich erlaube mir hier nochmals anzuführen, ich sage es jetzt schon das dritte Mal: Das ist kaufmännische Sorgfaltspflicht, hier einen solchen

Kostenrahmen vorzugeben. Was die Aufteilung der Mittel betrifft, aus diesem Grund wurde ein Projektlenkungsausschuss eingerichtet, welcher u.a. unter Leitung der Finanzabteilung, der Fachabteilung Gesundheit und Pflegemanagement sowie zahlreicher anderer interne und externe Expertinnen und Experten arbeitet. Zusätzlich, und das wurde vom Kollegen Drexler heute hier schon angeführt, wird der Landesrechnungshof natürlich selbstverständlich in die Projektkontrolle eingebunden. Eine endgültige Kalkulation über die möglichen Kosten für die derzeit vorgesehenen Grundstücke liegt erst dann vor, wenn die von vorneherein geplanten und im Vorfeld aller Bauten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, also, wenn man dort was Anderes baut außer ein Krankenhausgebäude in dieser Dimension, dann muss man das Gleiche machen, das ist doch nichts Unübliches, dass man eine Bodenbeschaffenheit anschaut, das ist ja nicht nur im Ennstal. Im Ennstal wissen wir es natürlich, dass wir diese Problematik haben. Ich bin gefragt worden, warum wir so lange bei der Umfahrung Liezen planen? Meine Damen und Herren, das ist mit ein Grund, weil wir dort genauso den Boden anschauen müssen, damit wir überhaupt sehen, wo ist was möglich und was kommt auf uns zu? Also das ist im ganzen Ennstal so der Fall. Das ist ja nichts Unanständiges, wenn man hier diese Bodenbeschaffenheit anschaut. Wenn also diese Bodenproben und alles sonst vorgesehen ist, dann werden wir eine Entscheidung treffen. Kollege Drexler hat schon gesagt, das wird im Herbst sein und daher wird es dann eine Kalkulation diesbezüglich geben.

Was also diese Optionsverträge betrifft, darf ich hier noch einmal festhalten, dass es eigentlich keine weiteren negativen finanziellen Auswirkungen geben wird.

Geschätzte Damen und Herren, Sie sehen also, es gibt jetzt an diesem Projekt nichts Skandalöses, es gibt keine sich abzeichnenden Pleiten, sondern es gibt einfach ein toll aufgestelltes Projektmanagement. Fakt ist, geschätzte Damen und Herren der Oppositionsparteien, dass Sie mit den heutigen Aussagen leider nur die Bevölkerung verunsichern und nichts dazu beitragen, indem sie sagen: „Passt auf, was die machen, das ist gescheit. So macht man das.“ Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.22 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Als Erster zu Wort ist Herr Kollege Albert Royer. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTabg. Royer – FPÖ (13.22 Uhr):** Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Zuerst muss ich einmal Landesrat Lang korrigieren. Du hast gesagt, es ist bereits alles gesagt worden in den letzten drei Stunden. Das ist nicht ganz so. Denn wenn schon alles gesagt worden wäre, hätte ich mich jetzt nicht mehr angemeldet. (*Allgemeine Heiterkeit*) Es gibt schon noch ein paar Sachen, auf die ich hinweisen möchte. Zuerst muss man eigentlich der Bevölkerung des Bezirks Liezen gratulieren, sie haben ja wirklich ein feines Näschen bewiesen am 07. April, haben aus meiner Sicht richtig abgestimmt. Es sind auch viele hingegangen. Wenn dann gesagt wird, naja das war ja nur so eine Befragung, das war ja nur so ein Stimmungsbild an dem einen Tag – naja, nach meinem Gefühl ist die Stimmungslage für die Regierung in dieser Frage nicht besser geworden in den letzten Monaten. Aber jetzt die interessante Frage, wo ich schon noch ein bisschen was ausleuchten möchte: Warum versteift man sich so auf dieses Grundstück südlich der Bahntrasse? Das ist wirklich interessant, denn auf der anderen Seite (*Landesrat Mag. Drexler: „Sonst wärt ihr dafür, gell.“*) haben wir eine Klimaschutzdebatte. Greta Thunberg segelt gerade über den Atlantik, wir versiegeln da 6 Hektar Feuchtwiesen, ich glaube, Lambert hat das schon gesagt. Dann HQ30, ja, wenn das mit dem Klimawandel so weitergeht, dann werden wir das Hochwasser nicht alle 30 Jahre haben, sondern wahrscheinlich alle zehn bis zwölf Jahre. Es gibt, ich habe es jetzt nicht mit heraußen, ganz tolle Fotos – also nicht toll, damals war es für die Betroffenen war es nicht gar so lustig, weil die Siloballen davongeschwommen sind. Es gibt in dem Sinne „ganz tolle“ Überschwemmungsfotos, wo man wirklich schon einmal sieht, rein vom Oberflächenwasser mit HQ30, HQ100 sehr problematisch. Da muss man natürlich sagen, der Grundwasserspiegel – man weiß ja auch, dass die ÖBB z.B. in Trautenfels den Bahnschranken weggeben wollten und eine Unterführung bauen wollten. Das Projekt haben sie zumindest über Jahre verzögert, es ist bis dato nicht realisiert, weil es immer geheißen hat, da ist es so nass, da wollen sie nicht in den Boden hinein. Das ist dort ungefähr die gleiche Lage. Wie gesagt, die Frage: Warum versteift man sich so auf das Grundstück? Armin Forstner hat ja richtig angefangen. Meiner Meinung nach hast du die Geschichtserzählung noch nicht ganz zu Ende geführt. Es gibt natürlich aus meiner Sicht schon eine Interessenslage von der Landgenossenschaft Ennstal. Die Landgenossenschaft Ennstal ist ein toller Betrieb, Armin hat es gesagt, sie haben 800 Mitarbeiter, sie sind aber mit ihren Gebäuden nördlich der Bahntrasse. Das ist aus meiner Sicht oder was man aus den Erzählungen der Funktionäre im bäuerlichen Bereich hört sicher noch der eher trockenere Teil des Untergrunds. Trotzdem sind

die Neubauten der Landgenossenschaft Pfahlbauten, sind pilotiert mit 40 m Tiefe; d.h. in dem Bereich ist bei 40 m Tiefe auf einem gewachsenen Boden. Da, wo jetzt das Krankenhaus geplant ist, wird es wahrscheinlich noch einmal um ein paar Meter tiefer gehen – wie gesagt, das sind Baurechtssachen. Interessant ist nur, und das ist völlig legitim, die Landgenossenschaft wünscht sich seit vielen Jahren vom Süden her eine LKW-Zufahrt. Da brauchen sie eine Zu- und eine Abfahrt von der Umfahrungsstraße Stainach. Diese ist bis dato auch trotz starker Bemühungen der Gemeinde Stainach – die Zu- und Abfahrt auf der Umfahrung – nie genehmigt worden und im Zuge des Krankenhausbaues wäre das scheinbar möglich. Zumindest sind vor dem 07. April ganz eifrige, bäuerliche Funktionäre durch die Gegend gezogen und haben den Bauern erzählt: „Ihr müsst bei der Volksbefragung mit Ja stimmen, weil dann bekommt die Landgenossenschaft eine neue LKW-Zufahrt, das brauchen wir.“ Also möglicherweise gibt es da innerhalb der ÖVP Nebenabsprachen, jedenfalls Interessen, die ja legitim sind. Nur, bitte, dann die Sachlage auf den Tisch und sagt es uns, worum es wirklich geht. Ich glaube, das ist der Grund, warum man sich so auf dieses Grundstück im Süden der Bahntrasse versteift, wo die alten Steinacher alle sagen: „Nördlich der Bahntrasse kannst was bauen, aber südlich ist es halt sehr, sehr sumpfig.“

Dann vielleicht noch ein, zwei Sätze zum Rechnungshofbericht Schladming. Also erstens einmal verwehre ich mich schon dagegen, dass das Krankenhaus Schladming auch in den Medien jetzt richtig schlechtgemacht wird, damit man sozusagen die Fallzahlen weiter senken kann und die Bevölkerung verunsichert. Dagegen verwehren wir uns wirklich. (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*) Aber zur Geburtenstation, das ist ja auch nicht uninteressant: Natürlich gibt es bei den Fallzahlen bei der Geburtenstation Schladming Probleme und da kommt wieder die alte Geschichtserzählung vom Landesrat mit den gebürtigen Ennstalern usw. – Fakt ist nur, dass derzeit schon sehr viele Familien nach Schwarzach tendieren. Es ist offensichtlich auch so, das war mir bis vor kurzem nicht bekannt, dass junge Mütter, wenn sie bei der ersten Geburt einen Kaiserschnitt haben – aus welchem Grund auch immer, dann beim zweiten und dritten Kind automatisch weiterverwiesen werden und in Schladming nicht mehr angenommen werden. Aber ich sehe da keine Chance, wenn man mit den Leuten oben redet, dass die dann in Zukunft ins Zentralkrankenhaus nach Stainach gehen, falls das gebaut wird. Die werden weiterhin nach Schwarzach gehen, Aussee in gleicher Situation mit Bad Ischl (*Landesrat Mag. Drexler: „Ist Schwarzach näher zu Stainach als Schladming?“*) und die Rottenmanner. Ja, wenn man mit den Leuten oben redet, in dieser spezifischen Frage mit den Geburten werden die Kilometer

nicht auf die Goldwaage gelegt. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ und bei Landesrat Mag. Drexler, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen.*) Das ist auch so. Die Geburtensituation und die Rottenmanner – es werden mit Sicherheit, wenn ihr ihnen das Krankenhaus wegnehmt, wenn ihr Rottenmann zusperrt, die jungen Mütter von Rottenmann nach Leoben gehen, (*LTAbg. Mag. Drexler: „Es ist wirklich noch nicht alles gesagt worden.“*) sicher nicht hinauf nach Stainach. Das heißt, wenn Stainach gegen den Willen der Bevölkerung gebaut wird und die Geburtenstation dort eröffnet, werden wir irgendwann oder unsere Nachfolger in acht oder zehn Jahren einen genauso kritischen Rechnungshofbericht über die Geburtenstation in Stainach haben. Alles andere würde mich massiv verwundern, wenn man mit den Leuten so redet.

Dann möchte ich Landesrat Mag. Drexler, wenn er schon da ist, wirklich bitten, dass er bei der Problemstellung Notarztversorgung in Schladming dringend etwas unternehmen sollte. (*Präsidentin Khom: „Herr Kollege Royer, wir haben gerade „Zentralklinik Liezen – droht der Steiermark ein Fall Krankenhaus-Nord?“ an den Herrn Finanzlandesrat als Anfrage.“*) Eh, aber es geht um die Kosten. Wie gesagt, das mit dem Grundstück und mit der Zufahrt, das ist schon interessant und die Bodenbeschaffenheit ist ohnehin diskutiert worden, weil das schon die Kosten massiv verteuert und das ist dieser Reihe schon etwas zu tun hat.

Als Schlusssatz vielleicht: Die demografische Entwicklung, das haben wir auch schon die ganze Zeit gehört – ich meine, ihr arbeitet ja wirklich mit Kräften daran, dass ihr uns da oben ausdünnst und die jungen Leute abwandern. Bis dato ist es aber nicht gelungen. Es gibt Studien schon vor zehn Jahren, dass die Bevölkerung im Bezirk Liezen von 80.000 Leuten auf 76.000 zurückgeht innerhalb von zehn Jahren. Das ist nicht passiert, weil gerade am ehesten der Tourismus so stark ist, die Bevölkerung bleibt konstant bei 80.000 Leuten und wir haben noch sehr, sehr viele Gästebetten, wo wir die Leute mitbetreuen müssen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 13.30 Uhr*)

**Präsidentin Khom:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Gerald Deutschmann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (13.30 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Landesräte, Hoher Landtag!

Geschätzter Herr Landesrat, du hast mir leider keine Frage konkret beantwortet, sondern hast so allgemein gesagt, wir haben 250 Millionen, die haben wir budgetiert und fertig sind wir und das kostet es. Das ist mir ein bisschen zu wenig.

Zum Zweiten: Ich weiß, was ein Optionsvertrag ist, davon kannst du ausgehen, danke. Sich bei 250 Millionen einzuzementieren bei einem Projekt bei diesen Randbedingungen, das halte ich für unseriös, sage ich ganz offen. Weil wir werden uns dann in fünf Jahren, ich vielleicht nicht mehr aber andere, darüber unterhalten, ob diese Kalkulation gestimmt hat und ob zu diesem Zeitpunkt des Projektes die Obergrenze so apodiktisch geschrieben, gescheit ist. Weil ich habe dann ja einen Inhalt zu bauen und wenn ich dann sage: „Ja, ich gebe dir recht, es ist infrastrukturell grundstücksmäßig ein Problem“ und ich will die 250 Millionen nicht überschreiten, dann muss ich sie wo einsparen. Ja, dann muss ich sie beim Inhalt einsparen und das ist ja nicht im Sinne des Erfinders. Wenn schon ein zentrales Krankenhaus mit diesen Inhalten geschaffen werden soll, dann muss ich an diesen festhalten, sonst hat es ja keinen Sinn. Da muss ich eher sagen: Das ist nicht unseriös, wenn ich sage, ich habe ein Grundstück in Option – ist okay, ein oder zwei, wie auch immer – und ich habe zum Zeitpunkt jetzt nur Kennzahlen zu Projekten, ist auch okay. Aber dann muss ich sagen, passt auf, die Kennzahlen sind jetzt aus verschiedenen Projekten herangenommen worden, das ist der Inhalt, so soll das Projekt ausschauen, und da gibt es natürlich ein Plus und Minus. Niemand auf der Welt wird dir vor einem Vorentwurf sagen, das kostet plus/minus Null 250 Millionen Euro. Das ist unseriös, das glaubt mir einfach. *(Beifall bei der FPÖ)* Und zum Schluss möchte ich eines sagen, weil immer das Miesmachen des Projektes ... – das ist nicht meine Aufgabe, das will ich auch gar nicht. Wenn du mich so verstanden hast, hast du mich falsch verstanden. Ich will nicht das Projekt miesmachen, sondern ich wollte gerade deshalb, weil ich halt 35 Jahre schon mit diesen Dingen zu tun habe, auf gewisse Dinge aufmerksam machen und ein bisschen eine Warnung abgeben, dass man da nicht ins offene Messer läuft und wir zum Schluss halt dann statt 250 garantierten Millionen 350 Millionen stehen haben. Dann ist wieder Argumentationsnotstand gegeben – das wollte ich verhindern. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.33 Uhr)*

**Präsidentin Khom:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Aufgrund der Terminplanung findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 17. September 2019 mit Beginn um 10.00 Uhr statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Wie immer, versuchen Sie zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen, bleiben Sie gesund. Die Sitzung ist geschlossen.

*Ende der Sitzung: 13.34 Uhr*